

SCHLÜSSEL ZUM SCHLÜSSELPROBLEM

In den Sagen vieler Völker gibt es die Gestalt des Recken, der an einen gefährlichen Scheideweg gerät. In welche Richtung er gehen wird, davon hängt letztlich sein eigenes Schicksal und das Schicksal seiner Kämpen oder gar seiner ganzen Sippe ab. An einem solchen Scheideweg ist heute die ganze Menschheit angelangt. Die Wahl, die sie zu treffen hat, ist wirklich die Wahl ihres Schicksals. Auf dem einen Weg werden die Völker alle Wohltaten des Friedens und friedlicher Zusammenarbeit erfahren, auf dem anderen erwartet sie eine bislang in der Geschichte ungekannte Katastrophe, die Katastrophe des globalen Nuklearkrieges.

Ohne Risiko kann man behaupten, daß die überwiegende Mehrheit der Menschen für Frieden und friedliche Zusammenarbeit sind. Der zweite Weg, der Weg der Konfrontation, der zum Krieg führen kann, reizt nur eine unbedeutende aber noch mächtige Minderheit eigensüchtiger Geschäftemacher und kurzsichtiger oder gar verantwortungsloser Politiker.

Aber nur für den Weg zum Frieden zu sein, genügt heute nicht. Mit guten Wünschen ist, wie wir wissen, der Weg zur Hölle gepflastert. Wünsche sind zu wenig, wollen muß man den Frieden. Tatkräftig. Das ist das Kredo unserer Partei und unseres Landes.

Diese unsere Überzeugung äußern wir nicht nur in Worten, wir setzen sie in praktische Taten um. Ein neuer Beweis dafür sind die beeindruckende, konstruktive Rede Leonid Breschnew auf dem XVII. Kongreß der Sowjetgewerkschaften und die von ihm vorgetragenen neuen außenpolitischen Initiativen.

Im Vordergrund steht dabei die Eindämmung des Wetrüstens. Es handelt sich im einzelnen:

- um den Vorschlag, in kürzester Frist den Dialog UdSSR—USA über die strategischen Kernwaffen wieder aufzunehmen und vor seiner Wiederaufnahme keine neuen Kanäle des Wetrüstens zu eröffnen, weder auf sowjetischer noch auf amerikanischer Seite see- und landgestützte Flugraketen großer Reichweite einzuführen;

- um die gegenseitige Einschränkung des Einsatzbereiches der Kriegsflotten der UdSSR und der USA, darunter um den Abzug raketenbestückter U-Boote beider Seiten aus den gegenwärtigen weitläufigen Räumen ihrer militärischen Patrouillenfahrten, um die Beschränkung ihres Kreuzens auf beiderseitig vereinbarte Grenzen.

Beide Gedanken verdienen höchste Beachtung, und wir sind überzeugt, daß alle, die den Frieden wollen, sie eingehend studieren werden. Besonders hervorgehoben werden soll aber hier der Vorschlag Leonid Breschnews, der die nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa betrifft.

Jeder weiß, daß Europa jene Region der Welt ist, in der

der Gang der Ereignisse wesentlich das Sein oder Nichtsein des Krieges mitbestimmt. Das festzustellen, bedeutet keine Erscheinung von „Eurozentrismus“ und nicht den Wunsch, die anderen — und sehr gefährlichen — Kriegsherde vergessen zu wollen. Es ist einfach ein auf die Lehren der Vergangenheit wie auf die Tatsachen des Heute gegründeter Realismus. Nennen wir wenigstens eine dieser Tatsachen: Vor kurzem haben die USA in einem Zusatz zu einer offiziellen Unterweisung der US-Armee Europa direkt als eventuellen „nuklearen Kriegsschauplatz“ bezeichnet.

Unter diesen Umständen — und davon sprach Leonid Breschnew auf dem Gewerkschaftskongreß mit voller Berechtigung — ist die Verhütung einer neuen Runde des nuklearen Wetrüstens in Europa (im Zusammenhang mit den nuklearen Mittelstreckenwaffen) die Schlüsselfrage zur Verhütung eines nuklearen Weltkriegs. Das in Rechnung stellend hat unser Land schon früher mehrere Gedanken vorgetragen, um einen solchen Gang der Ereignisse auszuschließen. Zur Erzielung eines gerechten Abkommens über eine einschneidende Reduzierung der beiderseitigen Kernmittel in Europa und aus dem Wunsch heraus, mit gutem Beispiel voranzugehen, hat die sowjetische Führung jetzt beschlossen, auf einseitiger Basis ein Moratorium für die Stationierung von Kernwaffen mittlerer Reichweite im europäischen Teil der UdSSR einzuführen. Die hier bereits stationierten derartigen Waffen frieren wir quantitativ und qualitativ ein. Die Ablösung alter Raketen, die als SS 4 und SS 5 bekannt sind, durch die neueren SS 20 stoppen wir.

Darüber hinaus hat die Sowjetunion die Absicht, schon in diesem Jahr (falls keine neue Zuspitzung der internationalen Lage eintritt) auf eigene Initiative eine bestimmte Anzahl ihrer Mittelstreckenraketen abzubauen.

Das von Leonid Breschnew verkündete Moratorium könnte gelten, entweder bis mit den Vereinigten Staaten auf der Basis der Gleichheit und gleichen Sicherheit ein Abkommen über die Reduzierung der für Europa bestimmten nuklearen Waffen mittlerer Reichweite erzielt wird, oder aber bis zu dem Zeitpunkt, da die Führer der USA unter Mißachtung der Sicherheit der Völker doch dazu übergehen, die Stationierung von Pershing 2 und Flügelraketen in Europa praktisch vorzubereiten.

Es ist klar — und das darf nicht vergessen werden — daß die Sowjetunion und ihre Verbündeten, sollte das geschehen, zu solchen Gegenmaßnahmen gezwungen wären, die die andere Seite, einschließlich unmittelbar der Vereinigten Staaten und ihres Territoriums, in die analoge Lage versetzen würden. Leben und Arbeit des sowjetischen Volkes und seine ureigensten Interessen werden zweifellos in allen Fällen zuverlässig geschützt werden. Die Sowjetunion hat also einen Schlüsselvorschlag zur Schlüsselfrage gemacht. Sie unternimmt einen weitreichenden, prinzipiellen einseitigen Schritt für den Frieden.

Wir betonen: einseitigen, denn die andere Seite, die USA und ihre Verbündeten, zeigen bislang keine Bereitschaft zu einem Abkommen und zu gemeinsamen Schritten für den Frieden.

Wir sagten (und sagen es immer wieder): Die Menschheit muß die Wahl treffen, welchen Weg sie künftig gehen will. Und wenn wir die heutige Situation ernsthaft ins Auge fassen, dann stellt sich doch die Frage, ob die Menschheit überhaupt eine Wahl hat? Denn tatsächlich führt doch nur ein Weg in die Zukunft. Der Weg des Friedens. Es gibt im Grunde keine Wahl für die Menschheit, ebensowenig, wie es sie für die Recken in den Volkssagen gegeben hat.

Für uns ist klar: Es muß gehandelt werden. Es muß alles nur mögliche getan, ehrlich und konsequent und sofort getan werden! Unsere Partei, unser Land geben hier in Wort und Tat das Beispiel. Jetzt ist es an unseren westlichen Partnern, Wort und Tat folgen zu lassen.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 12 MÄRZ 1982

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. SCHELEPIN (Verantw. Sekretär), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTIANINOW

IN DIESEM HEFT:

Schlüssel zum Schlüsselproblem	1
W. Arsenjew, A. Semjonow — Geist und Wille von Millionen	5
W. Kasakow — UdSSR—Finnland. Der erste Besuch — Moskau	7
J. Antonow — USA—Mittelamerika. Windrose	8
J. Gudkow — Mit guten Absichten! Mit dem großen Knüppel	10
L. Makarewitsch — Pause in Madrid	11
W. Larin — Großbritannien. Tridents als Bumerang	12
G. Sidorowa — Gift für die Menschheit	12
W. Schelepin — Afrika im Würgegriff	13
N. Iwanow — DDR. Gemeinden bauen gemeinsam	14
Notizen ♦ Glossen	16
A. Uswatow — Afghanistan. Wahrheit kontra „Truth“	18
J. Schischkow — Gemeinsamer Markt. Kommt ein neuer Durchbruch?	22
J. Botschkarjow — Somalia. Preis des Renegatentums	25
W. Ksenin — Eine Tragödie (Das politische Buch)	26
A. Pin — Türkei. Sauregurkenzeit in Izmir	28
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Mit Besorgnis verfolgt die Welt die Vorgänge in Mittelamerika. Aus der scheinbar so unzerreißbaren Kette der proamerikanischen reaktionären Regimes fällt ein Glied nach dem anderen heraus. Die ganze Region wird allmählich zum Schauplatz entschlossener Volkskämpfe für wahre Unabhängigkeit und Demokratie. Um das zu verhindern, greift Washington zu Erpressung und Drohungen und bereitet folgenschwere Kriegeabenteuer vor.

Titelbild: A. Garanin

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Ploščad, Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 (Auskünfte). Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU. Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Ploščad, Moskau.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Im ZK der KPdSU kam es zu einem Treffen zwischen Konstantin Tschernenko, Boris Ponomarjow sowie dem stellvertretenden Leiter der Internationalen Abteilung im ZK der KPdSU Vitali Schaposchnikow und einer Delegation der Kommunistischen Partei Dänemarks unter ihrem Vorsitzenden Joergen Jensen, dem Mitglied des Exekutivkomitees und Sekretär des ZK Joergen Noerlund, dem Mitglied des Exekutivkomitees des ZK Igmar Wagner sowie den ZK-Mitgliedern Harri Bramsen, Karl Moeller und Betty Frydensberg-Karlsson. Es gab einen Meinungsaustausch zu aktuellen Fragen der Weltlage, der kommunistischen Weltbewegung sowie zu den Beziehungen zwischen der KPdSU und KP Dänemarks. Die Teilnehmer stellten fest, beide Parteien bewerteten die internationale Lage einheitlich.

Am 11. März empfingen K. Tschernenko und Konstantin Russakow das Mitglied des Politexekutivkomitees des ZK der Rumänischen KP und ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten Rumäniens Gheorghe Oprea, der eine Botschaft des Generalsekretärs der Rumänischen KP und Präsidenten der SRR Nicolae Ceaușescu an Leonid Breschnew überbrachte.

Am 15. März traf aus Moskau kommend auf Einladung der indischen Regierung das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Verteidigungsminister der UdSSR, Marschall der Sowjetunion Dmitri Ustinow, zu einem offiziellen Besuch in Indien ein.

Am 11. März beendete der Präsident der Republik Finnland Mauno Koivisto seinen offiziellen Arbeitsbesuch in der Sowjetunion (s. S. 7).

Am 15. März traf in Moskau der Generalsekretär des ZK der Laotischen Revolutionären Volkspartei und Ministerpräsident der Volksdemokratischen Republik Laos Kaysone Phomvihane zu einem Freundschaftsbesuch in Moskau ein. In seiner Begleitung befand sich das Mitglied des Politbüros des ZK und Sekretär des ZK der LRVP Sisomphone Lovanxay.

Am 13. März begannen im Nordwesten Polens planmäßige operative und taktische Übungen der Verbündeten Armeen unter der Devise „Drushba '82“. An ihnen beteiligten sich Einheiten der Sowjetarmee, der Nationalen Volksarmee der DDR und der Ludowo Wojsko Polskie. Geleitet werden die Übungen vom Stellvertretenden Verteidigungsminister der VR Polen und Stellvertretenden Oberkommandierenden der Vereinigten Streitkräfte der Warschauer Ver-

„NEUE ZEIT“ 12-82



Am 16. März wurde im Kongreßpalast des Kreml in Moskau der XVII. Kongreß der Gewerkschaften der UdSSR eröffnet, auf dem Leonid Breschnew eine Ansprache hielt. Unsere Bilder: Während der Rede Leonid Breschnews

Fotos: S. Smirnow und A. Steschanow

fragsstaaten, Generaloberst Eugeniusz Molczyk.

Am 14. und 15. März tagte in Kabul die Landeskonzferenz der Demokratischen Volkspartei Afghanistans. Den Rechenschaftsbericht des ZK der DVPA hielt ihr Generalsekretär Babrak Karmal. Das ZK der KPdSU richtete eine Grußbotschaft an die Konferenz, in der es heißt: „Die KPdSU und unser ganzes Volk unterstützen entschlossen das revolutionäre Volk Afghanistans in seinen Bestrebungen zum Aufbau einer neuen Gesellschaft. Wir geben der Überzeugung Ausdruck, daß die Landeskonzferenz Einheit und Geschlossenheit der Demokratischen Volkspartei stärken und ein wichtiger Schritt auf dem Weg Afghanistans zu Frieden, allseitigem sozialen und ökonomischen Fortschritt sein wird“. Die Konferenzdelegierten verabschiedeten eine Adresse an das Volk Afghanistans.

Am 12. März wurde auf Vorschlag von Delegationen der neutralen und nicht-paktgebundenen Länder für das Madrider Treffen eine Unterbrechung bis zum November verkündet. Man kam überein, der weiteren Arbeit nach der Wiederaufnahme des Treffens den Entwurf eines Schlußdokuments zugrunde zu legen, der Ende v. J. von Delegationen der neutralen und nichtpaktgebundenen Länder eingebracht wurde (s. S. 11).

Vom 10. bis 14. März tagte in Mexico-City der erste Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Mexikos. Ihr gehören die

Mexikanische Kommunistische Partei, die Partei des Mexikanischen Volkes, die Sozialistische Revolutionäre Partei sowie die Bewegung für sozialistische Aktion und Einheit und die Bewegung der Einheitlichen Volksaktion an. Der Kongreß verabschiedete eine Deklaration der Prinzipien, das Programm und die Statuten der Partei und definierte deren theoretische und politische Haltung.

Am 14. März begann in Leipzig die Internationale Frühjahrsmesse, an der sich 9000 große Industrievereinigungen, Firmen und Betriebe aus 69 Ländern beteiligen. Großes Besucherinteresse findet der sowjetische Pavillon, dessen Exponate dem 60. Gründungstag der UdSSR gelten.

Am 8. März beschloß eine Tagung des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses der VR China eine Verordnung über die Reform in den Staatsorganen. Sie bedeutet im Grunde eine neue Säuberung und betrifft hauptsächlich der jetzigen Peking-Führung unliebsame Personen, darunter Emporkömmlinge aus der sogenannten Kulturrevolution.

Am 12. März kam es in Washington zu Gesprächen zwischen US-Präsident Reagan und dem französischen Präsidenten Mitterrand. Behandelt wurden die Ost-West-Beziehungen, die Vorbereitung zur Wirtschaftskonferenz der westlichen Staatsmänner in Frankreich und zum NATO-Treffen in der BRD, die Lage in Mittelamerika und im Nahen Osten so-

wie Fragen der amerikanisch-französischen Beziehungen. US-Pressemeldungen zufolge bestehen zwischen Washington und Paris zu fast all diesen Problemen Differenzen.

Am 9. März beendete BRD-Außenminister Genscher seinen Besuch in den USA, wo er Gespräche mit US-Präsident Reagan, Außenminister Haig und Verteidigungsminister Weinberger hatte. Einem Sprecher des Außenministeriums zufolge wurde ein „breiter Fragenkreis“ diskutiert. In den Mittelpunkt stellte Washington die sogenannten Sanktionen gegen die UdSSR und forderte erneut von den westeuropäischen Ländern, die Verträge über den Bau der Erdgasleitung „Sibirien—Westeuropa“ zu „zerreißen“. Der Erpressungsversuch hatte jedoch nicht die gewünschten Erfolge. Außenminister Genscher erklärte auf einer Pressekonferenz in Washington, die BRD und andere Länder Westeuropas seien fest entschlossen, den Vertrag über den Bau der Erdgasleitung einzuhalten.

19 Senatoren und mehr als 120 Mitglieder des US-Repräsentantenhauses stimmten einer Resolution zu, in der die USA und die UdSSR aufgerufen werden, ein Abkommen über das Einfrieren der Kernwaffenarsenale und ihren darauf folgenden beiderseitigen Abbau zu treffen. Mitautoren der Resolution waren Senatoren und Kongreßleute der demokratischen wie der republikanischen Partei. Für die Resolution sprachen sich ferner namhafte Persönlichkeiten, darunter der ehemalige US-Botschafter in der UdSSR, Averell Harriman, aus. Die Regierung lehnte den Vorschlag jedoch ab.

Am 11. März endete in Washington eine dreitägige Konferenz von Vertretern der USA und der ASEAN-Länder (Indone-

sien, Philippinen, Malaysia, Singapur und Thailand). Die US-Administration versuchte erneut, die Länder unter Druck zu setzen und wirtschaftliche sowie politische Zugeständnisse von ihnen zu erzwingen. Washington will seine Waffenlieferungen an diese Länder erhöhen. Besondere Aufmerksamkeit galt Thailand, wo die USA das Recht auf die Nutzung von Luft- und Seestützpunkten anstreben.

Am 14. März fand in Frankreich die erste Tour der Kantonalwahlen statt, bei denen die Hälfte der Generalräte der Departements erneuert wird. Die Kandidaten der Regierungsmehrheit — Sozialisten und Kommunisten — erhielten 49,59% der Stimmen, die Kandidaten der Opposition 49,92%. Die zweite Tour ist auf den 21. März angesetzt.



Protestdemonstration in London gegen die Kürzung der staatlichen Bildungsausgaben durch die britische Regierung

Foto: A. Jewstignjew (TASS)

Am 9. März wählte das irische Parlament mit 86 gegen 79 Stimmen den Führer der oppositionellen Fianna Fáil, Charles Haughey, zum Premierminister. Diese Partei wird 81 der 166 Parlamentssitze erhalten und mußte zur Regierungsbildung die Unterstützung unabhängiger Abgeordneter finden, die die Wahl Haugheys zum Regierungschef sicherten. Das neue Kabinett wurde vereidigt. Laut Haughey sei es dessen wichtigste politische Aufgabe, die „Suche nach einer Lösung für das tragische Problem Nordirland fortzusetzen“.

Am 10. März bestellte der griechische stellvertretende Außenminister Papoulias die Botschafter der NATO-Länder ins Außenministerium und verwies sie auf das mehrmalige Eindringen türkischer Kampfflugzeuge in den griechischen Luftraum. Griechenland richtete in diesem Zusammenhang eine Demarche an den türkischen Botschafter in Athen und an die türkische Regierung. Am 12. März

wurden in Athen offiziell neue Verletzungen des Luftraums Griechenlands durch Flugzeuge der türkischen Luftwaffe bekanntgegeben. Der griechische Geschäftsträger in der Türkei legte bei den türkischen Behörden entschiedenen Protest ein.

Die Washingtoner Administration beschloß ein Embargo über Erdölimporte aus Libyen und den Exportstopp amerikanischer Ausrüstungen für die Erdöl- und Gasindustrie Libyens und berief außerdem US-Fachleute aus dem Land ab.

Am 11. März faßte die UNO-Kommission für Menschenrechte eine Resolution zur Lage in El Salvador. Darin heißt es, in diesem Land dauerten Morde, Entführungen, Terrorakte und andere grobe Verletzungen der Grundrechte des Menschen durch Regierungstruppen und paramilitärische Rechtsgruppierungen an. Dort gebe es keine Voraussetzungen für eine wirksame Durchsetzung der politischen und Bürgerrechte. Die Kommission verlangte, das Problem der Menschenrechte in El Salvador auf ihrer nächsten Sitzung als vordringlich zu behandeln (s. S. 10).

In Guatemala wurde der „Sieg“ General Anibal Guevaras, des Präsidentschaftskandidaten der herrschenden Militärs, bei den sogenannten allgemeinen Wahlen am 7. März bekanntgegeben. Die Mehrheit der Wähler folgten dem Aufruf der Aufständischen und boykottierten die Wahlfarce.

Am 11. März wurde in Suriname von rechten Armeekreisen ein Umsturzversuch unternommen, der niedergeschlagen werden konnte. Sein Hauptinitiator W. Hawker wurde erschossen. Das Schicksal des zweiten Anführers der Aufrührer ist nicht bekannt. Der dritte Organisator der Verschwörung, Leutnant Rambocus, tauchte mit einigen Meutern im Urwald unter. Sie werden von Armee-Einheiten verfolgt. Das Leben in der Hauptstadt Paramaribo normalisiert sich wieder.

Israels Ministerpräsident Begin billigte den Bau von mehr als 20 neuer Wehrdörfern auf dem okkupierten Westufer des Jordan. Ihre Zahl soll der Zahl der Wehrdörfer gleichkommen, die bei der Übergabe des letzten Drittels der Sinai-Halbinsel an Ägypten evakuiert werden.

Die Behörden Pakistans verstärken die Repressalien gegen Regimegegner. In den letzten zwei Wochen wurden etwa 10 000 Personen verhaftet, von denen die meisten Angehörige der Opposition, der fortschrittlichen Intelligenz und Aktivisten der Studentenbewegung sind.

Meinen die US-Politiker und die bürgerliche Presse denn wirklich allen Ernstes, das tief in der Krise steckende reaktionäre Amerika könne den polnischen Arbeitern seine Rezepte aufzwingen und ihnen vorschreiben, wie sie zu leben haben? Sie können ja nicht einmal den eigenen Arbeitern, die ständig mit immer größeren Problemen konfrontiert werden, die richtigen Rezepte geben. Der Präsident ruft aus, die Herzen der Amerikaner würden sich vor Schmerz über das Schicksal der polnischen Arbeiter und ihrer „Gewerkschaft“ zusammenziehen. Er selbst aber schlägt den Streit der amerikanischen Fluglotsen brutal nieder und verweigert deren Gewerkschaft die Anerkennung. In der TV-Show haben wir polnische „Arbeiter“ gesehen, die sich in die USA abgesetzt haben. Diese satten, selbstzufriedenen Gestalten, eingehüllt in teure Pelze, erweckten keineswegs den Eindruck von „Verfolgten“ und „Hungernden“.

K. OSTHIMER
Roswell, USA

Ich bin ganz traurig, wenn ich an Politiker denke, die sich als Kommunisten bezeichnen, doch durch ihre Äußerungen die von der bürgerlichen Propaganda angeheizte und von den Pekinger Hegemonisten unterstützte antisowjetische Hysterie schüren. Ich meine dabei einige Führer der Italienischen KP. Man möchte sie fragen, wo sie jetzt eigentlich wären, wenn nicht die Sowjetunion die Hauptschläge des Hitlerfaschismus auf sich genommen und nicht den entscheidenden Beitrag zur Befreiung Europas geleistet hätte.

Pierre DESSITE
Angers, Frankreich

Die in Heft Nr. 7/82 veröffentlichte „Diskussion mit dem Leser“ ist wirklich sehr aktuell. Das Wettrüsten gehört zu den wenigen dem Kapitalismus verbliebenen Methoden, mit denen die USA die Sowjetunion auszuwehren hoffen. Welch naiver Irrtum! Der Sozialismus ist jetzt stark genug, und wir haben genug Kräfte und Mittel, um uns unbeirrt dem Aufbau zu widmen.

Sergej PETROW
Leninabad, Tadshikische SSR

GEIST UND WILLE VON MILLIONEN

Der Saal des Kongreßpalastes im Kreml, der größte in der sowjetischen Hauptstadt, konnte die Delegierten und Gäste des am 16. März eröffneten Gewerkschaftskongresses kaum fassen. Unter den mehr als 5000 Abgesandten der Arbeitskollektive aus allen Gegenden der UdSSR waren mehr als die Hälfte — genau 2644 — Arbeiter und Kolchosbauern. Stark vertreten war die Volksintelligenz. 1088 Delegierte waren Gewerkschaftsfunktionäre. Sie alle waren während der unionsweiten Rechenschafts- und Wahlkampagne gewählt worden. Sie alle brachten Gedanken und Aufträge von 130 Millionen Sowjetbürgern, praktisch der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung, nach Moskau. Eine so starke Repräsentanz sah ein Gewerkschaftskongreß erstmalig. Und auch so viele ausländische Gäste hatte es bisher nicht gegeben. Sie kamen aus 123 Ländern, was von dem wachsenden Ansehen der sowjetischen Gewerkschaften zeugt.

Eingeleitet wurde der XVII. Gewerkschaftskongreß mit einer Rede unseres Partei- und Regierungschefs Leonid Breschnew. Darauf hatten die Delegierten gewartet, denn Leonid Breschnew hatte auch auf den vorangegangenen Kongressen das Wort ergriffen. Bezeichnend ist ebenfalls, daß sich viele Mitglieder des Politbüros und Sekretäre des ZK der KPdSU an der Kampagne vor dem Kongreß beteiligt hatten. Das alles ist ein deutliches Zeichen der hohen Aufmerksamkeit der Partei für das Wirken der Gewerkschaften, für die Erhöhung ihrer Rolle und Bedeutung im Leben des Landes und im politischen System der sowjetischen Gesellschaft. Die KPdSU betrachtet die Gewerkschaften unverändert als einflußreiche gesellschaftliche Kraft, als ihre zuverlässige Stütze in den Massen und starkes Mittel zur Weiterentwicklung der Demokratie und zur Einbeziehung der Werktätigen in den Aufbau des Kommunismus. „Mit Genugtuung möchte ich feststellen, daß die sowjetischen Gewerkschaften bei der Lösung der vielseitigen Aufgaben, vor die unsere kampferfüllte, bewegte Zeit uns stellt, eine immer größere — ja man kann direkt sagen — unersetzliche Rolle spielen. So muß es auch sein“, erklärte Leonid Breschnew.

Seine Rede enthielt konkrete Hinweise für die langfristige Tätigkeit der Gewerkschaften. Die Par-

tei sorgt sich ständig um die Erweiterung der Rechte der sowjetischen Gewerkschaften und darum, daß sie ihre sozialen Funktionen, die mit dem Fortschritt der Gesellschaft des reifen Sozialismus immer komplizierter und inhaltsreicher werden, noch vollständiger und besser wahrnehmen. Diese Sorge fand ihren Niederschlag in der Verfassung der UdSSR und in einer ganzen Reihe von Gesetzen, die in den letzten Jahren auf Initiative des ZK der KPdSU verabschiedet wurden.

„Unsere gesamte Geschichte, unsere heutige sowjetische Wirklichkeit sind ein überzeugender Beweis dafür, daß die Kraftquelle für die Gewerkschaften und für ihr erfolgreiches Wirken in der Führung durch die Partei liegt“, betonte der Vorsitzende des Zentralrats der Gewerkschaften der UdSSR (WZSPS), Stepan Schalajew. „Unsere Gewerkschaften sind untrennbar mit der Partei verknüpft. Sie hatten und haben keine anderen Ziele als die, die die Kommunistische Partei stellt. Sie haben keine anderen Interessen, als die, die unser Volksstaat vertritt...“

Von dieser Überzeugung waren sowohl der Rechenschaftsbericht des WZSPS als auch die Reden der kommunistischen und parteilosen Delegierten durchdrungen. Unter der Führung der Partei hat unser Volk in den verflossenen fünf Jahren bei der Schaffung der materiellen und technischen Basis des Kommunismus viel erreicht. Der Volkswohlstand hat sich erhöht. Die materiellen und geistigen Grundlagen der sozialistischen Lebensweise wurden gefestigt. Gestiegen ist die wirtschaftliche und Verteidigungsmacht des Landes. Entwickelt und vervollkommen wurde die sowjetische Demokratie.

Die Abgesandten der Werktätigen konnten die erzielten Erfolge mit Stolz konstatieren und sprachen im Kongreßpalast des Kreml von der zunehmenden Rolle der Gewerkschaften bei der Lösung ihrer Doppelaufgabe: Sorge um die Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft und Sorge um den Schutz der Rechte und Interessen der Werktätigen. In der sozialistischen Gesellschaft gibt es keine anderen Quellen des materiellen Wohlstands und der schöpferischen Entwicklung des einzelnen außer der tätigen Arbeit, und kann es auch nicht geben. Um sie qualitativer und ef-

fektiver zu machen, verfügen die Gewerkschaften über vielfältige Mittel. Eines davon ist der sozialistische Wettbewerb, an dessen Ursprung Lenin stand. An ihm beteiligten sich heute 108 Millionen Menschen. Er hat alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens — Produktion, Verwaltung, Wissenschaft, Kultur und Dienstleistungen — erfaßt.

Ein hervorstechendes Merkmal dieses Gewerkschaftsforums war auch, daß auf ihm fast die gesamte Kolchosbauernschaft vertreten war. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder unter den Kolchosbauern stieg im vergangenen Planjahr fünf von 4,5 auf 12 Millionen. Das materielle und technische Potential der Kolchosen und Sowchsen hat sich stark erhöht, was sich günstig auf Arbeit und Leben der Werktätigen auf dem Lande auswirkt. Die Gewerkschaftsarbeit dort wurde intensiviert. Gleichzeitig gibt es jedoch auch Probleme, die bei der Entwicklung der Landwirtschaft und anderer Zweige des Agrar-Industrie-Komplexes gelöst werden müssen. Wie Leonid Breschnew auf dem Kongreß sagte, sind die Gewerkschaften dazu berufen, konkrete Wege zu finden, um die Initiative und Aktivität aller Organisationen und Mitarbeiter, die mit dem Ernährungswesen zu tun haben, anzuspornen.

In unserem kurzen Bericht können wir unmöglich alle Aspekte der Gewerkschaftsarbeit nennen, die im Kongreßpalast aber auch im Haus der Gewerkschaften und in anderen Versammlungsräumen Moskaus erörtert wurden, wo die Zweigkommissionen des XVII. Gewerkschaftskongresses der UdSSR zusammentraten.

Auch im Pressezentrum gab es unter den sowjetischen und ausländischen Journalisten viele Diskussionen. Auf der Pressekonferenz vor Kongreßeröffnung bat der Reuter-Korrespondent, etwas über die Schutzfunktionen der sowjetischen Gewerkschaften zu sagen, und erkundigte sich, ob nicht vielleicht deren Erweiterung vorgesehen sei. Diese Frage wurde von den westlichen Kollegen schon früher und auch jetzt mit einer geradezu schmerzlichen Schärfe gestellt. Die Kongreßdokumente geben darauf eine klare und erschöpfende Antwort.

Stepan Schalajew sagte dazu: „Der Staat hat den Gewerkschaften

umfassende Rechte und Möglichkeiten gewährt, die rechtmäßigen Interessen der Werktätigen zu vertreten, und deren Rechte bei Verstößen zu schützen. Für die Kontrolle über die Einhaltung der Arbeitsgesetzgebung und für die Rechtsberatung der Werktätigen sorgen die Rechts- und Arbeitsschutzinspektionen der Gewerkschaften, Rechtsberatungsstellen und das viele Tausende Werktätige umfassende Gewerkschaftsaktiv. Alljährlich wird die Einhaltung der Arbeitsgesetze in Zehntausenden Betrieben überprüft. Werkleiter, die die Rechte der Werktätigen grob verletzen und sich Bürokratismus zuschulden kommen ließen, wurden mit Ordnungsstrafen und Disziplinarmaßnahmen belegt, einige von ihnen auf Forderung der Gewerkschaft ihres Postens enthoben. Es kommt auch zu Arbeitskonflikten, aber wir haben einen gutfunktionierenden Mechanismus zu ihrer Lösung im Interesse der Sache. Dabei sind die Gewerkschaften, wie Leonid Breschnew sagte, dazu berufen, Umstände zu schaffen, in denen schon die Möglichkeit von Verletzungen der Rechte der arbeitenden Menschen ausgeschlossen und jegliche Erscheinungen von Hochmut und Gleichgültigkeit, die sich einzelne Leiter noch immer zuschulden kommen lassen, undenkbar machen würden.

Die Frage des britischen Kollegen war, wie wir glauben, weiter gezielt. In seinem Land schließlich ist Schutz nicht nur vor Willkür oder Gleichgültigkeit nötig, sondern in erster Linie vor Arbeitslosigkeit und verschlossenen Bildungsmöglichkeiten, vor schlechtem Wohnraum und Herabsetzung der Krankengelder. Die meisten dieser Dinge kennen wir seit langem nicht mehr. Und was die Gewerkschaften auf dem sozialen Gebiet unternehmen, bezeichnen wir nicht als Schutz, sondern als Sorge um die Arbeits- und Lebensbedingungen. Auch hier tut der Staat alles in seinen Kräften stehende und stellt so viele Mittel bereit, wie es die Wirtschaft erlaubt. Angelegenheit der Gewerkschaften ist es dann, all das gerecht und sinnvoll zu nutzen, zu verteilen und zu organisieren.

Den Gewerkschaften kommt z. B. eine wichtige Rolle bei der Aufschlüsselung des gesellschaftlichen Konsumtionsfonds zu. Bis zum Ende des Planjahr fünfths wird die Gesamtsumme der Zahlungen und Vergünstigungen aus diesen Fonds für eine vierköpfige Familie mehr als 2000 Rubel pro Jahr betragen. Berücksichtigt man, daß der durchschnittliche Monatslohn im Lande zu diesem Zeitpunkt 193 Rubel aus-

machen wird, erkennt man, daß die gesellschaftlichen Konsumtionsfonds eine wesentliche Aufstockung des Familienhaushalts bedeuten. Ein anderes Beispiel. 1980 konnten gegenüber 1975 Betriebsunfälle und Berufserkrankungen um 25% gesenkt werden. Das ist das Resultat der gemeinsamen Sorge von Gewerkschaften und Staat.

„Alles was in unserem Land zur Verbesserung des Lebens des sowjetischen Volkes getan wird, geschieht nach Plänen der Partei und unter ihrer unmittelbaren Führung“, erklärte der WZSPS-Vorsitzende.

Die sowjetischen Kongreßteilnehmer wie die ausländischen Gäste äußerten in ihren Reden und in Gesprächen uns gegenüber ihren tiefen Eindruck von der Rede Leonid Breschnews. Sie betonten die Bedeutung der darin enthaltenen neuen Friedensinitiativen, die den guten Willen unseres Volkes widerspiegeln, den Frieden zu erhalten und zu festigen.

Bei der vielschichtigen internationalen Arbeit der Partei spielen die Gewerkschaften eine nicht unwesentliche Rolle. Sie konzentrieren ihre Anstrengungen heute auf den Kampf um den Zusammenschluß aller Formationen der Arbeiterbewegung, die für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt eintreten. Die sowjetischen Gewerkschaften sind zur Zusammenarbeit mit allen Gutgewillten zur Durchsetzung dieser hohen Ziele bereit.

Obwohl der Imperialismus und seine Helfershelfer die Spannungen anheizen und versuchen, die Gewerkschaften auf den Weg des kalten Krieges zurückzudrängen, die Solidarität der Werktätigen zu schwächen und die Gewerkschaften der kapitalistischen Länder gegen die der sozialistischen Länder auszuspielen, erstarken die Klassenpositionen der Weltgewerkschaftsbewegung, wächst die politische Aktivität der werktätigen Massen im Kampf gegen die Kriegsgefahr, erweitert sich die Zusammenarbeit der Gewerkschaften unterschiedlicher politischer Orientierung.

Vielfältig sind die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften der sozialistischen Länder, aus denen alle Verbände großen Nutzen ziehen.

„Von den Positionen des sozialistischen Internationalismus aus schätzen wir die Ereignisse in Polen ein“, erklärte Stepan Schalajew. „Die sowjetischen Gewerkschaften unterstützen vollständig die in Polen ergriffenen Maßnahmen zur Normalisierung des politischen und gesellschaftlichen Lebens, sie unter-

stützen die Anstrengungen zur Festigung der sozialistischen Erwerbschaften.“

Umfangreiche Kontakte haben die sowjetischen Gewerkschaften zu den Gewerkschaften der frei gewordenen Länder, vor allem jener, die den sozialistischen Entwicklungsweg beschreiten: Afghanistan, Kampuchea, Äthiopien, Angola, Moçambique und andere. Wir helfen den Völkern der jungen Staaten beim Aufbau des neuen Lebens, im Kampf gegen Imperialismus, Neokolonialismus und Rassismus, für wirtschaftliche Unabhängigkeit. Die Gewerkschaften unseres Landes sind solidarisch mit den Werktätigen, die gegen Reaktion und Faschismus, für die Verteidigung der demokratischen Freiheiten und gewerkschaftlichen Rechte eintreten.

Traditionen des gegenseitigen Verständnisses und der Zusammenarbeit entstanden zwischen dem WZSPS und verschiedenen westeuropäischen Gewerkschaftszentralen. Das zunehmende Zusammenwirken mit den Gewerkschaften des Westens, die unterschiedliche politische Standpunkte einnehmen, in solchen Fragen wie Verhütung des Krieges, Gesundung der Umwelt, Kaderausbildung, Produktionstechnik, zeigen sich auch bei gesamt-europäischen Gewerkschaftskonferenzen. Leider gibt es in der Führung westlicher Gewerkschaftszentralen, vor allem in der AFL/CIO, Kräfte, die die Feindschaft zum Sozialismus daran hindert, die Realitäten von heute nüchtern zu betrachten.

Große Bedeutung messen die UdSSR-Gewerkschaften ihrer Beteiligung am Wirken des Weltgewerkschaftsbunds bei, dem angesehenen Repräsentanten von über 200 Millionen Werktätigen der Welt. Der X. Weltgewerkschaftskongreß in Havanna bestätigte, daß der WGB treu zu den Interessen der breitesten werktätigen Massen steht und konsequent die Klassenlinie verfolgt. Die dort beschlossenen Dokumente bieten den arbeitenden Menschen ein umfangreiches Programm für den Kampf um ihre Rechte, gegen die volksfeindliche Politik der Multis, gegen Arbeitslosigkeit und Inflation, für die Verhütung einer nuklearen Katastrophe, für die Erhaltung und Festigung der Entspannung und für den sozialen Fortschritt.

Die Gewerkschaften unseres Landes haben immer wieder bewiesen, daß sie dem proletarischen Internationalismus, dieser großen umgestaltenden Kraft der Gegenwart, treu sind. Das gilt auch für die Zukunft.

**W. ARSENJEV,
A. SEMJONOW**

DER ERSTE BESUCH— MOSKAU

Wladimir KASAKOW

„Wenn die guten Elemente, die unseren Beziehungen mit Ihnen zugrunde liegen, auf der Erde breitere Anwendung fänden, dann würde es wahrscheinlich auf unserem Planeten bedeutend weniger Spannungs- und Konfliktherde geben“, betonte Leonid Breschnew bei einem Essen für den Präsidenten Finnlands, Mauno Koivisto. „... Der Weg zu Frieden und Sicherheit verläuft nicht darüber, daß ein Staat den anderen seinen Willen aufzwingt, sondern darüber, daß das Recht jedes Volkes tatsächlich respektiert wird, sein Leben so zu gestalten, wie es selbst für erforderlich hält“, fuhr Leonid Breschnew fort.

Mauno Koivisto unternahm seine erste Auslandsreise als Präsident Finnlands in die Sowjetunion. „Darin sehen wir ein Zeugnis der großen Bedeutung, die in Ihrem Land den Beziehungen zur UdSSR beigemessen wird“, betonte Leonid Breschnew. „In der sowjetischen Außenpolitik nimmt die Linie auf die Festigung der guten Nachbarschaft mit Finnland gleichfalls einen sehr wichtigen, ich würde sagen, besonderen Platz ein.“

Die langjährigen freundschaftlichen sowjetisch-finnischen Beziehungen sind ein Beispiel für fruchtbare friedliche Koexistenz. Sie beruhen auf dem Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe von 1948, der die Entwicklung der gutnachbarlichen Beziehungen zwischen der UdSSR und Finnland zuverlässig garantiert. Ihr Fundament wurde von W. I. Lenins Dekret über die Anerkennung der staatlichen Unabhängigkeit Finnlands gelegt. Die Erfahrungen von über drei Jahrzehnten haben die unvergängliche Bedeutung des Vertrages bewiesen, der eine feste Basis der allseitigen Zusammenarbeit bleibt. Der Vertrag ist ein ständiger wichtiger Faktor der Festigung des Friedens in Nordeuropa und auf dem europäischen Kontinent insgesamt, er dient der internationalen Entspannung.

Der auf dem Vertrag basierende außenpolitische Kurs Finnlands — die „Paasikivi — Kekkonen — Linie“ — gewährleistet die Entwicklung der Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und bekundet das Streben Helsinki, eine friedliebende neutrale Politik zu verfolgen und freundschaftliche Beziehungen zu allen Ländern zu unterhalten.

Unvergesslich ist der Beitrag, den der ehemalige Präsident Finn-

lands, Urho Kekkonen, zur Herausbildung und Verwirklichung dieser Linie geleistet hat. Seine Tätigkeit zur Festigung der sowjetisch-finnischen Freundschaft und Zusammenarbeit wurde von den sowjetischen Menschen stets hoch eingeschätzt. Präsident Mauno Koivisto erklärte, Finnland werde in seiner Außenpolitik auch weiterhin entschieden und konsequent den Kurs Urho Kekkonens verfolgen.

„Die sowjetisch-finnischen Beziehungen werden oft als gutes Beispiel für die friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen genannt“, sagte Leonid Breschnew. Die Erfahrungen der Zusammenarbeit Moskaus und Helsinki zeigen, daß sich die zwischenstaatlichen Beziehungen auf gegenseitige Achtung und auf Vertrauen gründen müssen.

Von vorrangiger Bedeutung ist die sowjetisch-finnische Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit. Der Warenaustausch nimmt ständig zu, erfolgreich wird der gemeinsame Bau von Großobjekten fortgesetzt. Die Handelsverbindungen werden im bis 1995 gültigen Langzeitprogramm geregelt.

Wichtig ist auch etwas anderes. Die bilateralen Beziehungen hängen nicht von vorübergehenden Schwankungen der internationalen Politik ab. Beide Länder haben einen nicht geringen Nutzen von der Zusammenarbeit.

Beide Staaten sind über die Zunahme der Spannung, die Forcierung des Wettrüstens, besonders des nuklearen, und über die Verstärkung der Kriegsgefahr besorgt. Nach Meinung der UdSSR und Finnlands müssen dringend Maßnahmen zur Beendigung des Wettrüstens ergriffen werden. Für die Festigung des Friedens und der europäischen Sicherheit wären die Erreichung einer Vereinbarung bei den Genfer Verhandlungen über die Begrenzung der Nuklearrüstungen in Europa und die schnellstmögliche Wiederaufnahme der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über eine Begrenzung der strategischen Rüstungen von vorrangiger Bedeutung.

Leonid Breschnew und Mauno Koivisto widmeten Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa große Aufmerksamkeit. Die Kontinuität und Langwierigkeit des durch die Konferenz von Helsinki eingeleiteten Prozesses sind die Gewähr für die Fortführung der Entspannung sowie für die Vertiefung der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Verständnisses

zwischen den europäischen Staaten und Völkern. Die Verwirklichung aller Prinzipien und Artikel der Schlußakte erlangt angesichts der verschärften Weltlage noch größere Bedeutung als je zuvor. In diesem Zusammenhang ist es erforderlich, das Madrider Treffen erfolgreich abzuschließen sowie die Einberufung einer Konferenz für vertrauensbildende Maßnahmen, Sicherheit und Abrüstung in Europa zu gewährleisten.

Leonid Breschnew informierte Mauno Koivisto über den kürzlich von den sozialistischen Ländern bei den Wiener Verhandlungen eingebrachten Entwurf eines Abkommens über den gegenseitigen Abbau der Streitkräfte und Rüstungen und damit verbundene Maßnahmen in Mitteleuropa auf der ersten Etappe.

Die Sowjetunion und Finnland konstatierten: Die auf der 36. UNO-Vollversammlung angenommenen positiven Beschlüsse zeugen vom Streben aller Völker, die nukleare Gefahr abzuwenden und den Weltfrieden zu festigen. Sie bekundeten die Bereitschaft, aktiv und konstruktiv zur erfolgreichen Durchführung der bevorstehenden zweiten Abrüstungs Sondertagung der UNO-Vollversammlung beizutragen.

Die besondere Aufmerksamkeit in der Außenpolitik Finnlands wie der Sowjetunion gilt Fragen der Gewährleistung der Sicherheit im europäischen Norden. Die Verwirklichung des Vorschlages Finnlands, Nordeuropa zur kernwaffenfreien Zone zu erklären, würde die Sicherheit der Region wesentlich festigen. Die Vertreter Finnlands betonten die Konstruktivität der von Leonid Breschnew in einem Interview für die Zeitung „Suomen Sosialidemokraatti“ geäußerten Überlegungen bezüglich der Wege für eine Verwirklichung dieser Idee.

Bei der Erörterung der Lage in verschiedenen Weltregionen sprachen sich Leonid Breschnew und Mauno Koivisto für die Beseitigung der bestehenden und die Verhütung neuer Spannungsherde im Interesse des Friedens und der internationalen Sicherheit aus.

„Angesichts der Verstärkung des Wettrüstens müssen wir alle möglichen Mittel für die Rückkehr zum Prozeß der Entspannung und der Festigung des Vertrauens zwischen den Völkern nutzen“, sagte Mauno Koivisto.

Der UdSSR-Besuch von Präsident Mauno Koivisto und die sowjetisch-finnischen Gespräche bestätigten, daß die gemeinsame Suche nach Wegen zur Gewährleistung des Friedens und der internationalen Sicherheit unsere Länder einander noch näher bringt sowie den Zielen, Prinzipien und dem Geist des Vertrages von 1948, den Artikeln der Schlußakte von Helsinki voll und ganz entspricht. Diese guten Beziehungen können und müssen auch in Zukunft konstruktives Element des dauerhaften Friedens und der Sicherheit in Europa bleiben.

WINDROSE

Juri ANTONOW

Mittelamerika heute ist ein Herd politischer Stürme auf dem Kontinent, eine Art Windrose.

Die Festigung der sozialistischen Ordnung auf Kuba und die Erhöhung seines internationalen Einflusses, der Sieg der volksdemokratischen antiimperialistischen Revolution in Nicaragua und der Aufbau einer neuen Gesellschaft in diesem Lande haben in den letzten Jahren der revolutionären Bewegung in den mittelamerikanischen Ländern einen starken Impuls gegeben. Sie ist gegen die von den USA eingesetzten und gestützten Militärdiktaturen gerichtet. In El Salvador führt die Nationale Befreiungsfront „Farabundo Martí“ den Partisanenkrieg auf dem ganzen Territorium der Republik. In Guatemala haben sich vier militärpolitische Organisationen — die Aufständischen Streitkräfte, die Partisanenarmee der Armen, die Organisation des bewaffneten Volkes und die Revolutionären Streitkräfte der Guatemalteken Partei der Arbeit (Kommunisten) — zur Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas vereinigt und versetzen den Regierungstruppen immer empfindlichere Schläge. In Honduras, wo die regierungsfeindlichen Aktionen erstarben, ist die Befreiungsfront „Francisco Morazán“ entstanden. In Kostarika und Panama haben sich die sozialpolitischen Konflikte verschärft.

Das stürmische Wachstum der Befreiungsbewegung bedeutet die reale Gefahr des Zusammenbruchs der proimperialistischen Regimes in nächster Nähe der USA, in deren traditioneller Herrschaftszone. Deshalb ist Washingtons Politik vor allem darauf gerichtet, die Partisanen in El Salvador und Guatemala zu unterdrücken und das sandinistische Regime in Nicaragua zu destabilisieren.

Zugleich benutzt die Reagan-Regierung die entstandene Situation, um die allgemeinen internationalen Spannungen anzukurbeln und ihre globale antikommunistische Strategie zu demonstrieren. Washington möchte, daß die Länder Lateinamerikas mit ihm konform gehen.

Die ganze Mittelamerika-Politik der USA dient einem Ziel. Unter dem verlogenen Vorwand der „Ein-

mischung Nikaraguas in die Angelegenheiten El Salvadors“ wirken sie auf die politische und wirtschaftliche Isolierung dieses Landes hin. CIA-Agenten stacheln die einheimischen Reaktionskräfte zu regierungsfeindlichen Aktionen an, versuchen, die innenpolitische Lage zuzuspitzen, und provozieren bewaffnete Zusammenstöße an der Grenze der Republik zu Honduras.



El Salvador. Er kämpft in den Reihen der Nationalen Befreiungsfront „Farabundo Martí“

Foto: TASS

Washington erhöht seine Militär- und Finanzhilfe für die salvadorianische Junta, entsendet seine „Berater“ dorthin, bildet in den USA und in der Panamakanal-Zone salvadorianische Soldaten und Offiziere aus. Maßnahmen werden ergriffen, um die Kampffähigkeit der Armeen von Guatemala und Honduras zu erhöhen und sie bei der in Vorbereitung befindlichen bewaffneten Intervention in El Salvador und Nicaragua einsetzen zu können. Washington geht es um ein Aufmarschgebiet für aggressives Handeln gegen Nicaragua, und so läßt es nichts unversucht, um in Kostarika eine politische Krise zu provozieren und die einheimische Reaktion zur Errichtung einer rechten Diktatur zu animieren. Außerdem setzen die USA auch Mexiko unter starken Druck, damit es seine guten Beziehungen zu Kuba, Nicaragua und den patriotischen Kräften El Salvadors aufgibt.

Zugleich intensiviert das Penta-

gon seine militärische Präsenz in der Region. Das Kommando des Südlichen Wehrbereichs der USA (Panamakanal-Zone) schuf eine Stelle eigens für die Leitung von Operationen in Mittelamerika. Die Reagan-Administration verstärkte zahlenmäßig das Personal der CIA-Ableger in den mittelamerikanischen Republiken.

Da aber die Weltöffentlichkeit, insbesondere mehrere einflußreiche sozialdemokratische Parteien Westeuropas, die USA wegen der Unterstützung der blutrünstigen Junta in El Salvador verurteilen, strebt Washington danach, dem Konflikt in diesem Land „lateinamerikanischen“ Charakter zu verleihen, d. h. die Länder der Region in die Niederhaltung der revolutionären Bewegung in dieser Republik einzuschalten. Im Januar 1982 wurde auf Initiative Washingtons eine „Mittelamerikanische demokratische Gemeinschaft“ geschaffen. Ursprünglich gehörten ihr Kostarika, El Salvador und Honduras an, dann traten ihr auch Venezuela, Kolumbien und die USA selbst bei. Die „Gemeinschaft“ ist vor allem gegen Kuba und Nicaragua gerichtet. So werden in der Deklaration über ihre Gründung das Wettrüsten in „einigen“ mittelamerikanischen Ländern (gemeint ist Nicaragua), der Terrorismus und die Wühltätigkeit (die Kuba unterstellt werden) verurteilt und sind kollektive Sicherheitsmaßnahmen für den Fall vorgesehen, „daß eines der Mitglieder der Gemeinschaft einer Aggression oder einer Form internationalen Drucks ausgesetzt wird“.

Washington ist auch bemüht, den proimperialistischen Regimes einen „demokratischen“ Anstrich zu geben. Durch „Wahlen“ unter dem Pistolenlauf versucht es, die bestehenden Unterdrückungsregimes zu legalisieren. An den am 7. März in Guatemala abgehaltenen „Wahlen“ beteiligten sich trotz behördlichen Zwanges nur 30% der Wahlberechtigten. Die meisten Salvadorianer wollen, wie einlaufende Nachrichten beweisen, die Wahlfarce, die die Junta in El Salvador am 28. März veranstalten wird, ebenfalls boykottieren.

Angesichts der gefährlichen Krisenlage in der Region beabsichtigt die Reagan-Administration, ohne die Peitsche, Repressalien aufzugeben, einen „Mini-Marshallplan“ zu verwirklichen: ein Programm zur wirtschaftlichen Förderung der Länder Mittelamerikas und der Karibik, an dem sich die USA, Ka-

nada, Mexiko und Venezuela beteiligen sollen. Präsident Reagan legte den Plan in den Grundzügen am 24. Februar in einer Ansprache im Washingtoner Hauptquartier der Organisation der Amerikanischen Staaten dar. Der Plan sehe folgendes vor: Washington gewähre den Ländern Mittelamerikas und der Karibik die Meistbegünstigung im Handel und hebe die ihren Export beschränkenden Tarifsätze auf. Dafür müßten besagte Länder bessere Bedingungen für private Investitionen aus den USA schaffen. Diese würden 350 Mio Dollar in der wirtschaftlichen Entwicklung der Staaten der Region anlegen.

Die neue USA-Initiative ist im Grunde ein Bestandteil des Programms für die Festigung der Positionen des USA-Monopolkapitals in Mittelamerika und der Karibik. Das Programm verfolgt vor allem das Ziel, Kuba zu isolieren, die Situation in Nicaragua zu erschweren und den Sturz der sandinistischen Regierung herbeizuführen, die Lage in Grenada zu destabilisieren und die Befreiungsbewegung in El Salvador und anderen Ländern der Region zu unterdrücken.

Kein Wunder, daß der Plan der Reagan-Administration bei der lateinamerikanischen Öffentlichkeit keine Unterstützung findet. So besteht der mexikanische Präsident José López Portillo entschieden darauf, daß die Wirtschaftshilfe an keine ideologischen Motive geknüpft wird und keinen militärischen Zwecken dient.

Auch insgesamt stößt die USA-Interventionspolitik in Mittelamerika auf immer größere Schwierigkeiten. Es ist der Reagan-Administration nicht gelungen, auch nur eines der von ihr gestützten volksfeindlichen Regimes zu konsolidieren. Sie sind inmitten ihrer eigenen Völker isoliert und können den Kampf der patriotischen Kräfte nicht niederhalten. Die immer offenere Einmischung der USA in Mittelamerika und die Unwirksamkeit ihrer Versuche, das salvadorianische Problem zu lösen, stoßen auch im USA-Kongreß auf wachsende Opposition. Viele Exponenten der Sozialistischen Internationale treten aktiv gegen diese aggressive Politik auf. Das bestätigte u. a. der jüngste Lateinamerika-Besuch des SI-Vizepräsidenten Felipe González, Generalsekretär der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei.

Unter diesen Umständen fanden die Vorschläge, mit denen der Prä-

sident Mexikos während seines Nikaragua-Besuches im Februar hervortrat, eine weite internationale Resonanz. In seiner Ansprache in Managua widerlegte er die Erfindungen der USA-Propaganda, der Befreiungskampf der Völker dieser Region gefährde „die vitalen Interessen und die nationale Sicherheit der USA“, und sagte, daß eine militärische USA-Intervention in Mittelamerika ein „kolossaler historischer Fehler“ wäre. Er sprach sich für die Einstellung des Blutvergießens in El Salvador durch Verhandlungen zwischen allen interessierten Seiten aus, forderte die USA auf, auf Drohungen und Gewaltanwendung gegenüber Nicaragua zu verzichten, und schlug vor, Nichtangriffspakte zwischen Nicaragua und den USA sowie zwischen Nicaragua und seinen Nachbarländern zu schließen. López Portillo erklärte sich bereit, in einem friedlichen konstruktiven Dialog zwischen Kuba und den USA zu vermitteln.

Seine Initiativen fanden bei vielen Regierungen in Lateinamerika Billigung. Sie wurden auch vom französischen Präsidenten Mitterrand, von der SPD-Führung, von der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei, der Sozialdemokratischen Partei Finnlands und anderen Parteien und Regierungen befürwortet. Fidel Castro richtete eine Botschaft an den Präsidenten Mexikos, worin es heißt: „Wenn die USA-Regierung — die Quelle aller Probleme Lateinamerikas und der karibischen Länder — sich verpflichtet, die Nachbarländer nicht zu überfallen, wenn sie ihren ständigen Drohungen ein Ende setzt und nicht mehr ihre Waffen und Finanzen zur Stützung der Völkermord-Regimes gebraucht, wenn sie Wühlereien und all ihre rechtswidrigen Schritte einstellt, ist Kuba bereit, an den von Ihnen in Managua erwähnten hochsinnigen Bemühungen teilzunehmen.“

Sprecher der Regierung der Nationalen Wiedergeburt Nikaraguas billigte ebenfalls die Initiative des mexikanischen Präsidenten und bekundete erneut ihren Wunsch, die Spannungen in den Beziehungen zu den USA zu beseitigen, falls sich diese mit den Vorschlägen einverstanden erklären, die die Sandinistische Nationale Befreiungsfront auf der Beratung der Ständigen Konferenz der politischen Parteien Lateinamerikas (Managua, 19.—20. Februar 1982) einbrachte. Nach Ansicht der nikaraguanischen Füh-

rung sind die Hauptbedingungen normaler Beziehungen zu den USA die Respektierung des Rechts des Volkes Nikaraguas auf Selbstbestimmung, die Liquidierung der Lager und Stützpunkte der nikaraguanischen Konterrevolutionäre auf USA-Territorium und die Forderung, daß die USA nicht mehr die ehemaligen Somoza-Gardisten, die sich in Honduras festgesetzt haben, unterstützen.

Die UdSSR schätzt die Position Mexikos und Nikaraguas hoch ein. Beim Essen für den finnischen Präsidenten Koivisto am 9. März sagte Leonid Breschnew: „Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß der Weg zum Frieden und zur Sicherheit auch hier nicht über das Aufzwingen des Willens des einen Staates anderen Staaten führt, sondern über die wirkliche Respektierung des Rechtes jedes Volkes, sein Leben nach eigenem Ermessen zu gestalten. Gerade solchen Zielen dienen unseres Erachtens die friedliebenden und konstruktiven Vorschläge, die vor kurzem die Regierung Nikaraguas unterbreitete.“

In gleicher Richtung weisen einige Ideen des Präsidenten von Mexiko, der Besorgnis über die gegenwärtige Situation in dieser Region äußerte. Wir verstehen sehr wohl, daß die Spitzenpolitiker Kubas und Nikaraguas in diesen Ideen das Streben nach Minderung der Spannungen in Mittelamerika sehen. Das wäre auch für den Weltfrieden von Nutzen. Die Sowjetunion ist für eine solche Entwicklung.“

Eine ganz andere Reaktion lösten die friedensdienlichen Vorschläge Mexikos bei der USA-Administration aus. Obwohl sie wenige Tage vor Reagans Rede im OAS-Hauptquartier gemacht worden waren, erwähnte er sie mit keinem Wort. Erst unter dem Druck der Öffentlichkeit begann Außenminister Haig unlängst Verhandlungen mit dem mexikanischen Außenminister Castañeda. Nun muß Washington sein Wort sagen. Bei nüchternem Herangehen an die Vorschläge zur Beilegung der Krisensituation in Mittelamerika und der Karibik haben die USA die Möglichkeit, die Weltöffentlichkeit von der Aufrichtigkeit ihres Wunsches zu überzeugen, in dieser Region Frieden und Stabilität einziehen zu lassen. Sonst werden sie es mit dem heldenhaften Widerstand der patriotischen Kräfte Mittelamerikas zu tun haben.

MIT GUTEN ABSICHTEN? MIT DEM GROSSEN KNÜPPEL!

Von unserem ständigen Berichterstatter Juri GUDKOW

„Wenn wir nicht schnell und entschlossen handeln ... dann werden aus den Ruinen der jetzigen Konflikte neue Kubas entstehen“, erklärte US-Präsident Ronald Reagan kürzlich im Hauptquartier der Organisation Amerikanischer Staaten. Nach Meinung des Herrn des Weißen Hauses droht das vor allem in El Salvador und in Guatemala. Ebendeshalb ist ein Drittel der den mittelamerikanischen und karibischen Ländern versprochenen US-Hilfe für El Salvador bestimmt. Zudem sollen 112 Mio Dollar ausschließlich für den Ankauf von US-Rüstungsgütern verwandt werden.

Natürlich versuchte der Präsident, die wahren Absichten seiner Freigebigkeit zu tarnen. Er ließ sich lange und breit über die „Verbundenheit mit der Freiheit und Unabhängigkeit“, über die Bereitschaft, den Völkern der Region das „Recht auf eine eigene nationale Identität“ und die „Schaffung ihrer eigenen politischen Institute“ zu gewährleisten, „die den sozialen und historischen Erfordernissen gerecht werden“. Für alle Fälle versuchte er sogar die Geschichte der Beziehungen der USA zu deren Nachbarn umzudeuten, indem er erklärte: „Wie gut unsere Absichten auch gewesen sein mögen, allein schon die Größe unseres Landes konnte einen auf den Gedanken bringen, wir zeigten eine Art Paternalismus.“

Ja, diese „Güte“! Von 1898 bis 1920 haben die USA zwanzigmal Truppen in Länder der Karibik entsandt, mehrmals allein nach Nikaragua. Die Proklamierung der Politik des „guten Nachbarn“ in den 30er Jahren hinderte Washington nicht, 1954 mit Hilfe der CIA die legitime Regierung Guatemalas zu stürzen und sieben Jahre später die Invasion in Kuba zu organisieren.

So haben die Karibikländer am eigenen Leibe die „guten Absichten“ der USA verspürt.

In den 70er Jahren begannen sich die USA wegen des schmutzigen Vietnamkrieges weniger für diese Region zu interessieren. Eine neue Etappe der militärischen Einmischung wurde Ende 1980 eingeleitet, als der scheidende Präsident Carter Militärhilfe an die Junta El Salvadors einschließlich Waffen und Militärberater bewilligte.

Die republikanische Administration sah hier offenbar eine Chance, um „Entschlossenheit“ und die Bereitschaft

zu demonstrieren, Gewalt bei der Verteidigung „wichtiger amerikanischer Interessen“ anzuwenden. Sie meinten, das leicht schaffen zu können — handelt es sich ja um Länder, die hier traditionell als „Hinterhof der USA“ bezeichnet werden. „Wir dürfen einfach nicht passiv bleiben“, zitierte die Zeitschrift „Parade“ die Worte eines „namhaften“ Regierungsvertreters. „Wenn wir Mittelamerika nicht zu verteidigen vermögen, wie können wir dann den Persischen Golf mit seinem Öl „verteidigen?“ Und bei El Salvador hört die „Verteidigungsbereitschaft“ nicht auf. Offizielle Personen vermeiden es, die diskreditierte „Domino-Theorie“ zu erwähnen. Doch ihre Überlegungen vollziehen sich auf wohl bekannten Bahnen. Haig nennt Guatemala das „offenbar nächste Ziel“ und fährt fort: „Wenn man von Nikaragua nach El Salvador und Guatemala geht ... ist Mexiko greifbar nahe.“

Ebenso seit langem bekannt ist das Szenario der Einmischung. Die Republikaner haben die Militärhilfe an die Junta El Salvadors gegenüber Carters Amtszeit verfünffacht und eine neue Gruppe von Militärberatern entsandt. Sie haben ein „Weißbuch“ mit dem Titel „Die kommunistische Einmischung in El Salvador“ erdichtet. Letzteres erwies sich als primitive Fälschung, gab jedoch Anlaß zu unverhohlenen Drohungen gegen Nikaragua und Kuba. Danach wurde die Entwicklung immer drohender.

Vor allem wird die Einmischung ausgeweitet. Im laufenden Finanzjahr sollte die Militärhilfe für die Junta El Salvadors 26 Mio Dollar betragen. Im Februar hob die Regierung sie auf Kosten der „Sonderausgaben“ auf 55 Millionen an, und im Haushalt 1983 wird sie 60 Millionen betragen. Zweifelsohne ist diese Zahl nur bedingt. Bei den Hearings im Kongreß fragte Senator Paul Tsongas Mr. Enders, Assistent des Außenministers, ob es eine Höchstgrenze für die Militärhilfe an El Salvador gebe. Die Antwort war negativ. Tsongas meinte, die jetzige Politik könne zur

Entsendung von US-Landstreitkräften führen wie seinerzeit in Vietnam. Darauf folgte die Frage, ob es möglich sei, daß die Militärhilfe 1—2 Md. Dollar erreicht und die Teilnahme amerikanischer Kräfte an Kampfhandlungen Tatsache wird. Antwort: „Nichts ist ausgeschlossen und nichts entschieden.“

Die Befürchtungen des Senators sind nicht aus der Luft gegriffen. Sie stellen sich unter dem Eindruck der Veränderungen in Washingtons Politik ein und künden, wenn man den Vietnam-Erfahrungen glauben darf, eine bewaffnete Intervention an. Noch vor relativ kurzer Zeit zerbrach sich die Regierung Carter über die Frage, ob man Waffen nach El Salvador schicken solle oder nicht, den Kopf. Jetzt liefert Washington dorthin Flugzeuge, die überhaupt nie für mittelamerikanische Staaten bestimmt waren.

Als sich im März v. J. die Regierung um die Zustimmung des Kongresses zur Vergrößerung der Beratergruppe in El Salvador bemühte, gab das State Department folgende Erklärung ab: „Das Personal der Vereinigten Staaten wird die salvadorianischen Einheiten nicht über die Garnison hinaus begleiten. Ebenso wird sich das amerikanische Personal nicht an irgendwelchen Kampfoperationen beteiligen.“ So wurde den Beratern verboten, Gewehre bei sich zu haben. Doch das Unvorhergesehene trat ein. Der Kameramann eines US-Fernsehstudios filmte rein zufällig eine Gruppe Militärberater in einer salvadorianischen Einheit weit außerhalb der Garnison. Sie alle waren mit M-16-Gewehren, der Hauptwaffe der US-Infanterie, ausgerüstet. Die TV-Sendung alarmierte das State Department. Der US-Botschafter wies sofort den Oberstleutnant, der die Gruppe befehligte, an, das Land zu verlassen, was Weinberger mißfiel. Jetzt soll, wie man erwartet, den Beratern erlaubt werden, Schnellfeuerwaffen bei sich zu führen — für „alle Fälle“. Darauf besteht

„Unsere Politik ist es, erst zu schießen und dann zu fragen. Seid ihr nicht zufällig Kommunisten!“

Zeichnung: „International Herald Tribune“ (USA)



nicht nur der Verteidigungsminister, sondern auch besagter Botschafter.

Nach dem brutalen Mord von 1980 an vier amerikanischen Nonnen in El Salvador wurde in das Auslandshilfegesetz eine Ergänzung eingeführt. Sie verlangt, der Präsident solle regelmäßig offiziell erklären, daß ein Empfängerland die Menschenrechte respektiert. Viele Kongreßabgeordnete sahen darin einen gewissen Schutz vor „unüberlegten“ Hilfsaktionen für Terrorregimes. Eine weitere Erklärung ging am 1. Februar an den Kongreß. In ihr heißt es: Die Junta El Salvadors unternimmt „abgestimmte und bedeutende Anstrengungen“ zum Schutz der Menschenrechte. Die Erklärung wurde drei Tage später veröffentlicht, als der Mord an 926 Einwohnern des Dorfes Mozote, vor allem Kindern, Frauen und alten Leuten, bekanntgeworden war. An dem Massaker hatte das vor einem Jahr gebildete und von US-Beratern gedrißte Atlacatl-Bataillon teilgenommen.

Die Ausbildung der salvadorianischen Truppen erfolgt nicht nur von amerikanischen Beratern in El Salvador, sondern auch auf dem Territorium der USA.

Nikaragua und Kuba sind zunehmend bedroht. Mitte November v. J. fand eine Reihe von Beratungen des Nationalen Sicherheitsrates (NSC) statt, die ganz der Karibik gewidmet waren. Wie die Entwicklung der Ereignisse zeigt, liegt das vom NSC bestätigte Programm allen Aktionen in dieser Region zugrunde.

Die Hauptaufmerksamkeit bei den NSC-Beschlüssen gilt Nicaragua und Kuba. Dieser Teil des Programms sieht eine verstärkte CIA-Aktivität vor.

Für Diversionsakte wurden 19 Mio Dollar bereitgestellt. Als Ausführende agieren hohe Offiziere von Somozas Nationalgarde und kubanische Konterrevolutionäre. Die Söldner werden in Sonderlagern in Südfloida und in Kalifornien militärisch ausgebildet. Terroristenbanden verüben bereits Anschläge auf das Territorium Nikaraguas von gleichfalls mit CIA-Mitteln geschaffenen Stützpunkten in Honduras. Ihr Nahziel ist die Wirtschaftssabotage. Ein ferneres die Bildung regierungsfeindlicher Enklaven als „Zonen des Volkswiderstandes“, die eine Seeblockade des Landes rechtfertigen könnten. Wie Anführer der Diversionsgruppen erklärten, „hat der Krieg gegen Nicaragua schon begonnen“. Am 10. März meldete der Korrespondent der Fernsehgesellschaft CBS, es gäbe einen CIA-Plan zur „Destabilisierung der Lage in Nicaragua“, zur Aufstellung paramilitärischer Formierungen von insgesamt bis zu 500 Mann mit chilenischen und anderen Söldnern. Vernon Walters, Ex-Vize-Direktor der CIA und jetzt Sonderbot-

schafter, führte diesbezügliche Gespräche in den betreffenden Ländern.

Außerdem ist die Verstärkung der Wirtschaftsblockade und der Subversionsakte gegen Kuba vorgesehen. Es geht um Sonderpläne für „direkten Druck“ auf Kuba, einschließlich einer Seeblockade und von Schlägen aus der Luft.

Durch den NSC-Beschluß wird die US-Militärpräsenz in der Karibik verstärkt. Am 1. Dezember wurde die Bildung eines US-Oberkommandos für den Raum bekanntgegeben. Der „Washington Post“ zufolge soll es die „Möglichkeiten zur Sammlung von Aufklärungsinformationen in der Karibik und in Mittelamerika vergrößern sowie die Positionen der amerikanischen Streitkräfte für den Fall eines direkten Zusammenstoßes mit Kuba oder mit der von Havanna unterstützten Regierung in Nicaragua stärken“. Am 3. März wurde bei der Erörterung des Militärhaushalts 1983 in einem Ausschuß des Repräsentantenhauses die Bereitstellung von 21 Mio Dollar für eine Verbesserung der Flughäfen in der Westkaribik gefordert. Diesem Plan zufolge sollen die USA Luftwaffenbasen in Honduras und in Kolumbien zusätzlich zu den bereits bestehenden in Panama und Puerto Rico nutzen.

Schließlich sieht das NSC-Programm eine großangelegte Propagandakampagne vor. Ihr Initiator ist Haig, der bekanntgab, er verfüge über „unwiderlegliche Beweise“ dafür, daß die Aktionen der salvadorianischen Aufständischen aus Nicaragua gelenkt würden. Glaubwürdige Beweise konnte er nicht vorlegen.

Nach einigen Tagen der Verwirrung begannen die Propagandaglocken erneut zu läuten. Am 9. März fand im State Department ein von der CIA und dem militärischen Nachrichtendienst veranstaltetes Presse-Briefing statt. Diesmal wurde die „ausländische Einmischung“ darin gesehen, daß Militärstützpunkte Nikaraguas „nach Art der kubanischen“ gebaut seien. Ein Sprecher Nikaraguas wies diese Behauptungen kategorisch zurück, doch die Kampagne geht weiter. Am 10. März wurde ein analoges Briefing für ehemalige Außenminister, Verteidigungsminister und andere namhafte Politiker inszeniert, in der Hoffnung, diese für den Propagandarummel einzuspannen. Am 11. März folgte ein Briefing im Kapitol, und am 12. März fand dann eine weitere Begegnung mit Pressevertretern statt.

Die antikommunistische Hysterie schlägt hohe Wellen wie nie zuvor. Soll das etwa das Vorspiel einer Wahnsinnsaktion sein?

New York

NZ

KOMMENTAR

PAUSE IN MADRID

Auf dem Madrider KSZE-Nachfolgetreffen wurde eine Unterbrechung bis November bekanntgegeben. Der sowjetische Vertreter Leonid Iljischow sprach in einer Zwischenbilanz von der jetzigen Etappe als der der „versäumten Möglichkeiten“. Die Hauptschuld daran tragen die Delegationen der USA und einiger ihrer NATO-Verbündeten.

Von Anfang an wollten sie das Madrider Forum vereiteln. Sie nutzten jegliche Vorwände, darunter dubiose, selbst provokatorische, um das Fundament des gesamteuropäischen Prozesses zu zerstören.

Es gelang ihnen, die Annahme eines Beschlusses zu einer der wichtigsten Fragen zu verhindern — zur Einberufung einer Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa, die offenbar nicht in das militärisch-strategische Konzept der US-Administration paßt.

Statt einer konstruktiven, sachlichen Erörterung der ungelösten Fragen wurden Versuche unternommen, das Treffen in eine Art Tribunal gegen souveräne Staaten zu verwandeln und sich in deren innere Angelegenheiten einzumischen.

Wegen der Obstruktionstaktik der Gruppe der NATO-Länder konnte die Arbeit am Schlußdokument nicht abgeschlossen werden — obgleich alle Möglichkeiten dafür gegeben waren. Besagte Staaten suchen Vorbedingungen zur Fortführung der künftigen Arbeit des Madrider Treffens zu stellen, was absolut unannehmbar ist.

Trotzdem sind die Sowjetunion und die Vertreter vieler anderer Staaten keine Pessimisten geworden. Sie sind fest davon überzeugt, daß auf dem Treffen ungeachtet aller Schwierigkeiten wirksame Ergebnisse, die den Grundinteressen und -hoffnungen aller Völker Europas gerecht werden, erzielt werden können und müssen.

Von dieser Überzeugung läßt sich die UdSSR leiten. Die sowjetische Delegation nutzte alle bei dem Treffen möglichen Arbeitsformen, um der Konfrontation den Weg zu versperren, eine günstige Atmosphäre zu schaffen und den Augenblick näherzubringen, da im Schlußdokument der letzte Punkt abgestimmt und gesetzt sein würde.

Eine solche Position will die UdSSR auch in Zukunft vertreten. Sie glaubt, daß trotz allem die Schlußakte von Helsinki ein Dokument von bleibender Bedeutung ist, dem ein langes Leben beschieden ist.

L. MAKAREWITSCH

TRIDENTS ALS BUMERANG

Wladimir LARIN

Die Tory-Regierung beschloß, Trident-2-Raketen einzuführen. In diesem Zusammenhang wird auf den britischen Inseln leidenschaftlich darüber diskutiert, ob die Engländer nukleare „Abschreckungskräfte“ im 21. Jh. wirklich brauchen werden.

Im Juli 1980 hatte das Kabinett Thatcher bekanntgegeben, die nuklearen Streitkräfte oder, wie sie genannt werden, die unabhängigen „Abschreckungskräfte“ würden modernisiert werden. Statt der U-Boote mit Polaris-Raketen sollen in den 90er Jahren vier neue U-Boote mit Trident-Raketen eingeführt werden. U-Boote und Sprengköpfe zu den Raketen sollen in Großbritannien gebaut werden, während die Raketen und die Lenksysteme aus den USA kommen werden.

Das Problem war bei weitem nicht so einfach, wie es die Militärexperten gedacht hatten. In London wurde man auf die finanziellen, strategischen und politischen Fehlkalkulationen des Projekts aufmerksam.

Vor allem wurde deutlich, daß niemand die Kosten beziffern konnte. Nach Voranschlägen sollten es 5 Md. Pfund Sterling (in Preisen von

1980) sein. Die Wochenschrift „Economist“ nannte diese Summe eine lächerliche Untertreibung. Man erinnerte sich, daß die Regierung bei den Rüstungsausgaben selbst den Gesetzgebern keinen reinen Wein einschenkt. Die Kosten des Projekts zur Modernisierung des Chevaline-Sprengkopfes für die Polaris-Raketen konnten dem Parlament überhaupt vorenthalten werden, obgleich es dafür gestimmt hatte. Dann begann man von 6 Md. Pfund zu sprechen. Doch auch dieser Zahl schenkte niemand Glauben. Jetzt werden 9 und sogar 10 Md. genannt, obgleich Verteidigungsminister Nott auf 7,5 Md. beharrt.

Bis vor kurzem blieb es ein Rätsel, ob die Rakete C-4 (Trident 1) oder die bessere D-5 (Trident 2), die jetzt entwickelt wird, eingeführt oder genauer gesagt von den Amerikanern angeboten wird. Der Unterschied zwischen ihnen ist wesentlich — qualitativ wie quantitativ. Die eine C-4-Rakete hat 8 und die D-5 14 Sprengköpfe. Anfangs hatte man an die erste Rakete gedacht. Die Amerikaner aber brachten die Pläne der Engländer durcheinander, in-

dem sie erklärten, sie würden die Produktion dieser Rakete 1985 einstellen. Der Kostenpunkt der neuen Raketenvariante steht einstweilen noch nicht fest und wird sich erst 1983 klären. Verteidigungsminister Nott empfahl als kommende Generation der britischen Nuklearkräfte das Trident-2-System und trieb die Regierung an, einen diesbezüglichen Beschluß zu fassen, was auch geschah.

Anläßlich der Tridents wird in London auch die Frage des Sinns der britischen nuklearen „Abschreckungskräfte“ erörtert. Die einen halten sie für den Eckstein der Nachkriegsstrategie. Die anderen beginnen, die militärisch-strategische Lage realistischer zu sehen. Allein schon der Gedanke der nuklearen „Abschreckung“, zudem auf der Grundlage der Konzeption des „Overkill“, weckt tiefe Skepsis und Proteste. „Mit der Abschreckung ist es vorbei, die Trident ist reine Geldvergeudung“, schrieb John Taylor, Chefredakteur des Jane's Verlags, im Vorwort zum Nachschlagewerk „Flugzeuge der Welt“ 1981—1982. Wer wird heute, fragt John Taylor, alle ballistischen Raketen starten und so einen Nuklearkonflikt entfesseln, der unausweichlich das Leben in riesigen Räumen sowohl des eigenen Territoriums als auch des Territoriums des Gegners vernichten würde?

Angesichts der Nuklearwaffen dürfen Abenteuererum, Fehlkalkula-

GIFT FÜR DIE MENSCHHEIT

Filmaufnahmen — ein Kind mit zwei Köpfen und vier kleinen Händen, ein sechsjähriges Mädchen mit Stummeln statt Füßen, Kinder, die ohne Augen geboren wurden. Solche entsetzlichen genetischen Schäden ruft eine Waffe hervor, die im Pentagon als „human“ bezeichnet wird, da sie „den Menschen unmerklich und fast schmerzlos vom Leben in den Tod befördert“. Der Film eines japanischen Journalisten über Vietnamesen, Opfer der chemischen Kriegführung der USA, wurde im Anschluß an eine Pressekonferenz im UdSSR-Außenministerium zum Beschluß der amerikanischen Regierung, die Produktion neuer Arten chemischer Waffen aufzunehmen, gezeigt.

Zu Beginn aber trafen namhafte sowjetische Wissenschaftler und andere Experten mit den Pressevertretern zusammen.

„Die Vereinigten Staaten fordern die ganze Menschheit heraus“, erklärte Akademiemitglied Alexander Fokin. Reagans 10-Md.-Dollar-Programm beinhaltet die Massenproduktion binärer Giftstoffe, die Erprobung neuer Einsatzmethoden chemischer Waffen und den Bau von Arsenalen außerhalb der USA.

Nachrüstung oder Verstärkung des C-Waffenpotentials? Auf diese Frage antwortete Generalmajor Anatoli Kunzewitsch, Experte des Verteidigungsministeriums der UdSSR und korrespondierendes Mitglied der AdW der UdSSR:

„Wie die Amerikaner selbst behaupten, haben sie jetzt genug chemische Waffen (150 000 bis 300 000 t oder ca. 3

Mio Einheiten Munition), um die Mehrheit der Erdbevölkerung zu vernichten. Wichtigstes strategisches Ziel der USA ist es, sich eine vielseitige qualitative und quantitative Überlegenheit gegenüber der UdSSR zu sichern. Das amerikanische Kriegsmode'll sieht so aus: auf fremdem Territorium Krieg führen, möglichst einen Stellvertreterkrieg. Eben deshalb sollen chemische Waffen das Offensivarsenal in Europa ergänzen.“

Das Pentagon hat die jetzigen Pläne für die chemische Kriegführung systematisch entwickelt. Zahlreiche NATO-Übungen von 1964 bis 1981, bei denen (natürlich bedingt) Fragen des Einsatzes chemischer Waffen ausgearbeitet wurden, die Verstärkung der chemischen Kriegführungsdienste der NATO ab 1978, die Aufstellung neuer Einheiten bis hin zu Regimentern, die Ausbildung der entsprechenden Spezialisten in den USA, Kanada, der BRD, Großbritannien und anderen NATO-Staaten, die beschleunigte Ausarbeitung der Konzeption für die US-Seestreitkräfte zur Stationierung binärer Sprengköpfe auf Kriegsschiffen.

Der Schluß liegt auf der Hand: Washington betreibt nicht eine Nachrüstung, sondern eine Überrüstung.

Die Wissenschaftler verschiedener Länder kamen zu dem gleichen Schluß: Es gibt zwei Gruppen von Menschen mit vergleichbaren genetischen Schäden — die Strahlungsoffer von Hiroshima und Nagasaki sowie die Vietnamesen, die der Einwirkung chemischer Waffen ausgesetzt waren, und die amerikanischen Veteranen des Vietnamkrieges. Das Schicksal dieser Menschen und ihrer Nachkommen zeigt, welch neue furchtbare Leiden die verantwortungslosen Handlungen Washingtons der jetzigen und der künftigen Generation bringen können.

G. SIDOROWA

tionen und Zufälligkeiten nicht unberücksichtigt bleiben. Nichtsdestoweniger werden auch britische Politiker sich zunehmend des Ernstes der Lage bewußt. Die „Financial Times“ konstatierte: Die Minister sind besorgt darüber, daß die Einmütigkeit in England bezüglich der Notwendigkeit unabhängiger „Abschreckungskräfte“ dahin ist. Sie verstehen auch, daß die Konservative Partei als einzige Großbritannien den Trident-Beschluß unterstützt. Die Labour-Anhänger neigen jetzt zur einseitigen nuklearen Abrüstung. Das Bündnis der Sozialdemokratischen und der Liberalen Partei wendet sich gleichfalls gegen die Tridents, obgleich es nichts gegen unabhängige „Abschreckungskräfte“ einzuwenden hat. Überdies herrscht auch bei den Torys selbst keine Einigkeit gegenüber dem Modernisierungsplan.

Eine paradoxe Situation entsteht: Bei voller Zukunftsgewißheit treffen die Tridents heute im Grunde England selbst: sowohl die Interessen breiter Bevölkerungsschichten als auch die der Regierung. Sie reißen eine weitere Lücke im angespannten britischen Haushalt und führen zu verstärkter Kritik an der Tory-Politik. Das Trident-Vorhaben bedingt auch eine Umverteilung der Mittel im Militärhaushalt, was einigen anderen Gattungen der Streitkräfte, z. B. der Flotte, schadet und in militärischen Kreisen Unzufriedenheit hervorruft. So erklärte Lord Carver, Ex-Stabschef der Kriegsmarine, die Prioritäten bei der Entwicklung der Streitkräfte seien falsch festgelegt.

Es stellt sich die Grundsatzfrage: Kann eine konservative Regierung grundsätzlich einen Milliardenkontrakt in festen Preisen mit Washington über den Ankauf von Tridents von unbestimmtem Preis schließen? Das kann doch nur als Versuch gewertet werden, künftige britische Regierungen in die Pflicht zu nehmen und sie noch fester an den Kurs der US-Administration zu binden.

Eine delikate Frage. Erklären ja 60% der Engländer der jüngsten Meinungsumfrage zufolge, sie würden „keinerlei Vertrauen zur US-Politik empfinden“ und 63% sprechen sich gegen die Tridents aus.

Und noch etwas. Mit ihrer „Abschreckung“ rennen die Torys eine offene Tür ein. Wer die Lage realistisch sieht, weiß und versteht, daß die Sowjetunion nicht daran denkt, Großbritannien zu überfallen, daß gerade die Sowjetunion vorschlägt, die Nukleargefahr zu verringern und nach einer Übereinkunft im Interesse der Festigung der Sicherheit zu suchen.

NZ

STANDPUNKT

AFRIKA IM WÜRGEGRIFF

Der israelische Verteidigungsminister Ariel Sharon ließ sich in einem Interview für die Zeitschrift „Paris Match“ vom 5. März über Afrika aus. Er warnte den Westen vor der „sowjetischen Expansion“ auf diesem Kontinent und zeichnete das Horrorgemälde eines „sowjetischen Korridors“, der sich angeblich über Tansania und Moçambique, durch „das, was früher Rhodesien genannt wurde“ (mit anderen Worten Simbabwe) bis nach Sambia und Angola erstreckt, und appellierte, Libyen, Tschad, Kongo, Äthiopien und sogar Südjemen (!), das bekanntlich nicht gerade in Afrika liegt, nicht zu vergessen.

Diese „Sorge“ Israels um Afrika ist keineswegs zufällig oder selbstlos. Hatte ja nach der israelischen Aggression von 1967, insbesondere nach der Besetzung der einem afrikanischen Land, Ägypten, gehörenden Sinai-Halbinsel, einige unabhängige Staaten Afrikas die diplomatischen, wirtschaftlichen, kulturellen und anderen Beziehungen zu Tel Aviv abgebrochen. Nach dem Krieg von 1973 fand der Boykott gegen den Aggressor seinen Niederschlag in Beschlüssen der Organisation für Afrikanische Einheit, die ja seither dauerhafte Kontakte zur Arabischen Liga unterhält. Die solidarische Haltung der afrikanischen Staaten führte von 1973 bis 1980 ca. 6 Md. Dollar arabische Investitionen in den Kontinent und gab den Afrikanern gewisse Vorrechte beim Bezug des Nahostöls.

Doch es gibt auch andere Fakten. So erklärte Zaires Präsident Mobutu im Dezember bei einem USA-Besuch: Afrika solle die Frage der Wiederaufnahme der Beziehungen zu Israel „prüfen“; er persönlich sei dazu bereit.

Bezeichnenderweise erfolgte Mobutus Aufruf gerade aus Washington: Er fügt sich vorzüglich in die Afrika-Politik von Reagan und seiner Mannschaft, in eine Politik, die Israel eine nicht unbedeutende Rolle zuweist. Tatsächlich sieht Artikel 3 des berühmten amerikanisch-israelischen „Memorandums über strategische Zusammenarbeit“ vom 30. November v. J. den „möglichen Einsatz amerikanischer Kredite durch Drittländer für Waffenlieferungen“ vor, um „den Ankauf israelischer Rüstungsgüter zu finanzieren“. Im Augenblick der Unterzeichnung dieses Papiers traf Sharon mit Mobutu zusammen. Meldungen zufolge erörterten sie, wer in Afrika auf die Liste möglicher „Drittländer“ gesetzt werden könnte.

Warum es Israel so nach Afrika zieht, ist verständlich. Erlaubten es ja gerade die Stimmen Dutzender afrikanischer Staaten, in der UNO eine Resolution anzunehmen, die Zionismus mit Rassismus gleichsetzte. In vielem ist es ihnen zu verdanken, daß die PLO einen würdigen Platz in der UNO eingenommen hat. Und am 21. Januar stimmten Togo, Uganda und selbst Zaire im UNO-Sicherheitsrat für einen von Jordanien vorgelegten Resolutionsentwurf. Dieser wegen des US-Vetos nicht angenommene Entwurf sah „wirksame und konkrete Maßnahmen“ gegen Israel wegen dessen Weigerung vor, den Beschluß über die Annexion der syrischen Golan-Höhen zu überprüfen.

Washingtons Streben, Afrika erneut seinen nahöstlichen „strategischen Verbündeten“ aufzuoktroyieren, ist besonders alarmierend angesichts der unverhohlenen Unterstützung der Reagan-Administration für das Rassistenregime von Pretoria, den Hauptfeind der afrikanischen Völker. In Wirklichkeit soll Afrika von Norden und von Süden her in einen Würgegriff genommen werden, sollen die Afrikaner von den Arabern isoliert und dann auseinanderdividiert werden.

Die algerische Wochenschrift „Revolution africaine“ schreibt besorgt, manche afrikanische Führer seien offenbar bereit, nach Israels Abzug vom Sinai ihm auch den Raub im Nahen Osten und die direkte Hilfe für Pretoria zu „verzeihen“. In diesem Zusammenhang erinnert die Zeitschrift daran, daß israelische Offiziere seit 1976 der RSA-Armee halfen, die Invasion im unabhängigen Angola vorzubereiten. Die Zionisten vermitteln den Rassisten gern ihre Erfahrungen bei der „Partisanenbekämpfung“, die jene bei der Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegung bei sich im Lande und im von ihnen besetzten Namibia nutzten.

Ein besonders gefährlicher Aspekt der israelisch-südafrikanischen Beziehungen ist die forcierte Produktion von Nuklearwaffen in der RSA. Sie werden dort schon seit langem mit inoffizieller Hilfe von US-Spezialisten entwickelt, wobei Israel als Vermittler fungiert. Gerade Tel Aviv verschaffte den Rassisten Nukleartechnologie aus den USA gegen Uranlieferungen zur Herstellung der eigenen Bombe.

Das unabhängige Afrika muß also keineswegs Sharons „sowjetischen Korridor“ fürchten, sondern vielmehr die durchaus reale Allianz Pretoria—Tel Aviv—Washington.

Wladimir SCHELEPIN

GEMEINDEN BAUEN GEMEINSAM

Nikolai IWANOW

Queisner ging die Kaffeemühle entzwei. Nie hätte er gedacht, daß ihn das so erschüttern würde. Der handbetriebene Apparat war ein Hochzeitsgeschenk, und er bewahrte ihn wie ein Familienstück vorsichtig auf. So lange sich Queisner erinnern konnte, begann der Tag für seine Familie mit dem knirschenden Geräusch der Mühle. Sogar in den Urlaub nahm er sie mit...

Am nächsten Morgen machte sich Queisner auf den Weg durch die Werkstätten. Dort begegnete man dem alten Mann unterschiedlich: Die einen schüttelten den Kopf, die anderen drehten das gute Stück lange in den Händen und rieten ihm klipp und klar, den Schrott wegzuschmeißen und sich eine neue Kaffeemühle zu kaufen. Aber Queisner gab nicht auf...

Diese in der DDR gedrehte lyrische Filmnovelle hat ein glückliches Ende. Queisner kehrt mit der alten Mühle in sein Dorf zurück. Wie früher kann in seinem Haus der Morgen wieder mit dem knirschenden Geräusch beginnen.

Beispiel Briesen

Warum erinnerte sich Max Scholz plötzlich an diesen Film? Vielleicht, weil er selbst Rentner wurde und unerwartet eine traurig stimmende Anhänglichkeit an alte Sachen verspürte? Wahrscheinlich erlebt das jeder im Alter. An einem der kommenden Sonntage beschloß er, seine Sachen gründlich durchzusehen.

Scholz schaute bedauernd auf den Fernseher, der nach einer fachgerechten Reparatur noch Jahre hätte funktionieren können. Auch das alte Bügeleisen hätte es dann noch tun können. „So eine Verschwendung...“, ging es dem Alten durch den Kopf. Er ist sicherlich nicht der einzige in Briesen, der einen Haufen guter und nützlicher Sachen auf den Müll wirft. Aber wo soll man sie hier reparieren lassen? Würde Queisner in Briesen leben, hätte er schon lange auf seine alte Mühle verzichtet. So etwa dachte Max Scholz.

Vor 20 Jahren wählte man ihn zum Briesener Bürgermeister. Er zog schon ins Rathaus ein, als die ersten neuen Häuser im Dorf errichtet wurden. Jetzt ist jedes zweite Haus ein Neubau. Jede Familie hat Fernseher, Kühlschrank, Waschmaschine, elektrische Kaffeemühlen, Küchenmaschinen, Staubsauger usw. Mit einer derartigen Haushaltstechnik braucht Briesen längst einen Reparaturservice. Den Bürgermeister bewegte das Problem schon lange. Mehrmals versuchte er, einen Handwerker aus der Stadt anzulocken — ohne Erfolg. Der Bau eines Dienstleistungskombinats in Briesen mit seinen nicht einmal 2000 Einwohnern kam nicht in Frage: „Für ein Kombinat ist das Dorf zu klein...“

Die Lösung kam unerwartet. „Wenn für Briesen allein ein Dienstleistungskombinat zuviel ist, dann kann man doch mit den Nachbargemeinden kooperieren“, dachte der Bürgermeister. Zwei Jahre, bevor er auf Rente ging, schuf Max Scholz den ersten Gemeindeverband der DDR, dem 20 Gemeinden des Bezirks Frankfurt/Oder beitraten. Wohl zum ersten Mal nahm die Idee eines Dienstleistungskombinats für Max Scholz ganz konkrete Umrisse an. Der Bau wurde Punkt eins des Perspektivplans und der Briesener Bürgermeister Vorsitzender des Rats, der die Tätigkeit des Gemeindeverbands koordinieren soll.

In der DDR gibt es mehrere tausend ländliche Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von je 500 bis 2000 Menschen. Sie sind ganz unterschiedlich. Die einen verkümmerten, als in unmittelbarer Nachbarschaft Großstädte entstanden. Andere wiederum erleben einen zweiten Frühling. In den letzten Jahren wurden viele Dörfer zu Zentren großer LPGs oder von Pflanzenproduktions- und Viehzuchtkomplexen.

Briesen gehört zur zweiten Gruppe der Gemeinden. Seine Geschichte begann vor sechseinhalb Jahrhunderten — ein Alter, dessen sich nur wenige Städte rühmen können. 1842 wurde bei Briesen eine Eisenbahnstrecke gebaut. Der erste Zug fuhr

ohne Halt durch, aber sein Dampf vertrieb die provinziellerische Schläfrigkeit aus Briesen. Gerade in jener Zeit entstanden am Dorfrand die Hallen einer Fabrik für Gemüseverarbeitung. Mit der Zeit wuchsen auch andere Baustellen empor, die das Dorf gegenüber den Nachbargemeinden hervorhoben. Es wundert nicht, daß Briesen zum Initiator des Gemeindeverbands wurde.

Zur ersten Begegnung kam er mit einer Landkarte. „Zwecks Anschaulichkeit“, erklärte Max und entfaltete die Rolle. Erklärungen brauchten die Zeichen auf der Karte nicht. Wohl zum ersten Mal erblickten die Mitglieder des Rats die Grenzen ihrer neuen Besitzungen. Klarer wurden die Fehler und Falschberechnungen. So gab es in Arensdorf schon seit mehreren Jahren eine TV-Werkstatt. Der Bürgermeister dieses Dorfs beklagte zwar die zu geringen Aufträge, aber die Werkstatt zu schließen, wagte er nicht. Verwunderlich war nur, daß die Dörfler der Umgebung ihre Fernseher nicht hierher, sondern in die Kreisstadt brachten.

Das lag nicht daran, daß die Arensdorfer Mechaniker etwa schlecht gearbeitet hätten, sondern daran, daß es nicht leicht war, auf den aufgeweichten Wegen im Herbst nach Arensdorf zu gelangen, noch dazu mit einem Fernseher. In die Kreisstadt führt aber eine asphaltierte Chaussee und alle halbe Stunde fährt ein Bus. Dabei geht zwar mehr Zeit drauf, es ist aber einfacher. Die auf der ersten Sitzung des Rats der Gemeinden gefällte Entscheidung lautete, Geld zu beschaffen und einen Kleinbus zu kaufen, damit die TV-Werkstatt in Arensdorf auch die Einwohner der Nachbardörfer bedienen kann.

Ein anderer Planpunkt war die chemische Reinigung in Briesen. Für die Dörfler reicht sie völlig aus. Wenn man aber noch 137 000 Mark zulegt und neue Anlagen kauft, kann man auch den Hausfrauen Falkenbergs, Demnitz' und Petersdorfs Arbeit abnehmen.

So näherten sich die Bürgermeister dem Endziel, um dessen willen der Gemeindeverband gegründet worden war. Allmählich entstand ein Dienstleistungsnetz für die Einwohner aller zwanzig Gemeinden.

Effekt der Kooperation

Lächelnd berichtet Max Scholz, wie die Bürgermeister anfangs eifersüchtig darüber wachten, daß Briesen nicht mehr bekam, als es investiert hatte. Die Vertreter kleiner Gemeinden befürchteten, nur die großen Dörfer würden von der Kooperation gewinnen. Das war die übliche Organisationsperiode, als die

Beziehungen erst aufgenommen wurden. Schon zu Anfang beschloß man einstimmig: alle Ratsmitglieder haben gleiche Rechte, unabhängig von der Größe ihrer Gemeinden.

Jetzt erinnert man sich in Briesen lächelnd an diese Zeit. Die fünf vergangenen Jahre bewiesen am besten die Effektivität dieser Form der Zusammenarbeit: In diesem Zeitraum stieg der Umfang der Dienstleistungen auf dem Territorium der 20 Gemeinden um 137%. Das Angebot umfaßt jetzt mehr als 50 Dienstleistungen. Viel Zeit erspart das den Menschen!



Die Gemeinde Neinstedt baut neue Wohnhäuser, die Stadt Thale stellt Bagger zum Ausheben der Baugruben

Foto: W. Glinke

Schnelle, hellblaue Kleinbusse flitzen durch den Kreis. Der Rat der Gemeinden erwarb sie in der Bezirksverwaltung für Kraftverkehr. Die Autos haben längst ihr Dienstalter überschritten. Max Scholz erhielt sie fast umsonst. In Buchholz wurden sie repariert. Jetzt befahren sie die Dörfer, sammeln reparaturbedürftige Sachen ein, nehmen Kleidung und Wäsche zur Reinigung oder zum Waschen an und bringen sie fertig zurück.

Als Max Scholz in Rente ging, überließ er seinen Amtsstuhl Siegfried Winkler. Aus Tradition wurde der neue Bürgermeister Vorsitzender des Gemeindeverbands. Man erzählt, daß Siegfried zum Amtsantritt ebenfalls eine Karte zeichnete. Darauf trug er die künftigen Neubauten ein — Friseursalons und Werkstätten, ein Café und eine chemische Reinigung. Eine Beratungsstelle für Gärtner soll eingerichtet werden.

Im Kreis Döbeln wollten die Gemeinden gemeinsam Wohnungen renovieren. In einem Jahr renovierten sie mehr als 1000 Wohnungen — eine beeindruckende Zahl, wenn man weiß, daß die Gemeinden vorher kaum die Kraft hatten, zwei bis drei Dutzend alter Häuser zu sanieren. Es ist aber bekannt: Eine Reparatur

wird billiger, wenn man sie rechtzeitig macht. In Bautzen bezweckte der Verband den gemeinsamen Bau neuer Straßen zwischen den Dörfern. Innerhalb von fünf Jahre wurden fast 100 000 m² Straßen, Wege und Bürgersteige gepflastert und asphaltiert. Der Effekt der Kooperation ist offensichtlich. Es ist deshalb kein Zufall, daß sich immer mehr Gemeinden der DDR zu Verbänden vereinen. In den letzten acht Jahren stieg die Zahl der Zweckverbände von 253 auf 782. Zu ihnen gehören 5562 Dörfer, in denen fast 5,6 Millionen Menschen leben.

Günther Freist rechnet

Die Verbände unterscheiden sich sehr. In den meisten wohnen nicht mehr als 10 000 Menschen, in den anderen 2000 bis 5000. 18 Verbände gehören zu einer besonderen Kategorie: Dort liegt die Einwohnerzahl bei 20 000. Struktur und Organisation der Dienstleistungen sind wie in Briesen, nur das Ausmaß der Tätigkeit und der Charakter der Aufgaben sind viel umfangreicher.

In fünf Dörfern und der Kreisstadt Thale leben etwas mehr als 20 000 Menschen. Jedes Dorf ist wie ein Städtchen. Es hat seine Kneipe und einen kleinen Klub, der auch als Kulturhaus genutzt wird und die Bibliothek beherbergt. Am Dorfeingang steht der Feuerwachturm. Jetzt sind Feuersbrünste im Harz selten, aber früher standen die Einwohner in trockenen Sommern rund um die Uhr auf Wache. Bei Feuer kamen die Bewohner der Nachbardörfer zu Hilfe. Das Unglück vereinte die Menschen. Sonst aber hielt sich jede Gemeinde abseits. Man sagt, daran sei der verschlossene Charakter der Harzbewohner schuld. Sie seien alle schweigsam und Stubenhocker. Es gibt jedoch noch eine andere Erklärung.

Nach einer alten Sage beschloß der Teufel vor einigen Jahrhunderten, seine Güter im Harz zu teilen. Eines Nachts klaubte er Steinbatzen aus den Bergen und warf sie auf die Felder. Die Steine wurden zur natürlichen Barriere zwischen den Bewohnern der Dörfer. Auch heute noch kann man, wenn man auf den Turm steigt, Reihen von Feldsteinen sehen, die die Hänge des Harz teilen. Das ist die Erklärung. Winters schon, aber noch mehr im Frühling und im Herbst, wenn die Wege aufgeweicht sind, geht man nicht allzugern mehrere Kilometer weit zu Gast. Jetzt sind alle fünf Dörfer durch eine Straße mit Thale verbunden.

Mit der Straße begann hier alles. Lange Jahre wurden die Straßenbaupläne immer wieder verschoben.

Mal fehlte es an Geld, mal an Technik, mal an Baumaterial. So war es auch beim Nachbarn. Je länger der Warnstedter Bürgermeister Günther Freist darüber nachdachte, um so klarer wurde ihm: Allein richestet da hier nichts aus. Anfangs schloß er mit Weddersleben und Westerhausen eine Übereinkunft, später kamen noch die Gemeinden Timmenrode und Neinstedt dazu. Zuletzt schloß sich die Stadt Thale an.

Wie in Briesen steht ein Rat an der Spitze. Außer den Bürgermeistern gehören ihm mehrere Abgeordnete der örtlichen Machtorgane an. In jeder Frage sind alle völlig gleichberechtigt. Der Bürgermeister Thales, Hornburg, hat gleiche Rechte wie Günther Freist aus Warnstedt.

In den ersten Jahren steuerte Warnstedt etwa 35 000 Mark zur gemeinsamen Kasse bei, erhielt aus ihr aber 150 000. Dieser Betrag setzt sich so zusammen: eine asphaltierte Straße, eine Sporthalle und ein Geschäft wurden erbaut, ein Kulturzentrum eröffnet. Innerhalb von drei Jahren leistete sich die kleine Gemeinde mehr als in den ganzen vorangegangenen zehn Jahren.

In Weddersleben wurden die Fahrbahnen endlich asphaltiert und die Bürgersteige gepflastert. Westerhausen bekam eine Kindertagesstätte. Die Liste dieser guten Taten könnte man beliebig verlängern; jetzt zweifelt niemand mehr an der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit des Gemeindeverbands.

Häufigster Ausspruch Günther Freists ist: „Wir werden sehen, rechnen, diskutieren“. So antwortet er jedes Mal, wenn es um neue Investitionen geht. Emotionen bleiben unberücksichtigt, die Hauptsache sind die soziale Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Ausgaben. In Weddersleben wollten sie eine Kaufhalle bauen und in Warnstedt ein Schwimmbad. Beide erhielten keine Absage, aber zuerst wurden Mittel für die Kaufhalle in Warnstedt bereitgestellt. In dem Dorf gab es vorher vier kleine Lädchen — bis man alles zusammen hatte, verging eine Unmenge Zeit. Die Kaufhalle war wichtiger als das Schwimmbad.

Sie wurde gemeinsam errichtet. Steine und Sand gab der Stadtrat Thales. Ebenso die Technik. Eine LPG stellte LKWs. Entgegen allen Schätzungen eröffnete die Kaufhalle ihre Tore schon fünf Monate nach Baubeginn.

Wie mir Manfred Gerlach, Vizevorsitzender des Staatsrats der DDR, sagte, hat das Wachstum der Autorität und die Erweiterung des Tätigkeitsfeldes der örtlichen Räte den Prozeß der Vereinigung der Gemeinden hervorgerufen.

Berlin—Moskau

WIE UNDANKBAR

Als sich die Anzeichen zu häufen begannen, brachten sie die stolzen Briten dazu, einmal über den Sinn der anglo-amerikanischen Partnerschaft nachzudenken.

Zunächst waren Äußerungen von US-Außenminister Haig — zufällig oder nicht — in die Presse durchgesickert. Jener hatte sich hinter verschlossenen Türen unumwunden über die britische Diplomatie und über Außenminister Lord Carrington persönlich geäußert. Während sich die Presse noch wunderte oder auch empörte, erinnerte die Wochenschrift „Observer“ daran, Haig habe sich auch früher herausgenommen, den britischen Außenminister bei weitem nicht diplomatisch zu charakterisieren.

Das Faß zum Überlaufen brachte eine Erklärung des Weißen Hauses, Präsident Reagan werde bei seinem Großbritannien-Besuch im Juni d. J. auf einer gemeinsamen Sitzung beider Parlamentskammern sprechen.

Die Labour Party war nicht einmal davon informiert worden. Wie Kommentatoren bemerkten, „rief diese vorzeitige und noch nicht endgültig abgestimmte Erklärung Verwirrung bei der Regierung und Zorn bei der Opposition hervor“. Der „Daily Mail“ aber konstatierte: „Nach Meinung der Labour Party ist die Einladung, vor den Mitgliedern beider Parlamentskammern zu sprechen, eine Ehre, die nur Staatsmännern gewährt werden kann, die einen bedeutenden Beitrag zur Entwicklung der internationalen Beziehungen geleistet haben.“ Präsident Reagan, betont die Zeitung, wird diesen Bedingungen nicht gerecht.

Im Ergebnis mußte sich der US-Botschafter in London für die vorzeitige, protokollarisch nicht abge-

stimmte Ankündigung der Reagan-Rede entschuldigen.

Was sollen eigentlich all diese Indiskretionen? Gegen wen sind sie gerichtet? Handelt es sich um Rivalitäten in der US-Administration, und wer stellt Haig erneut ein Bein? Oder versucht man, die Engländer noch fester an die US-Außenpolitik zu binden, damit sie nicht zufällig in einer steilen Kurve herausgeschleudert werden?

Eins ist klar: Je mehr die Tors vor Washington kriechen, desto weniger rechnet man mit ihnen.

W. WJASOW

SENATOR LUMMER BEDAUERT

Der Westberliner Innenminister Lummer ist kein politischer Neuling. Er hat sich schon seit langem den traurigen Ruhm eines Gegners sozialer Reformen und eines fanatischen Antikommunisten eingebracht. Auf Lummers Konto geht das brutale

polizeiliche Vorgehen gegen die Hausbesetzer. Er ist der Urheber des „Ausländererlasses“, dem zufolge Familienmitglieder ausländischer Arbeiter aus der Stadt deportiert werden.

Kürzlich gelangte Lummer wieder in die Lokalpresse. Der Senator äußerte auf einer Tagung der „Christdemokratischen Arbeitnehmerschaft“ sein Bedauern über die Tätigkeit der Sozialistischen Einheitspartei West-

berlins, während er sich sehr unzufrieden über das Verbot der neofaschistischen NPD in Westberlin zeigte.

Verständlich — mit wem kann der Senator denn in seinem Kampf gegen die Werktätigen rechnen, wenn nicht mit den Neonazis? Und die werden Lummer wie dessen Spezies von der Westberliner CDU stets unterstützen.

M. PODWIGIN
Eigenbericht

Westberlin



Die Weltpresse meldet, Israel bereite einen Überfall auf Südlibanon vor. Washington aber verstärkt ständig seine Waffenlieferungen an Tel Aviv.

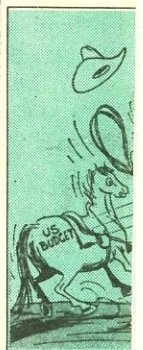
Zeichnung: W. Tschakiridis

UNGE

Schon seit man, daß viele men, besonders: sche, nicht nur Rüstungsgütern sondern dort a len eingerichtet die früheren He ßen Hauses bli voll zu Boden als bemerkten : zungen der UN ratsresolution : die ein Embarg liefertungen an vorsieht — selb Space Research scher Tat beim Artilleriegeschos Träger von I köpfen verwand nen, an die RSA

DER

Die US-Ac dabei aus de nung aus de folge, die ri ter zu forc



TOKIOS PRINZIPIEN

Zweifel gibt es keine mehr. 1984 sollen Tomahawk-Flügelraketen mit Nuklearsprengköpfen auf amerikanischen U-Booten im Pazifik stationiert werden. Folglich werden der Nachrichtenagentur Kyodo tsushin zufolge nuklearwaffenbestückte U-Boote japanische Häfen bei „außerordentlichen Umständen“ anlaufen. Was darunter zu verstehen ist, sollen amerikanisch-japanische Konsultationen definieren. Erklärungen, Tokio werde die „drei nichtnuklearen Prinzipien“ beachten, werden weiterabgegeben, doch in Washington wird ihnen kei-

ne Bedeutung beigemessen. Wie in der Vergangenheit wird man auch in der Zukunft dagegen verstoßen.

Um so mehr, da Tokio [zur Freude Washingtons] immer besser seine Rolle in der US-Strategie begreift. Außenminister Sakurachi fährt in die USA mit einem außenpolitischen Präsentkorb für Washington. In Tokio ist man bereit:

erneut die Wichtigkeit der „japanisch-amerikanischen Bündnisbeziehungen“ zu bekräftigen; die strategische Hilfe für die Länder Mittelamerikas, der Karibik

und des Nahen Ostens die japanisch-amerikanische Zusammenarbeit entwickeln.

Dieser Kurs der Jagierung bedeutet die zentige Unterstützung der Reagan-Administration im Widerspruch zu früheren Tokioter Führungen in die US-zu erhöhten Rüstungen und die Gefahr t ren, in einen bewaf hineingezogen zu we len da noch die Prinzipien“!

L.

IERT

gem weiß
tliche Fir-
amerikani-
RSA mit
versorgen,
ihre Filia-
nen. Doch
des Wei-
n scham-
l taten so,
ie Verlet-
icherheits-
18 nicht,
r Waffen-
Rassisten
s man die
p. auf fri-
rkauf von
die als
earspreng-
erden kön-
appte.

Der jetzige US-Präsident ist da weniger genierlich. Nachdem er das RSA-Regime als seinen Verbündeten bezeichnet hatte, begann er mit der Verwirklichung eines Plans, der der „Washington Post“ zufolge zu einer „weiteren Annäherung an die Regierung Südafrikas“ führt. Offiziell wurde der Verkauf „nichtmilitärischer Güter“, „insbesondere von Computern und tragbaren Fernsprechanlagen, an die Rassistenarmee — und -polizei erlaubt. Natürlich versteht Washington, daß diese Anlagen zum Kampf gegen die nationale Befreiungsbewegung und die progressiven

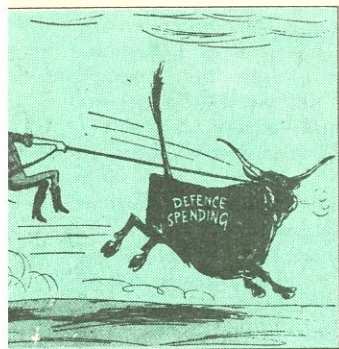
afrikanischen Staaten eingesetzt werden sollen. Es versteht das und rüstet die Rassisten bewußt auf.

Auch London will da nicht zurückstehen. Kürzlich entlarvte die britische „Tribune“ die Firma SAC Consultants, die Ingenieure und Techniker angeblich zur Arbeit in der zivilen RSA-Firma Technic Engineering Services angeworben hatte. In Wirklichkeit ist diese Firma nur ein Aushängeschild, und die von ihr angestellten britischen Spezialisten arbeiteten an einem neuen Jagdflugzeug im RSA-Rüstungskonzern „Atlas“.

M. SARIPOW

LWISSENDE

stration versucht, selbst wenn sie Haushaltssattel“ fliegt, der Zeich-
britischen „Daily Telegraph“ zu-
nen Rüstungsausgaben noch wei-



Für eine derartige „Mutprobe“ muß es natürlich gewichtige Gründe geben. Der Herr des Weißen Hauses behauptet, sie zu haben. Journalisten erklärte er buchstäblich folgendes: „Wer dieses Amt bekleidet“ (d. h. der US-Präsident) „verfügt über Informationen, die möglicherweise nur er kennt.“ Übrigens ist das Geheimnis nicht sonderlich kompliziert.

Die „Washington Post“ berichtete z. B. von „höchsten Überlegungen“, von denen man sich im Pentagon leiten ließ, als man bekanntgab, man wolle einen stärkeren Sprengkopf für die MX-Rakete entwickeln. Dieser modernisierte Sprengkopf soll militärisch weniger vorteilhaft sein. Das ganze war, wie sich herausstellte, ein Streit zwischen zwei Labors — dem von Livermore (Bundesstaat Kalifornien), das die „Verbesserung“ vorgeschlagen hatte, und dem von Los Alamos (Bundesstaat Neumexiko), das den vorhergehenden Sprengkopf, Mark 12A, entwickelt hatte. Offenbar sitzt diesmal Livermore am längeren Hebel: Sein Ex-Mitarbeiter Wade ist jetzt Assistent des stellvertretenden Verteidigungsministers...

G. BORISSOWA

BALLONPROVOKATIONEN

erstärken;
he mili-
weiter zu

chen Re-
ndertpro-
den Kurs
und steht
en Außen-
ie Einbe-
gie wird
aben fäh-
beschwö-
Konflikt
Was sol-
nuklearen

TSCHIN

Der Wind wehte aus Nordwest, gerade auf Polen zu. Die ersten von 10 000 Luftballons stiegen unweit der NATO-Radarstation auf der dänischen Insel Bornholm auf und flogen Richtung polnische Küste. Eine Gruppe Franzosen von der Organisation „Freie Ballons nach Polen“, in Paris von polnischen Emigranten gebildet, und dänische Polizisten schauten ihnen liebevoll nach. Eben hier posierte auch Polizeipräsident Brandt vor den Fotografen: Zärtlich streichelte er einen Ballon, bevor er ihn höchstpersönlich steigen ließ...

Doch das waren keine kindlichen Spielereien. Die Luftballons sollten die „Solidarność“-Extremisten mit Widerstandsgeist aufbläsen. An jedem Ballon hing ein Kunststoffbehälter mit Propagandamaterial in Französisch und Polnisch. Und mit Anweisungen: „Arbeite langsam, in aller Ruhe!... Beschwerde dich... Überhäufe die Kommissare mit Fragen und Zweifeln... Denke nicht für sie. Stelle dich einfach dumm.“

Es bleibt schwer zu verstehen, wie die Behörden Frankreichs und Dänemarks eine derartige Provokation zulassen konnten.

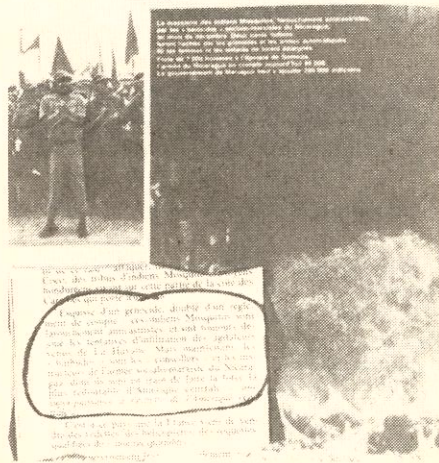
W. PAWLOW

ZWECK UND MITTEL

US-Außenminister Haig wedelte persönlich vor Kongreßabgeordneten mit einem Foto aus der französischen Zeitschrift „Figaro Magazin“. Wie er sagte, zeige es ein Massaker an Indianern des Miskito-Stammes in Nikaragua. Haig tönte von angeblichen Untaten der Sandinisten an Indianern.

Doch stellte sich heraus, daß dieses Foto vier Jahre alt ist. Und festgehalten ist auf ihm ein Massaker der Nationalgarde Somozas.

La France attise le feu



Kurz zuvor hatte man in Washington die Geschichte von einem in El Salvador verhafteten „Militärangehörigen aus Nikaragua“ verbreitet, der Aktionen der Aufständischen „geleitet“ habe. Dieser „Militärangehörige“ war ein 19-jähriger nikaraguanischer Student aus Mexiko, der wegen Geldmangels nach Hause trampeln wollte und sich so zufällig auf salvadorianischem Territorium befand. Auch die Pressekonferenz, auf der das State Department beweisen wollte, Nikaragua und Kuba mischten sich in die Angelegenheiten El Salvadors ein, platzte. Der einzige „Zeuge“ weigerte sich trotz der Drohungen kategorisch, die Erfindungen Washingtons zu bestätigen.

Eine Pariser Zeitung suchte solche Methoden zu rechtfertigen: „Um der heiligen Sache wegen“ (d. h. des Kampfes gegen Nikaragua) „sei es keine Sünde, auch zu lügen.“

Doch dann bitte nicht so oft!

W. DOLGOW



WAHRHEIT KONTRA „TRUTH“

Alexander USWATOW

Die Afghanen haben gerade ihr Neujahrsfest gefeiert. Ja, es stimmt schon: Am 21. März begann in Afghanistan das Jahr 1361 nach dem dort geltenden moslemischen Sonnenkalender. Zu diesem Jahresbeginn wünschen alle Menschen guten Willens dem afghanischen Volk natürlich Glück und Erfolg auf ihrem Weg beim Aufbau des neuen Lebens, den die afghanische Revolution von 1978 ebnete.

Von den tiefgreifenden Veränderungen im Land in der historisch kurzen Frist sprach man auf der ersten Landeskongress der Demokratischen Volkspartei Afghanistans Mitte März in Kabul. Sie ist der Vortrupp der Arbeiterklasse und aller Werktätigen des Landes. Die dort gewählten Delegierten repräsentierten die unterschiedlichsten Klassen und Bevölkerungsschichten, alle Nationen, Völkern und Stämme. Auf der Konferenz wurde festgestellt, daß die politische, soziale und wirtschaft-

liche Herrschaft der Feudalherren und Geldschneider beseitigt ist. Nach und nach entstehen neue Beziehungen der Achtung, des Vertrauens und der Zusammenarbeit zwischen allen nationalpatriotischen Kräften der DRA.

Der revolutionäre Umschwung in Afghanistan von der Rückständigkeit zum allseitigen Fortschritt löste den wütenden Widerstand der inneren und der äußeren Reaktion aus, die mit Feuer und Schwert die Herrschaft der Ausbeuter wiedererrichten möchte.

Kurz vor dem afghanischen Neujahr kam aus den USA die Nachricht, daß Präsident Reagan den 21. März zum „Tag Afghanistans“ proklamiert hat. Sollte das offizielle Washington tatsächlich seine Solidarität mit dem tapferen Volk dieses Landes zum Ausdruck bringen

wollen, das die Überfälle der Helfershelfer der gestürzten Feudalherren und des internationalen Imperialismus von jenseits der Grenze abwehrt?

Natürlich nicht. Daß eine solche Metamorphose leider nicht eingetreten ist, läßt sich leicht anhand eines Bildbandes unter dem Titel „Afghanistan: Kampf für die Freiheit“ nachweisen, der gegenwärtig im Ausland von der US-amerikanischen Internationalen Kommunikationsagentur (ICA) verbreitet wird. Der Bildband erschien offenbar im Rahmen der vom ICA-Direktor und alten Reagan-Freund Charles Wick entwickelten antisowjetischen Propagandakampagne unter der hochgestochenen Bezeichnung „Project Truth“. Truth heißt Wahrheit, doch die Wahrheit hat im Project Truth des Mr. Wick nicht einmal einen Schlupfwinkel.

Beginnen wir damit, daß die Verfasser des Bildbandes keineswegs vom afghanischen Volk reden, das unter dem Banner der Aprilrevolution für die Befreiung vom Joch des Feudalismus und Imperialismus und für die Beseitigung von Unwissenheit und Armut kämpft. Sie stellen alle menschlichen Begriffe auf den Kopf, und so sind die „Freiheitskämpfer“ für sie jene Leute, die über Bergpfade vorwiegend von pakistanischem Gebiet in Afghanistan eindringen oder, im Lande selbst untergetaucht, nächtlicherweile aus ihren Rattenlöchern kriechen, um zu sengen und zu morden. Jene, die in Afghanistan kurz und treffend Duschman (Feind) genannt werden. Es gibt noch einen analogen Begriff: Basmatsch, der

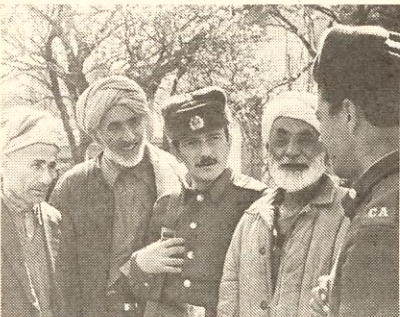
Auf der Landeskongress der DVP Afghanistans



Einwohner von Kandahar und seiner Umgebung bei einer Kundgebung für die Politik der DVPA.

Auf den Feldern sieht man immer mehr Agrartechnik

In einem Kabuler Kindergarten



Afghanische Bauern wissen: Die Sowjetsoldaten helfen bei der Verteidigung ihrer Heimat gegen äußere Einmischung

in den Turksprachen Eindringling, Gewalttäter, Bandit bedeutet.

Diese Gewalttäter und Banditen nun werden von der US-Propaganda zu Opfern und Widerstandshelden hochstilisiert. Die dem demokratischen Afghanistan auf Bitte seiner Regierung von der Sowjetunion geleistete allseitige Hilfe dagegen, die in einem Augenblick kommt, da die feindliche Aggression die Errungenschaften der Aprilrevolution und die Existenz des unabhängigen, nichtpaktgebundenen afghanischen Staates selbst bedroht, wird gemein als „Okkupation“ bezeichnet.

Dieser Ramsch wird nicht nur unter

„NEUE ZEIT“ 12-82

Schirmherrschaft des offiziellen Washington herausgegeben, sondern ein Teil des Bildmaterials wurde von der US-Regierung selbst bereitgestellt!

Wie glaubwürdig die Angaben in diesem Bildband sind, läßt sich schon anhand der von seinen Urhebern gewählten Methode feststellen, sich auf anonyme Zeugen zu berufen: „Ein westlicher Journalist“, „Ein afghanischer Flüchtling“, „Ein Freiheitskämpfer“, „Ein Reisender“ etc.

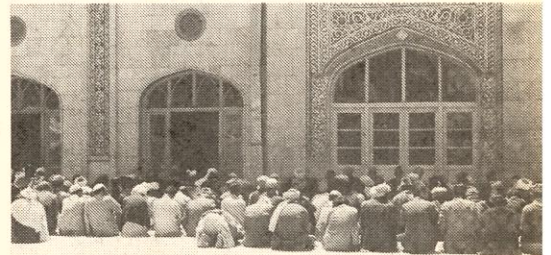
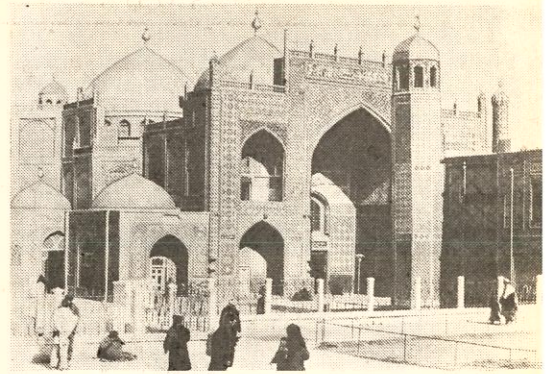
Was wird diesen unzähligen Anonymen alles in den Mund gelegt! Welche Gruselgeschichten über das Leben in der DRA wurden da für den leichtgläubigen Leser zusammenphantasiert! „Jede Stunde des Lebens der Afghanen wird von den Russen kontrolliert“, und „Die Kinder lachen selten“, „Die Geschäfte werden geschlossen“, und die Moslems werden gezwungen „ihren Glauben zu verleugnen“...

Umsonst hoffen die Herrschaften aus der Agentur des Mr. Wick darauf, daß das Glanzpapier des in der ICA-Küche zusammengeschusterten Albums eindeutige Lügen glaubwürdiger macht, die unter Berufung auf sagenhafte Quellen verkauft werden.

Man würde sich gern bei den Mitarbeitern der US-Botschaft erkundigen, die in Kabul ja existiert und über der, wie es mir während meiner Dienstreise schien, stets das Sternenbanner flattert, ob sie wenigstens einmal durch die Kabuler Straßen gegangen sind. Und ob sie dabei keine lachende fröhliche Kinderschar angetroffen haben. Ich z. B. bin in den Morgenstunden und um die Mittagszeit immer wieder auf Gruppen lustiger Schulumädchen in den obligatorischen Kleidern mit dem weißen Halstuch oder auf Trauben von Schuljungen gestoßen, die im Unterschied zu den Mädchen keine Schülerkleidung tragen und sich auf der Straße sehr viel ausgelassener benehmen, wie das diesem Alter eben auch zukommt.

Wenn auch nur annähernd wahr wäre, was die Lügenmäuler aus der ICA unter die Leute bringen, wie könnte das Land dann leben, wie könnte die Industrieproduktion dann steigen (im abgelauenen afghanischen Jahr um 1,5%), wie die der Landwirtschaft (um gut 3%)? Mit gutem Erfolg arbeiten

das Autoreparaturwerk Dschungalak und das Düngerwerk in Masari-Scherif, die Erdgasförderstätten in Jawzjan und die Kohleschächte bei Herat. Im Wohnungsbaukombinat Kabul wurde ohne Unterbrechung der Produktion rekonstruiert und die Kapazität mehr als verdoppelt. Die Arbeiter auf den vom Dschelalabad-Kanal bewässerten Plantagen ziehen Apfelsinen und Oliven. Von den Feldern der Bauern und der



Moscheen in Masari-Scherif und Kabul

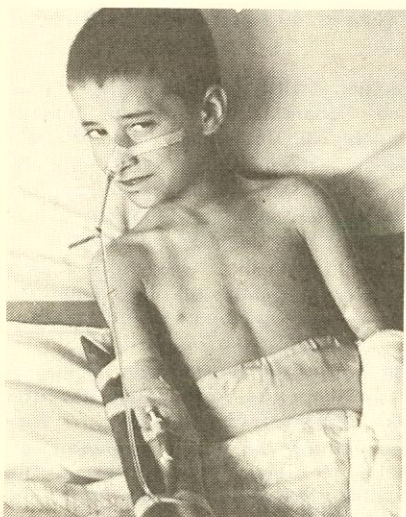
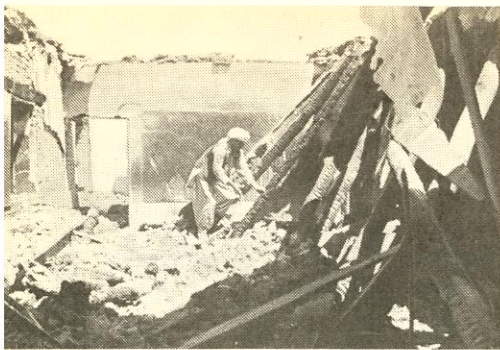
Landwirtschafts-genossenschaften wurde eine höhere Ernte als im Vorjahr eingebracht. Von früh bis spät sind die Läden geöffnet und herrscht ein emsiges Treiben auf den Basars. Sollten die Herrschaften aus der US-Botschaft wirklich auch kein Geschäft aufsuchen?

Dabei hatten die konterrevolutionären Duschmanen gerade auf die Händler gesetzt. Aber vergebens. Die DRA-Regierung unterstützt die Tätigkeit des Privatkapitals im gesamtationalen Interesse. Im Februar bestätigte das Staatliche Planungskomitee z. B. den Beschluß über den Bau von 33 neuen mittleren und kleinen Betrieben des Privatsektors. Die Kredite dafür stellt die Bank für industrielle Entwicklung der DRA bereit. Die afghanischen Unternehmer unterstützen ihrerseits die Politik der republikanischen Regierung. Vor kurzem wurde mitgeteilt, daß die Handelskammer wieder einen beachtlichen Beitrag an den Fonds der Vaterländischen Nationalfront abgeführt hat.

Natürlich läßt sich jahrhundertelange Rückständigkeit nicht von heute auf morgen überwinden. Um so mehr, als viele

So verheerten die Duschmanen ein Denkmal buddhistischer Kultur in der Provinz Nangarhar — das Kloster in Hadda





Kaum zu zählen sind von den Basmatschen zerstörte Schulen. Auch mit Kindern haben sie kein Erbarmen. Solche Gasgranaten „Made in USA“ wurden Basmatschen in den Provinzen Ghazni und Herat abgenommen.

Arbeitskräfte, Mittel und Ressourcen von den Aufbauaufgaben für den Verteidigungsbedarf, für den Widerstand gegen den Aggressor, für die Wiederherstellung dessen abgezweigt werden müssen, was diese Agenten der äußeren und inneren Reaktion mal hier, mal dort zerstören und in die Luft jagen.

Doch auch unter diesen komplizierten Bedingungen wird die Agrarreform im Interesse der meisten Bauern und Nomaden weitergeführt, erhöhen sich die Löhne für die Arbeiter und Angestellten des staatlichen Sektors wesentlich — um 26—50% —, besteht ein verzweigtes Lehrgangssystem zur Beseitigung des Analphabetentums, in dem mehr als eine halbe Million Afghanen lesen und schreiben lernen.

Gemeinsam mit den zu „Glaubens-

kämpfern“ erklärten Duschmanen vergießen die ICA-Skribente Krokodilstränen darüber, daß die gläubigen Moslems in der DRA keine Möglichkeit hätten, zu Allah zu beten, Waschungen vorzunehmen und überhaupt ihren religiösen Bräuchen nachzukommen.

Wenn man das liest, kann man nur die Hände über den Kopf zusammenschlagen. War denn auch nicht einer der Verfasser oder der Fotografen wirklich im heutigen Afghanistan, oder haben sie sich das alles aus dem Finger gesogen? Haben sie wenigstens eine von den 40 000 Moscheen und Gebetsstätten gesehen, die mit Brettern vernagelt oder mit einem Vorhängeschloß versehen gewesen wäre?

Sperrt doch die Augen auf, Leute, dann seht ihr die vielen Gläubigen in den großen Moscheen der Städte und in den bescheidenen Bethäusern auf dem Lande. Wenn ihr den eigenen Augen nicht traut, spricht mit irgendeinem Mullah aus der afghanischen islamischen Hierarchie (aber bitte mit denen, die in Afghanistan leben, und nicht mit denen, die da irgendwo in Pakistan oder Iran untergekröchen sind).

Ich selber habe die Menschenmenge vor den Moscheen in Kabul und Kandahar gesehen. Habe mich mit dem respektablen moslemischen Geistlichen Said Afghani, dem Leiter der Hauptverwaltung für Angelegenheiten des Islam bei der DRA-Regierung und gleichzeitigen Vorsitzenden des Obersten Rats der Ulemas und der Geistlichkeit unterhalten. Ich sprach mit dem Geistlichen Abdul Shokor aus Herat, mit dem Geistlichen Alisha Tawakali, dem Geistlichen Abdul Aziz und anderen geachteten Moslems. Von ihnen können Sie erfahren, daß alle Religionsschulen des Landes, die Medressen, unterrichten, daß die Regierung Minderbemittelten hilft, Pilgerfahrten nach Mekka zu unternehmen, daß an vielen Orten alte Moscheen renoviert oder neue gebaut werden. Im vergangenen Winter wurden die Moscheen und Bethäuser auf Anweisung der Regierung mit Heizmaterial unterstützt. Der Vorsteher der Moschee von Dschelalabad, Mullah Abdul Rahim, sagte mir unumwunden:

„Wer Zerstörung sät und mordet, ist ein Feind des Islam. Es sind einfach bezahlte Söldner und Agenten des Auslands, die unser freiheitsliebendes Land unterwerfen wollen. Sie lügen, wenn sie sagen, daß sie für den Glauben kämpfen. In Wirklichkeit wenden sie sich gegen unseren heiligen Glauben.“

Von dem Vandalismus der Duschmanen, die von der imperialistischen Propaganda in den Himmel gehoben wer-

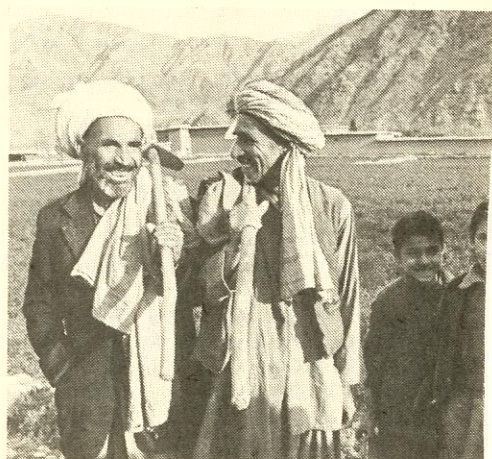


Diese Banditen wurden in der Provinz Ghazni ergriffen

den, erfährt man natürlich nichts in dem Bildband. Aber diese jedes menschlichen Antlitzes baren Banditen sind bereit, jeden niederzumachen, der die Volksmacht, die ihre Positionen im ganzen Land immer zuverlässiger festigt, unterstützt. Sie ermorden bestialisch Lehrer und zeigen auch kein Erbarmen mit den Schülern, sie terrorisieren die Bewohner abgelegener Siedlungen. Sie zerstören Überlandleitungen und Bewässerungsanlagen, stecken Schulen, Krankenhäuser und nicht selten auch Moscheen in Brand. Sie überfallen Lastzugkolonnen, rauben Geschäfte aus und machen auch nicht davor halt, Gläubige zu beschießen, wenn sie sich ihnen nicht anschließen wollen.

Die objektiv sein wollenden Washingtoner Propagandamacher verkneifen sich auch jedes Wort über jene Leute, die diese antiafghanischen Gewalttäter finanzieren, ausbilden und bewaffnen. Jene also, die die Duschmanen als langen Arm benutzen, um einen juristisch nicht erklärten aber sehr realen aggressiven, grausamen Krieg gegen das afghanische Volk, gegen die demokratische Republik Afghanistan zu führen.

Sie aber sollte die Weltöffentlichkeit kennen, um die Situation richtig zu beurteilen. All diese Gönner und Inspiratoren der konterrevolutionären Basmatschen stellen sich nicht gerne ins Rampenlicht, plaudern aber dennoch manch-



mal aus der Schule. US-Präsident Reagan selbst verkündete im Vorjahr vor aller Welt, seine Administration werde auch künftig die afghanischen Konterrevolutionäre mit Waffen versorgen. Die USA finanzieren sie auch und koordinieren ihr Vorgehen. Und Peking? Ich habe vor mir eine ganz frische Meldung einer Nachrichtenagentur aus Islamabad über die Erklärung des Vorsitzenden der Gesellschaft für chinesisch-pakistanische Freundschaft, der, offenbar um diese Freundschaft zu stärken, sagte, die VR China werde die afghanischen Konterrevolutionäre, die er natürlich als „Freiheitskämpfer“ bezeichnete, auch weiterhin moralisch und materiell unterstützen. Der ägyptische Präsident Sadat verlautebarte kurz vor seinem Tode, daß er von den Amerikanern bezahlte Waffen an die Duschmanen geschickt habe. Die Feinde des afghanischen Volkes werden auch von Saudi-Arabien und einigen anderen konservativen arabischen Regimes finanziert. Das Militärregime in Pakistan aber öffnet einladend sein Territorium als ständigen Vorposten für Überfälle auf die DRA.

Ich würde der Lügnermeute, die die Märchen über das heutige revolutionäre Afghanistan und über die DRA-Regierung, die angeblich „in keiner bedeutenden Schicht der afghanischen Gesellschaft Anhänger finden kann“, raten, nicht mit imaginären Anonymen, sondern mit realen Menschen zu reden.

Zum Beispiel mit Mohammed Djalalar. Er ist heute Handelsminister, ein Mann, der natürlich infolge seines Amtes enge Verbindungen zu den Unternehmern, zu Exporteuren und Importeuren hat und ihre Meinung kennt. Er ist parteilos. Unter dem Regime Daud war er ebenfalls Handelsminister. Ist das für Sie, meine Herren aus der ICA, eine repräsentative Figur? Lassen Sie mich noch hinzufügen, daß er als Finanzminister unter König Zahir Shah ebenfalls Regierungsmitglied war.

Oder ein Ministerpräsident der königlichen Regierung — ist er repräsentativ genug für Sie? Bitte sehr: Dr. Abdul Zahir. Da wir schon seit langem mit-

Fast Tag für Tag kommen Menschen nach Afghanistan heim, die die volksfeindliche Propaganda ins Ausland getrieben hatte. Diese beiden Bauern kehren in ihr Heimatdorf in der Provinz Kunar zurück.



Soldaten der DRA-Streitkräfte bei der Gefechtsausbildung

einander bekannt sind, habe ich ihn bei meinem Vorjahrsaufenthalt in Kabul aufgesucht. Abdul Zahir empfing mich, da er ernstlich krank war, in seinem Haus in der Choroyi Ansari-Straße, das er schon während seiner Zeit als Ministerpräsident bewohnte. Ich hoffe, Sie werden den alten afghanischen Staatsmann nicht des mangelnden Patriotismus verdächtigen. Dr. Abdul Zahir sagte mir also:

„Ich bin mir klar bewußt, daß meine Heimat nur unter einer nationaldemokratischen Macht, die sich auf eine breite patriotische Einheit im Volk stützt, in ihrer sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung tatsächlich vorankommen kann. Und die wichtigste Voraussetzung für ihren Fortschritt ist die enge Freundschaft zur Sowjetunion, für die ich mich stets eingesetzt habe...“

Das ist die Meinung und das Urteil eines vorausdenkenden Mannes, dem das Schicksal seiner Heimat, seines Volkes wirklich am Herzen liegt. Deshalb war er einer von vielen, die zur Bildung der Vaterländischen Nationalfront beitrugen.

Noch ein repräsentativer Zeuge gefällt? Bitte: Dr. Ismail Alam, bekannter Wissenschaftler und Augenarzt. Dieser bereits greise Mann, einst Professor an der Universität Kabul, arbeitet noch immer in seiner Privatklinik. Unter dem König war er zehn Jahre Vizepräsident des Parlaments. Und so sieht Dr. Alam die Wandlungen, die die Aprilrevolution dem Land gebracht hat:

„Ich erkenne deutlich, daß die neue Regierung sehr demokratisch ist. Sie will das Leben der Afghanen verbessern und erleichtern...“

Hinzuzufügen ist, daß auch Dr. Alam es für seine patriotische Pflicht hielt,

die Vaterländische Nationalfront nicht nur zu unterstützen, sondern auch aktiv ihre Gründung zu fördern.

Zu dieser Front haben sich breiteste Schichten und Nationalitäten in Afghanistan auf der gemeinsamen Plattform des Aufbaus einer neuen, fortschrittlichen, freien und demokratischen Gesellschaft, auf der gemeinsamen Plattform des Schutzes der Heimat gegen Angriffe des Imperialismus und der Reaktion zusammengeschlossen. Geleitet wird dieser volksumspannende Kampf für den Aufbau des neuen Afghanistan, für seine wahre Freiheit und territoriale Integrität von der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, dem Vortrupp der afghanischen Werktätigen und des ganzen Volkes.

Sie beschloß auf ihrer Landeskonferenz im März ein Aktionsprogramm, in dem die Ziele, zu denen sie das Land führt, und die Methoden zur Erreichung dieser Ziele eindeutig definiert sind. Es ist ein Programm zur allseitigen Entwicklung Afghanistans im Interesse aller seiner Klassen und Schichten, aller seiner Völkerschaften und Stämme.

Mit diesen Volksmassen des kämpfenden revolutionären Afghanistan solidarisieren sich alle ehrlichen Menschen in der Welt immer stärker. Nicht aber mit jenem Geschmeiß, auf das Reagan seine Hoffnung setzt.

Zerschmettert hat unsere Ketten schon, Verjüngt unsre Heimat die Revolution. Ihre Dörfer und Städte heften den Blick

Aufs beflügelnde Banner der Republik.

Reck dich, mein uraltes Vaterland! Erhebe dich — die Nacht ist gebannt.

Die Zeilen schrieb der bekannte afghanische Dichter und Gelehrte Suleiman Laek, der heute als Minister für Angelegenheiten der Völkerschaften und Stämme und als Präsident der Akademie der Wissenschaften umfangreiche staatliche Arbeit leistet, in seinem Gedicht „Heimat, erhebe dich!“

Dieser Elan, diese Erneuerung des revolutionären Afghanistan, das ist die Lebenswahrheit des afghanischen Volkes.

KOMMT EIN NEUER DURCHBRUCH?

Juri SCHISCHKOW

Im März jährt sich die Gründung der Europäischen Gemeinschaft zum 25. Male. Dem Jubilar ist allerdings nicht nach Feiern zumute. Die EG wird von inneren Streitereien und vom langjährigen Kampf gegen das amerikanische und das japanische Zentrum der imperialistischen Rivalität geplagt.

Seit in den 60er Jahren die Zollunion und der gemeinsame Agrarmarkt geschaffen und somit die ersten Integrationsziele erreicht wurden, tritt die EG mehr als 10 Jahre auf der Stelle und ist außerstande, zum nächsten Ziel — der Schaffung einer wirksamen Wirtschafts- und Währungsunion — zu gelangen. Heute versucht die EGFührung, die Tätigkeit der Gemeinschaft nezugestalten, es hagelt Reformpläne, die ihr zu einem neuen Durchbruch verhelfen sollen.

Im vorigen Jahr wurde an einem Umbau des Finanzmechanismus der EG gearbeitet. In besseren Zeiten geschaffen, kann er die Probleme, mit denen sich die zehn Länder in den letzten Jahren herumschlagen müssen, nicht mehr bewältigen. Die unaufhaltsame Inflation, die Labilität des Währungssystems und andere wirtschaftliche Leiden haben das Wirtschaftswachstum verlangsamt (s. Tabelle).

In den 70er Jahren befahl zudem eine ernste Strukturkrise die Stahlindustrie, den Schiffbau, die Chemie, die Textil- und die Konfektionsindustrie sowie einige Maschinenbausparten. Ein beträchtlicher Produktionsrückgang führte zur Massenarbeitslosigkeit, wobei die Betroffenen nicht nur ihre Arbeit, sondern auch ihren Beruf aufgeben müssen. Allein 1974–1980 wurden in der extraktiven Industrie (mit Ausnahme der Erdöl- und der Kohleindustrie) 486 300 Personen, im Bauwesen 458 500, in der Textilindustrie 445 000 sowie in der Schuh- und der Konfektionsindustrie 236 000 Personen entlassen. Ganze Regionen, in denen diese Zweige konzentriert waren, verwandelten sich in Notstandsgebiete. In Verbindung mit demographischen Faktoren trieb das die Arbeitslosigkeit 1981 auf das 3- bis 4fache des Standes der 60er und von Anfang der 70er Jahre hoch.

Die Ausgaben aus den gemeinsamen EG-Fonds — dem regionalen und dem sozialen sowie aus den für die Durchführung der gemeinsamen Industrie-, Energie- und Transportpolitik bestimmten Mitteln — nehmen rasch zu, viel rascher als der Bestand an Eigenmitteln, die dem gemeinsamen EG-Haushalt direkt, unter Umgehung der nationalen Budgets, zufließen. Deshalb naht die Zeit, da die EG nicht mehr imstande sein wird, die früher zur Unterstützung der Notstandsgebiete und -zweige angenommenen Programme zu finanzieren, geschweige denn zu erweitern. Sie wird nicht einmal jene kärgliche Hilfe für die Heranbildung, Umschulung und Versetzung der entlassenen Arbeitskräfte leisten können, die bisher im Rahmen der gemeinsamen regionalen und sozialen Politik gewährt wurde.

Nun wird es akut: Entweder muß die EG Ressourcen für eine solche gemeinsame Politik ausfindig machen oder aber das schon Erreichte aufgeben und sich ein Armutszeugnis ausstellen. Vor allem aber: Was macht man mit dem schlimmsten Problem, den sozialen Spannungen? Die Finanzmittel der EG könnten auf zweierlei Weise aufgefüllt werden: durch Erhöhung des gemeinsamen EG-Haushalts oder durch Umorientierung eines heutigen Umfangs zugunsten der gewachsenen Bedürfnisse, allerdings auf Kosten der gemeinsamen Agrarpolitik (für sie gehen über 70% der zentralisierten EG-Haushaltsmittel und sogar mehr drauf).

Angesichts der Wirtschaftsflaute, da jede Regierung der 10 Mitgliedsländer Schulden aufnimmt, um das Geschäftsleben „daheim“ zu stimulieren, ist der erste Weg praktisch ausgeschlossen. Zudem ist das geltende Verfahren zur Eigenfinanzierung des EG-Haushalts in einem speziellen Abkommen von 1970 fixiert. Dieses wurde von den Parlamenten der Mitgliedsländer ratifiziert und besitzt die gleiche juristische Gültigkeit wie das Vertragswerk von Rom. Um im Abkommen auch nur einen Punkt zu ändern, muß man es erneut in den nationalen Legislativen erörtern. Doch wird heute kein einziges der 10 Parlamente für eine Kürzung

der Einnahmen des nationalen Haushalts zugunsten des EG-Haushalts stimmen.

Aufschwung fällt aus

Bleibt also der zweite Weg: Kürzung der Ausgaben für die gemeinsame Agrarpolitik, zumal der Anteil der Landwirtschaft am gesamten Bruttoinlandsprodukt der EG von 7,9% im Jahre 1962, als diese Politik begann, auf weniger als 4% heute gesunken ist. Dieser Weg bedeutet eine Umstrukturierung der Agrarpolitik, und hier taucht das heikle Problem der Revision eines der Kompromisse auf, die dem Vertrag von Rom zugrunde liegen. Die Rede ist von einer Vereinbarung zwischen der BRD und Frankreich von vor 25 Jahren, die jener einen ausgedehnten Markt für ihre Industriekonzerne und diesem Absatzmöglichkeiten für seine Agrarerzeugnisse auf dem aufnahmefähigen EG-Markt sicherte. Versuche einer Revision der gemeinsamen Agrarpolitik stießen schon immer auf den Widerstand von Paris. Außerdem hat die gemeinsame Agrarpolitik eine einflußreiche Lobby in Brüssel. Sie setzt sich aus (nicht nur französischen) Großgrundbesitzern zusammen, die das Gros der Haushaltsaufwendungen für die Landwirtschaft einheimen. Vom Einfluß dieser Lobby spricht schon der Umstand, daß bei der Diskussion über einen Entwurf der Verbesserung der gemeinsamen Agrarpolitik im Europaparlament im Sommer 1981 dort 424 Abänderungen eingebracht wurden, die den Entwurf faktisch ausgehöhlt haben.

Im Juni 1981 veröffentlichte die EG-Kommission den Entwurf komplexer Umgestaltungen. Ihr Zweck besteht darin, einen Ausweg aus der finanziellen Sackgasse zu finden und die Integration zu beleben. Im Entwurf wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Schaffung eines „europäischen Währungssystems“ abzuschließen, die verborgenen Zollschränken auf dem „gemeinsamen“ Markt wegzuräumen, die Energiepolitik anzukurbeln, die gemeinsamen wissenschaftlich-technischen Programme zu erweitern und die Sozialpolitik besser zu koordinieren. Die EG-Kommission ist bestrebt, die gegenwärtige kritische finanzielle Situation zu nutzen, um die Regierungen der Mitgliedsländer zu aktiverer Zusammenarbeit zu veranlassen bzw., wie es im Bericht der Kommission heißt, „neue Hauptwege zu einem gemeinsamen neuen Aufschwung der europäischen Idee“ (d. h. der westeuropäischen Integration) „abzustecken“.

Aber ein Aufschwung will nicht

zustande kommen. Der Europäische Rat (Gipfelkonferenz der Zehn) leitete zweimal, im Juni und im November 1981, eine Erörterung dieses Entwurfs ein — ohne Erfolg. Der EG-Ministerrat soll nun die Differenzen bis zur Frühjahrstagung des Europäischen Rates glätten. Doch sind sie dazu viel zu ernst. Die BRD, Großbritannien und bis zu

tion und auf die Notwendigkeit eines neuen politischen Impulses hinwies. Auch fragte er, ob nicht endlich eine Europäische Union an der Zeit sei.

Hier müssen wir einen kurzen Rückblick einschalten. Die Idee der Umwandlung der EG in eine Europäische Union kam erstmalig auf dem Pariser EG-Gipfel Ende 1972 auf. Das war eine Zeit berauschen-

Zeit Ministerpräsident Belgiens, mit seinem Projekt hervor. Er hatte den Auftrag, der Idee der Europäischen Union eine konkretere Gestalt zu geben. Sein Ende 1975 veröffentlichter Bericht forderte dazu auf, die Rolle der EG-Organen zu verstärken, ihren Kompetenzbereich zu erweitern, die souveränen Rechte der Mitgliedstaaten dagegen zu beschränken. Tindemans schlug vor, allmählich von der Koordinierung der Außenpolitik der EG-Länder zur Ausarbeitung und Durchführung einer einheitlichen Außen- und Verteidigungspolitik überzugehen. Die Regierungen der Länder, die in der Minderheit bleiben würden, mußten sich dann der Mehrheit fügen. Um diese Novitäten organisatorisch zu verankern, wollte man damit Schluß machen, daß die Außenminister in Brüssel bald als Mitglieder des EG-Ministerrats Fragen der gesamten Gemeinschaft erörtern, bald als Leiter der außenpolitischen Ämter ihrer Länder ihre Außenpolitik koordinieren.

Tindemans' Ideen fanden eine kühle Aufnahme: Es konnte nichts Konkretes unternommen werden, wenn auch die Außenminister und die EG-Kommission beauftragt wurden, periodisch über die Realisierung der Idee zu berichten. Seit 1977 werden solche Berichte regelmäßig abgefaßt. Darin werden beliebige Ereignisse, selbst Konflikte innerhalb der EG und in ihren Beziehungen zur Außenwelt, als Beweis der Vorwärtsbewegung zur Europäischen Union gewertet. Im Bericht für 1980 verwies die EG-Kommission z. B. auf Tatsachen, „die die ganze Basis der Gemeinschaft hätten erschüttern können, wäre nicht der starke Sinn für die Gemeinschaft gewesen. Die Überwindung der Krise um den Finanzbeitrag Großbritanniens und um Haushaltsprobleme darf fernerhin als Beweis für die Entschlossenheit der Mitgliedstaaten betrachtet werden, sich trotz aller Hindernisse weiter auf die Europäische Union zuzubewegen.“ Und das war beileibe nicht ironisch gemeint!

„Europa-Charta“

Seit das „große Konzept“ Tindemans sang- und klanglos begraben wurde, sind fünf Jahre vergangen, und Bundesaußenminister Genscher greift erneut auf die Idee der Europäischen Union zurück. Er findet sogar Unterstützung, z. B. beim italienischen Außenminister Colombo. Bald darauf erscheint in der BRD-Zeitschrift „Europa-Archiv“ eine ausführliche Darlegung der „neuen“ Idee, geschrieben von Niels Hansen, einem hohen Beamten im Bundesaußenministerium.

WIRTSCHAFTLICHE HAUPTKENNZIFFERN
DER EG-LÄNDER (ohne Griechenland)

Jahre	Zunahme des Brutto- inlandspro- dukts in unveränder- lichen Prei- sen (in %)	Zunahme der Indu- strie- produkt (in %)	Defizit des Staats- haushalts (in % zum Bruttoin- lands- produkt)	Erhöhung der Einzel- handels- preise (in %)
1960—1969*	5,0	5,6	— 0,4	3,4
1970—1979*	3,3	2,9	— 2,1	8,8
1979	3,4	4,9	— 3,6	9,6
1980	1,1	— 0,9	— 3,5	11,9
1981	— 0,5	— 2,8	— 4,4	12,5

* Jahresdurchschnitt

einem gewissen Grade Italien sind für eine beträchtliche Kürzung der Ausgaben für die Agrarpolitik und deren Umstrukturierung. Frankreich, Dänemark und Irland geben die Notwendigkeit geringerer Ausgaben zu, möchten jedoch die Hauptprinzipien dieser Politik erhalten wissen.

Ja, kann sich der schwerfällige EG-Karren noch „aufschwingen“ und dabei nicht auseinanderfallen? Niemand könnte das verbürgen, nicht einmal der Vorsitzende der EG-Kommission Gaston Thorn, der ein halbes Jahr vor Veröffentlichung des erwähnten Entwurfs in einem „Spiegel“-Interview eingestand, er teile die Meinung, daß die EG zu einer einfachen Freihandelszone ausarten könnte. Er fügte dem noch hinzu: Nach Ansicht „gewisser Europäer“ wäre es schon gut, wenn der Gemeinsame Markt angesichts der weiteren Verschärfung der wirtschaftlichen Probleme überhaupt bestehenbleibe.

Aus der Mottenkiste

Das fehlende Vertrauen, daß die Wirtschaftsintegration vorangebracht werden kann, bewog wohl einige EG-Kreise dazu, die Integration in der Außen- und der Verteidigungspolitik zu forcieren und aus diesem Grunde Änderungen am EG-Aufbau vorzunehmen.

Der erste Schritt war die Rede Bundesaußenministers Genscher im Januar 1981, worin er auf die Stagnation der westeuropäischen Integra-

der Erfolge „Kleineuropas“, und die damaligen sechs Mitgliedsländer glaubten sich auf dem besten Weg von der Zoll- zu einer Wirtschafts- und Währungsunion. Eben erst waren Verhandlungen über den EG-Beitritt Großbritanniens, Irlands und Dänemarks abgeschlossen, und mit den übrigen Mitgliedern der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) kamen Abkommen über Freihandelszonen für Industriewaren zustande. Davon inspiriert, rief die EG-Spitze dazu auf, alle Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten in einer Europäischen Union zusammenzufassen. Freilich hatte noch niemand vom konkreten Inhalt eines solchen Phänomens eine Vorstellung.

Als 1974 mehrere Entwürfe für eine Europäische Union vorlagen, hatte sich die Wirtschaftslage stark verändert. Die kapitalistische Welt erlebte die härteste, zyklische Krise der Nachkriegszeit, wozu noch die Energiekrise kam; die europäische „Währungsschlange“ war am Eingehen; Großbritannien verlangte eine Revision der Bedingungen seiner Mitgliedschaft. Die Integrationsbedingte Solidarität der EG-Länder ging aus den Fugen, und der nationale Egoismus trug üppige Früchte. Unter solchen Umständen erlangte die Idee einer Europäischen Union unerwartet eine völlig andere Funktion: als Stimulus des dahinschwindenden Einheitswillens „Kleineuropas“.

Gerade damals trat der eifrige „Europäer“ Léo Tindemans, zu der

In Kürze läuft der westdeutsche Vorschlag darauf hinaus, auf der Basis der heutigen Struktur der EG und der außerhalb dieser Struktur stehenden Organe zur außenpolitischen Koordinierung den politischen Zusammenschluß der 10 Länder zu beschleunigen. Dazu sind alle vorhandenen Institutionen organisatorisch unter ein Dach zu bringen, die Rolle des Europa-Parlaments im politischen Leben der Gemeinschaft zu erhöhen und das Prinzip der Einstimmigkeit im EG-Ministerrat etwas zu lockern. Das bedeutet: all das zu tun, was schon Tindemans vorschlug.

Außerdem empfiehlt H.-D. Genscher, die Zusammenarbeit der Zehn auf neue Gebiete zu erstrecken: eine gemeinsame wirtschaftliche und politische Sicherheitspolitik auszuarbeiten, die kulturelle Zusammenarbeit zu aktivieren, die nationalen Rechtsnormen zu vereinheitlichen und Fragen der inneren Sicherheit abzustimmen. Italien schlägt außerdem vor, die Wirtschaftsintegration der EG-Länder zu verbessern, um die Konkurrenzfähigkeit der Gemeinschaft zu festigen, Möglichkeiten für neue Investitionen zu schaffen und die Arbeitslosigkeit zu vermindern.

Die gemeinsamen Entwürfe einer „Europa-Charta“ und der Deklaration zu Fragen der wirtschaftlichen Integration, die Bonn und Rom eingebracht haben, wurden auf der Tagung des Europäischen Rates im November in London erörtert. Sie fanden eine eindeutig skeptische Aufnahme, handelte es sich doch darum, die Souveränität der Regierungen in den wichtigsten Bereichen zu beschneiden. Dänemark und Irland treten gegen die Integration der Außen- und der Verteidigungspolitik auf; Frankreich lehnt den Gedanken an eine gemeinsame, „europäische“ Sicherheitspolitik offenbar nicht restlos ab, doch möchte es erstens dabei die entscheidende Rolle spielen und zweitens die eigene Verteidigung in seinen Händen behalten.

Letzten Endes hat der Europa-Rat die Initiative der BRD und Italiens gebilligt und die Vorschläge beider Staaten zur Kenntnis genommen. Er beauftragte die Außenminister der EG-Länder, gemeinsam mit der EG-Kommission diese Vorschläge zu prüfen und zu präzisieren und über die Ergebnisse ihrer Arbeit auf einer Tagung des Europa-Rates zu berichten.

Wieder kein Schönwetter

Warum muß nun die alte Idee der Europäischen Union aus der Motenkiste geholt werden?

Vor allem: Ebenso wie Mitte der 70er Jahre macht die EG heute eine schwere Wirtschaftskrise durch. In 6 von den 10 Mitgliedsländern ging das Bruttoinlandsprodukt 1981 zurück, in Dänemark ist es auf dem alten Stand geblieben. Das Bruttoprodukt der gesamten EG verringerte sich um 0,5% und die Industrieproduktion um 2,8%. Die zyklische Flaute ist diesmal zwar nur halb so tief wie 1974–1975, dafür aber viel länger. Zudem sinkt in den meisten EG-Ländern das Lebensniveau der Bevölkerung: 1981 waren die Real-löhne in der BRD durchschnittlich um 3,4%, in den Niederlanden um 4,7%, in Großbritannien um 7,2% und in Dänemark um 7,3% niedriger als 1975.

Die seit 1974 wachsenden Wirtschaftsschwierigkeiten haben die sozialen Antagonismen und die innenpolitische Konfrontation verschärft, was in mehreren EG-Ländern die Regierungen zum Rücktritt zwang. Die Klassenkämpfe erlangen Ausmaße, die Westeuropa seit langem nicht kannte.

In der geladenen sozialökonomischen Situation strebt jede Regierung der Zehn, vor allem die Interessen des eigenen Landes, des eigenen nationalen Kapitals zu verteidigen und setzt sich über die Ideale der „europäischen Einheit“ hinweg. Wie immer in solchen Fällen versuchen die EG-Länder ihre Wirtschaftsschwierigkeiten auf die Nachbarn abzuwälzen.

Ebendeshalb mußte etwas her, um den „Geist der Gemeinschaft“ aufzuputtschen. Die Urheber der „Europa-Charta“ verhehlen das nicht.

Doch gibt es auch neue Gründe für die Versuche, die Außenpolitik der EG zu integrieren. Wir meinen die zunehmende Auseinanderentwicklung der Interessen der Zehn und der USA nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im politischen Bereich. Schon als Carter Präsident war, verhehlten viele EG-Exponenten nicht ihre Unzufriedenheit mit der abenteuerrischen und inkonsequenten Politik Washingtons in der Frage der Begrenzung strategischer Kernwaffen und in den Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR, mit seinem gefährlichen Vorgehen in der Golfregion und der aussichtslosen Camp-David-Abmachung. Seit Reagan ins Weiße Haus eingezogen ist, schlägt die Unzufriedenheit in Gereiztheit, ja in Befürchtungen um die wirtschaftliche und militärstrategische Sicherheit Westeuropas um.

Erwähnt sei z. B. der von Washington geführte „Krieg der Zinssätze“, der die Bemühungen der westeuropäischen Regierungen, die Wirtschaftskrise zu überwinden und

die enorme Arbeitslosigkeit zu vermindern, zunichte macht. Man denke auch an die grobe USA-Einmischung in die Wirtschaftsbeziehungen der EG zur UdSSR, an Washingtons Versuche, den Gas-Rohre-Vertrag zu torpedieren. Besonders gefährlich ist Washingtons verantwortungsloser Kurs auf Unterminierung der Entspannung in Europa, die Hortung neuer Raketenkern- und chemischer Waffen, die für Europa bestimmt sind, und die Doktrin des „begrenzten Nuklearkrieges“.

Natürlich ist daher das Streben der Regierungen der meisten EG-Länder, sich von der Politik Washingtons so oder anders zu distanzieren. Das ist gar nicht einfach, gehören doch viele dieser Länder der NATO an, in der politische Entscheidungen nach dem Diktat der USA getroffen werden. Überdies habe die NATO, lesen wir im Pariser „Figaro“, „die europäischen Armeen von den politischen Mächten getrennt, die diese Armeen früher verwalteten... Der Arbeitgeber ist nun der USA-Präsident. Er und nur er wird im Falle eines Konfliktes ihnen über einen amerikanischen General Befehle erteilen. Und es ist nicht sicher, daß die Machthaber angesichts der Dringlichkeit der Situation die Möglichkeit haben werden, einzugreifen, um die eine oder andere Maßnahme, die ihnen inopportun erscheint, abzuändern.“ Die Zeitung ruft zur „Emanzipation“ der EG-Länder auf, damit sie „ihre Verteidigung wieder in ihrer Hand haben“.

Die Tendenz zur politischen „Emanzipation“ der EG-Länder äußert sich in ihrer relativ unabhängigen Position in der Frage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Ost und West, in ihren Initiativen zur Lösung des Palästina-problems und in anderen Schritten. In solchen Fällen gehen die Zehn mehr oder minder einheitlich vor.

In diesem Zusammenhang ist es durchaus gesetzmäßig, daß die Frage aufgeworfen wird, günstigere Bedingungen für die Ausarbeitung und Verwirklichung einer gemeinsamen Sicherheitspolitik der EG zu schaffen. Wie real sie ist, gehört auf ein anderes Blatt.

Vorläufig läßt sich in der Tat schwer sagen, ob die EG, die nun seit einem Vierteljahrhundert besteht, einen neuen Durchbruch schaffen wird. Fest steht auf jeden Fall: Trotz einiger äußerer Erfolge (Erhöhung der Mitgliederzahl auf 10, der Beitritt Griechenlands 1981, Verhandlungen mit den neuen Anwärtern Portugal und Spanien) macht der Gemeinsame Markt eine der schwersten Zeiten seiner Geschichte durch.

PREIS DES RENEGATENTUMS

Juri BOTSCHKARJOW

Es gelingt den Machthabern Somalias nicht, der Außenwelt vorzuenthalten, was sich im Norden des Landes abspielt. Ende Januar brach dort faktisch ein Aufstand von Militärs und der Zivilbevölkerung gegen das Regime aus.

Unmittelbar ausgelöst wurde er durch die Hinrichtung von 31 Offizieren Ende Januar, die angeklagt worden waren, die oppositionelle Front der demokratischen Rettung Somalias (SSDF) unterstützt zu haben. Aus Protest gegen diese harte Strafe erhoben sich die Garnisonen der zweitgrößten somalischen Stadt Hargeisa, Boramas und anderer Städte im Norden. Als die Einwohner Hargeisas erfuhren, daß das Gericht auch noch drei Studenten wegen Aufbewahrung regierungsfeindlicher Flugblätter zum Tode verurteilt worden waren, demolierten sie das Gerichtsgebäude. Die Sicherheitskräfte feuerten auf die Menge und töteten laut France Presse etwa 10 Personen. Die Unruhen im Norden dauerten den ganzen Februar an.

Dieser dramatische Verlauf ist insofern nicht überraschend, als in Somalia in den letzten Jahren eine äußerst gespannte, explosive Situation entstanden ist. In der heranreifenden politischen Destabilisierung entstanden oppositionelle politische Gruppierungen, die sich im vorigen Jahr zur SSDF vereinigten. Die Front nahm den bewaffneten Kampf gegen das Regime auf.

Die Spannungen wuchsen, und Ende 1980 wurde der Ausnahmezustand verhängt und das Parlament aufgelöst. Die ganze Macht übernahm der im gleichen Jahr neugegründete Oberste Revolutionsrat. Erstmals war er 1969 entstanden, als der gegenwärtige Präsident, General Siad Barre, an die Macht gekommen war, wurde jedoch 1979 aufgelöst. Der Präsident wollte den Übergang zu „demokratischen Regierungsformen“ demonstrieren. Doch war diese von Anfang an nur vorge-täuschte Demokratie, wie wir sehen, nicht von langer Dauer.

Der Oberste Revolutionsrat von 1980 glich seinem Vorgänger weder in seiner Zusammensetzung noch

in seinem politischen Charakter. Der Rat von vor 12 Jahren, damals das oberste Machtorgan in Somalia, trat an die Spitze des Kampfes für das verkündete Programm revolutionärer sozialökonomischer Umgestaltungen. Heute sind von diesen Absichten nur Erinnerungen übriggeblieben. Die USA-Zeitung „Christian Science Monitor“ schreibt: „Das gegenwärtige Militärregime hat die Revolution ausgehöhlt. Sie begann mit einer großen Energie, mit neuen Idealen und Zielen, ist jetzt jedoch in einen Zustand der Trägheit hineingeschlittert. Im Augenblick kann das Land den Elan von damals durch nichts ersetzen.“

Woher sollte er auch kommen? Welches Ideal hat das Regime seinem Volk statt des sozialistischen Weges anzubieten, von dem die Machthaber wenn nicht in Worten, so doch in ihren Praktiken abgegangen sind? Allenfalls die irrealistische Idee von der Schaffung eines „Groß-Somalia“ durch Einverleibung von Territorien anderer Staaten. Die Versuche Mogadischus, mit der Realisierung dieses togebornen Plans zu beginnen, sind das somalische Volk teuer zu stehen gekommen. Das Land führte zwei Kriege gegen Äthiopien, um dessen Provinz Ogaden zu erobern, und erlitt beide Male eine Niederlage.

Diese Kriege ruinierten das Volk und desorganisierten die ohnehin schwache Wirtschaft. Somalia gehört zu den ärmsten und rückständigsten Ländern der Welt. Es kann sich keine militärischen Abenteuer, die übrigens noch niemandem Ruhm brachten, leisten. So wurde das Land in den letzten Jahren heruntergewirtschaftet. Wie „Le Matin“ (Paris) schreibt, erlebt es eine „Wirtschaftskatastrophe“ und „gleitet immer mehr in den Abgrund des Elends“.

Somalia hat zahlreiche innere, besonders wirtschaftliche Probleme. So liegen dort fast 1,5 Mio ha fruchtbaren Bodens brach, obwohl die Bevölkerung akuten Nahrungsmittelmangel leidet. Aber um dringende Probleme lösen zu können, gilt es, das politische Klima einschneidend zu verändern und die Eroberungspläne aufzugeben. Dabei

bleibt die Lage am Horn von Afrika, wie die „New York Times“ feststellt, noch immer gespannt, und dies „wegen der nach wie vor beharrlichen Ansprüche Somalias auf Ogaden“, das ein fester Bestandteil Äthopiens ist.

Das Regime in Mogadischu behauptet, heute gebe es in Ogaden keine regulären somalischen Truppen, dort wirke nur — in Gestalt bewaffneter Trupps — eine „Befreiungsfront Westsomalias“, die nicht für den Anschluß Ogadens an Somalia kämpfe, sondern darum, in Ogaden einen von Mogadischu unabhängigen „freien Staat Westsomalia“ zu schaffen. Schon der Gebrauch des — geographisch nicht-existenten — Begriffes „Westsomalia“ verrät, daß die somalischen Machthaber die expansionistischen Pläne hegen.

Niemand glaubt natürlich die Lesart von der „Unabhängigkeit“ im Ernst. Bekanntlich ist es Mogadischu, das die Banden in Ogaden finanziert und mit Waffen beliefert. In Mogadischu befindet sich auch ihr Hauptquartier, wie sie es nennen. Die Banden sind vor allem aus Soldaten der somalischen regulären Armee gebildet, wenn darunter vielleicht auch einige durch die Lügenpropaganda verdummte Flüchtlinge aus Ogaden sind. Nach einer weitverbreiteten Meinung übertreibt Mogadischu übrigens absichtlich die Zahl der Flüchtlinge, um den USA und Westeuropa Hilfe für ihren Unterhalt abzulisten. Aber Geldsummen, Nahrungsmittel und Medikamente, die von dort kommen, fließen den Banden zu. Im „Guardian“ (London) liest man: „Gerade das will Washington.“

So werden Mittel, die so nötig sind, um die Verelendung des Landes aufzuhalten, nach wie vor für Zwecke verwendet, die mit seinen wahren nationalen Interessen nichts gemein haben. Diese Interessen werden noch immer übersehen. Selbst einige somalische Regierungsbeamte sagen verbittert, wie „Christian Science Monitor“ bezeugt: „Wir beschäftigen uns einfach nicht mit anfallenden Problemen.“

Nach ihrer Abkehr von den verkündeten Idealen und Zielen hofften die herrschenden Kreise unter Barre, daß die USA ihr Renegatentum großzügig honorieren würden.

Zuerst schien sich das zu bewahren. Die USA schlossen ein Abkommen mit Somalia und versprachen ihm Militär- und Wirtschaftshilfe. Allerdings verlangten sie dafür, den Hafen Berbera und die in der Nähe liegenden Luftwaffenobjekte dem Pentagon zur Verfügung zu stellen. Das Abkommen wurde im August 1980 unterzeichnet. Wie wird es realisiert? Selbstzufrieden meldet die Associated Press, Berbera werde allmählich zu einem „amerikanischen Dorf“. Dort befinden sich schon US-Fachleute, unter deren Anleitung der Stützpunkt umgebaut wird, um große Kriegsschiffe, schwere Bomber und Transportmaschinen aufnehmen zu können.

Das Pentagon legt großen Wert auf die Militäranlagen in Berbera. Wie die Pariser Zeitschrift „Le Point“ berichtet, werde ihre Benutzung die Stoßkraft und die militärtechnische Sicherung der USA in Afrika und im Indischen Ozean erheblich vergrößern. Als Barre im Mai 1981 Washington besuchte, wurden dort laut Pressemeldungen konkrete Fragen der ständigen militärischen USA-Präsenz in Afrika, insbesondere durch Anlegung somalischer Aufmarschgebiete für die Eingreiftruppe, erörtert. Ein großer Schritt in dieser Richtung war die USA-Militärübung in Somalia 1981.

Weit schlechter steht es selbst nach Meinung von Amtspersonen in Mogadischu um die USA-Waffenlieferungen für Somalia. Beamte klagen laut, daß die Lieferungen viel zu langsam seien. Und ganz schlecht sieht es mit der Wirtschaftshilfe aus. In Berbera sieht man Schiffe, die Mehl, Milchpulver, Butter löschen, doch ist all das für die „Flüchtlinge“, d. h. für die antiäthiopischen Banden, bestimmt. Was die Somalier betrifft, so bleiben für sie, wie ein USA-Journalist ironisch feststellte, Fetzen von ausländischem Sackzeug übrig, aus denen sich die halbnackten Hafenarbeiter Lendenschurze mit dem Aufdruck „Gabe des US-Volkes“ anfertigen.

Der Kurs auf die Unterordnung des Landes unter die militärstrate-

gischen USA-Erfordernisse fand von Anfang an keine Billigung bei politischen Kreisen in Somalia, die den progressiven patriotischen Idealen treu geblieben sind. Die Niederlagen in den Kriegsabenteuern gegen Äthiopien haben die politischen Positionen des Regimes noch mehr geschwächt. Die Unzufriedenheit greift auch auf die Streitkräfte über.

Die Empörung über die Mißerfolge der Politik und Praxis der Verwaltung ist besonders im Landesnorden groß. Dort liegt ja Berbera, und die Einwohner sehen mit eigenen Augen, wie der Hafen zusehends amerikanisch wird. Sie haben auch andere Gründe zur Unzufriedenheit. Als das Volk noch glaubte, die Regierung halte sich an die fortschrittlichen Ideale, spielten die ethnischen und stammesbedingten Differenzen keine große Rolle. Alle Somalier waren um das hohe Ziel der sozialen und wirtschaftlichen Umgestaltungen geschlossen. Als aber die Regierung dem USA-Imperialismus auf den Leim ging, verlor die nationale Einheit selbstverständlich ihre ideelle Basis. Die ethnischen Differenzen rückten in den Vordergrund. Den Anlaß dazu gab der Präsident, der nur Leuten aus seinem Clan vertraut und sich über die Interessen der anderen, insbesondere der Einwohner des Nordens, einfach hinwegsetzt. So sammelte sich im somalischen Norden viel Explosivstoff an, was schließlich zum Ausbruch führte.

Die Ereignisse in Hargeisa und anderen Städten sind ein ernster Schlag gegen das Regime.

Welche Schlüsse zog dieses? Wie AP meldete, löste Barre zum zweitenmal den Revolutionsrat auf, berief 26 neue Kabinettsmitglieder und neue Leute in die Parteiführung. Die meisten davon sind Zivilisten, doch bleiben, wie die Nachrichtenagentur hervorhebt, „Militärs, die Barre unterstützen und denen er vertraut, auf den führenden Posten“. Aber keine organisatorischen Novitäten werden, wie Beobachter meinen, das Regime festigen können, solange es den heutigen antinationalen Kurs in der Außen- und Innenpolitik steuert.

Dieses Buch* handelt von menschlichen Tragödien, von Leichtgläubigen und jenen, die sie berufsmäßig kalt ausnutzen. Das Buch handelt von Menschen, die ihre Heimat und sich selbst verrieten — um am Ende vor der unüberwindlichen Barriere der Unvereinbarkeit zu stehen. Diese Barriere macht jede Eingewöhnung, jedes Schlagen von Wurzeln auf dem neuen Boden, der einst so verlockend, aus der Nähe aber dürr und tot erschien, unmöglich. Warum kann man sich dort, wohin man drängte und dazu alle oder fast alle Schranken übertrat, nicht einleben?

Es hätte aber auch anders kommen können, z. B. mit Alfred und Maria Kluckas, die aus der Sowjetunion in die „historische Heimat“ übersiedelten (so nannte die „Deutsche Welle“ die BRD, um zu suggerieren, die Deutschen in der UdSSR seien rechtlos und müßten schleunigst übersiedeln). Alfred ließ alles im Stich — die Vaterstadt, die eigenen vier Wände, die Arbeit, Freunde — und erlag den Einflüsterungen seiner in Westdeutschland lebenden Schwester. Ebenso seine Frau Maria. Als sie die Sowjetunion verließen, ahnten sie nicht, daß sie etwas mitnahmen, was selbst der strengste Zöllner nicht findet: ihre Anschauungen und Meinungen, ihre durch unsere Lebensweise bestimmten Wertbegriffe. Mit ihnen aber gingen sie unbewußt bereits bei den ersten Schritten auf dem Boden der „historischen Heimat“ um. Die vor Liebe überfließende Schwester und ihr Mann, die vorher in Briefen Hilfe bei der Unterbringung versprochen hatten, hatten für sie keinen Platz in ihrem zweigeschossigen Haus — es sei „zu eng“. So mußten sie Tage, Wochen, Monate im Aussiedlerlager verbringen ohne Arbeit, ohne Freunde. Endlich hatte er, der qualifizierte Bergarbeiter, „Glück“. Er wurde Hiwi auf dem Bau. Sowjetdeutsche gab es in der Kolonne nur zwei, die anderen waren Türken. Kluckas fragte sich oft: „Die Türken hat die Not hergetrieben. Aber uns?“

Zur Arbeitsstelle fuhr kein öffentliches Verkehrsmittel. Ein Kollege nahm ihn im Auto mit. Natürlich gegen Bezahlung. Plötzlich wurde er krank. Zu Hause wäre er krankgeschrieben worden, bei vollem Lohnausgleich. Hier aber hieß es: „Das

* Барьер несовместимости. Составитель и автор предисловия В. Александров. М., «Прогресс», 1981.

EINE TRAGÖDIE



W. KSEININ

ist keine Krankheit. Dafür wird man nicht krankgeschrieben.“ So entstand allmählich der Plan, um jeden Preis zurückzukehren. Auch wenn es später beschämend sein würde, den ehemaligen, aber richtigen Freunden in der Brigade in die Augen zu blicken... Den Kluckas gelang es, nachdem sie Geld gespart und ihre Schulden beglichen hatten, sich aus den „brüderlichen Armen“ der BRD zu befreien. Aber der Krasnojarsker Johann Enngraf vermochte es nicht. Am 75. Tag nach seinem Eintreffen in der „besseren Hälfte Deutschlands“ erhängte er sich. Der Direktor der Sonderschule für Einwanderer, in der Enngraf die „Charakterzüge des deutschen Volkes“ beigebracht wurden, diagnostizierte „Sehnsucht nach Rußland“. Nach seinen Beobachtungen würden die meisten Aussiedler aus dem Osten lieber nach Hause zurückkehren.

Von den Giftdämpfen der Mißgunst, die bis zum offenen Haß geht, ist die Atmosphäre für Einwanderer aus der UdSSR in dem Land gesättigt, das sich das „gelobte“ nennt, Israel. Ohne Umschweife schrieb die Zeitung „Yediot Achronot“, in Israel gebe es keine Garantie für eine Freundschaft zwischen neuen Einwanderern und Alteingesessenen; die Neuankömmlinge müßten mit dem zufrieden sein, was man ihnen gibt, und nichts fordern; überhaupt sei mindestens jeder zehnte Ankömmling aus der UdSSR ein Spion...

In einem Bekennerbrief schreibt der ehemalige Sowjetbürger Boris Dubirny: „...Sowjetischen Fachleuten vertraut man nicht und nimmt lieber solche ‚aus dem Westen‘. Außerdem gibt es ein Gesetz, wonach der zuletzt Eingestellte, wenn es

nötig ist, immer als erster entlassen wird. Das trifft immer die neuen Einwanderer.“ In Israel spüre man, nur als Kanonenfutter benötigt zu werden, schließt der Briefschreiber bitter.

Zu Parias wurden Awetis und Galina Manukjan, Anatoli Popow, Eduard Limonow und andere, die den Ozean überquert hatten, um die Wohltaten der „freien Welt“ in deren Zitadelle selbst zu genießen. Arbeitslosigkeit, Elend, andere Bräuche und Sitten, die Herrschaft des Bargelds über alle menschlichen Beziehungen machten ihnen das Leben in den Vereinigten Staaten unmöglich. Die einen wollen in die Heimat zurückkehren, die anderen quält jeden Tag ihr verhängnisvoller Fehltritt. Wiederum andere werden zum Kehrtritt der Gesellschaft oder machen Schluß mit dem Leben. Ausdrucksstark beschreibt Limonow ein Treffen mit armen Teufeln wie er selbst: „Das Gelage von Tellerwäschern, Schweißern, Arbeitslosen und Wohlfahrtsempfängern“. Vor wenigen Jahren noch, in der UdSSR, wären wir gewesen: der Poet, der Musiker...

Warum ist die Barriere der Unvereinbarkeit so unüberwindlich? Warum kann man auf fremdem Boden keine Wurzeln schlagen? Schließlich leben manche Menschen Tausende Kilometer fern ihrer Heimat.

Natürlich spürt jeder mal mehr oder minder starkes Heimweh. Mindestens einmal im Leben träumt jeder, wenn er weit weg ist, von dem Haus oder der Straße seiner Kindheit. Auch jene, die unser Land verließen, verspüren Heimweh, was viele Briefe beweisen. Aber nicht allein darum geht es.

Denn die Menschen, die die UdSSR verließen, verzichteten nicht bloß auf die heimische Gegend, sondern

auf die sozialistische Heimat, auf das Land, das ihnen menschliche Würde anerkannte, das ihnen einen unerschütterlichen Optimismus einflößte. Darüber denken viele überhaupt nicht nach, sondern nehmen es als etwas Natürliches. So wie sie auch nicht ahnen, wie tief in ihnen die Überzeugung sitzt, daß die sie umgebende Gesellschaft selbstverständlich human ist. Wenn sie in den Westen kommen — in der Regel unter dem starken Einfluß der massierten ideologischen Beeinflussung durch „Radiostimmen“, oft auch im Ergebnis geheimsdienstlicher Operationen, die „Einladungen“ durch falsche Verwandte oder sogar Entführungen nicht scheuen — dann verlieren sie jeden Halt. Wo bleibt die Humanität? Wo bleibt die Achtung deiner Würde? Wo bleibt schließlich die Arbeitsstelle? Statt dessen treffen sie, wie sich ein Emigrant ausdrückte, auf die „Seuche von Kauf und Verkauf“. Anders gesagt: das Konsumdenken, das auch auf die Auswanderer selbst bezogen wird. Nur wer sich den Gesetzen der „Gesellschaft des freien Unternehmertums“ unterordnet, am Windhundrennen hinter der Fata Morgana des Wohlstands her teilt, kann auf Tröpfchen des Goldregens rechnen. Erfolg wird er kaum haben, er hat ja nicht das richtige Training und kann schwer das „Gift des Humanismus“ ausmerzen, die menschliche Natur verkrüppeln. Manch einer hat freilich Erfolg: Denn ab und zu werden Plätze in subversiven Rundfunksendern oder in anderen derartigen Propagandazentren frei. Lange währt das aber nicht: Solche Leute gebraucht man und setzt sie anschließend vor die Tür. Sie, die die Heimat zweimal verrieten, erwartet ein düsteres Schicksal. Das Finale, das einer von ihnen, Sergej Kourdakow, wählte, ist nicht selten: Er schoß sich eine Kugel in den Kopf.

Jedoch begeht die erdrückende Mehrheit der Verirrten, vom Wege Abgebrachten nicht offenen Verrat. Sie bleiben allein mit ihrem Gewissen, ihrer Qual und Ausweglosigkeit.

Diese Menschen sind Opfer der Unvereinbarkeit zweier Weltanschauungen, zweier Lebens- und Denkweisen. Sie ist der Unverträglichkeit von Geweben ähnlich, die nach Auskunft der Wissenschaft eine „Unmöglichkeit der gemeinsamen Existenz von Zellen und Geweben ist, die genetisch verschiedenen Individuen gehören und sich durch ihre Antigene unterscheiden.“

Ein treffendes Wort — Antigene.

Sauregurkenzeit in Izmir

Albert PIN

Auf dem Platz der Republik steht dicht am Gehsteig eine Droschke: Lederverdeck, altertümliche Laternen, zwei mit Messingplatten und Bändern geschmückte Pferde.

Über den halbrunden Platz am Kai rasen Autos dahin, aus den Nebenstraßen quellen immer wieder Busse und Obusse hervor, aber die Pferde stehen wie verzaubert an ihrem Platz, und der traurige Kutscher sieht die Passanten ohne Hoffnung auf Kunden an.

Freilich hat er da einen sehr schönen Stand. In Izmir gibt es keinen schöneren Platz: helle Hochhäuser im Halbkreis, Palmen, smaragdgrüner Rasen, Marmorplatten um das Reiterbild Kemal Atatürks, des Begründers und ersten Präsidenten der Republik Türkei, der in die Ferne über dem Meer blickt. Aber es gibt nun einmal keine Kunden für den Kutscher. Übrigens auch keine für Taxis, die hie und da parken. Das Geschäft des Fotografen am Denkmal scheint ebenfalls zu schlafen.

Vom November bis zum März ist in Izmir Sauregurkenzeit. Die Hotels bieten günstige Preise an: Ein Zimmer in einem passablen Hotel zweiter Klasse ist schon für etwas mehr als 2000 türkische Pfund zu haben. Im April wird dieser Preis um 30% erhöht, dann muß man für eine Woche eine Summe zahlen, die dem Monatslohn eines hochqualifizierten türkischen Arbeiters gleichkommt.

Aber Hotelpreise und Arbeiterlöhne sind hier sowieso unvereinbar. Die Hotels sind für Gäste einer anderen sozialen Kategorie gedacht: für ein vermögendes Publikum, für Geschäftsleute und Auslandsgäste. Izmir, das antike Smyrna, die drittgrößte und -bedeutendste Stadt der Türkei und ein großer Hafen am Ägäischen Meer, ist für seine Schönheit, sein mildes Klima und natürlich für seine internationale Messe bekannt, die traditionsgemäß im August und September stattfindet und Gäste aus vielen Ländern anzieht.

Deshalb ist der Vorfrühling vielleicht nicht die beste Zeit für eine Reise an diese Küste. Doch ist die ägäische Perle, wie Izmir manchmal genannt wird, auch in dieser Sai-

son schön — und erschwinglicher für jene, die nicht soviel Geld haben. Warum dann sind die Boulevards und der berühmte Kai von Izmir so deprimierend menschenleer? Haben die westeuropäischen Touristen die orientalische Exotik satt und kein Interesse mehr für die Denkmäler von Smyrna, die antiken Ruinen von Pergamon und Ephesos in der Nähe?

Nein, die Gründe sind woanders zu suchen. Nicht das launische Wetter, sondern das unbeständige politische Klima stoppt den Zustrom von Globetrottern zu dieser Küste.

In den anderthalb Jahren seit dem Staatsstreich wird die Türkei nur von Militärs regiert. Die Armee betrat die politische Bühne in einer überaus komplizierten Situation, im Lande nahmen Anarchie und Gewalt überhand. Die Mitglieder der heute verbotenen neofaschistischen „Partei der Nationalen Bewegung“, der der Halsabschneider Türkeş vorstand, terrorisierten die Bevölkerung, plünderten, legten Brände und mordeten. Mit ihnen konform gingen faktisch die Extremisten aus den ultralinken, maoistischen Organisationen.

Heute sind die Straßen von Izmir, Ankara und anderen Städten sicher, es wird nicht mehr am helllichten Tag gemordet. Aber es sind Soldaten, die für die öffentliche Ordnung sorgen, und nachts ist Ausgangssperre. Die Militärregierung trifft Maßnahmen, um die noch erhaltenen bewaffneten Extremistengruppen zu beseitigen. So wurden in Izmir in letzter Zeit über 50 Terroristen festgenommen und bei ihrer Verhaftung große Mengen von Schusswaffen und Sprengstoff beschlagnahmt. Die Verhafteten wurden beschuldigt, an der Wühlätigkeit teilgenommen, andere terroristische Banden mit Waffen und Munition versorgt und

Diversionen vorbereitet zu haben. In der zweiten Februarhälfte ging in Izmir ein Prozeß gegen eine Bande von 28 Rechtsterroristen zu Ende. Wegen Mordes und der Teilnahme an anderen Terrorakten wurde einer der Verbrecher zum Tode, die anderen zu unterschiedlichen Freiheitsstrafen verurteilt.

An den Häusermauern in Izmir sieht man immer wieder Steckbriefe. Wen zeigen sie? Terroristen? So eindeutig ist das nicht. Unter dem Vorwand der Bekämpfung der Terroristen hagelt es nämlich Repressalien auch gegen Vertreter der nationaldemokratischen Bewegung. Verfolgt werden Patrioten, die die Interessen der Werktätigen vertreten, Friedenskämpfer, Aktivisten der fortschrittlichen Gesellschaften und Organisationen.

Der Prozeß gegen 52 führende Funktionäre des fortschrittlichen Verbandes Revolutionärer Gewerk-



Arbeit ist Arbeit

schaften der Türkei (DISK) in Istanbul hat in der ganzen Welt weites Echo gefunden. Die Militärstaatsanwaltschaft fordert das Todesurteil. Ohne Beweise zu haben, beschuldigt sie den DISK, der zur Zeit des Militärputsches 600 000 Mitglieder zählte, „die bestehende Ordnung stürzen und in der Türkei die Diktatur des Proletariats errichten“ zu wollen. Dem DISK werden nicht nur Streiks inkriminiert, die im Einklang mit der Verfassung zum Schutz der sozialen und wirtschaftlichen Rechte der Werktätigen durchgeführt wurden, sondern auch ihre langjährigen Kontakte zum Weltgewerkschaftsbund und sogar die Tatsache, daß

sich im Lesesaal des DISK eine Büste Lenins befand, den die Türken als einen Freund ihres Landes kennen, der zusammen mit Atatürk das Fundament der sowjetisch-türkischen guten Nachbarschaft und Zusammenarbeit legte.

Konservative Ausgaben suggerieren aufdringlich den provokatorischen Gedanken an die ideologischen Verbindungen der Terroristen mit den demokratischen, fortschrittlichen Kreisen, vor allem mit den Kommunisten. Mitte

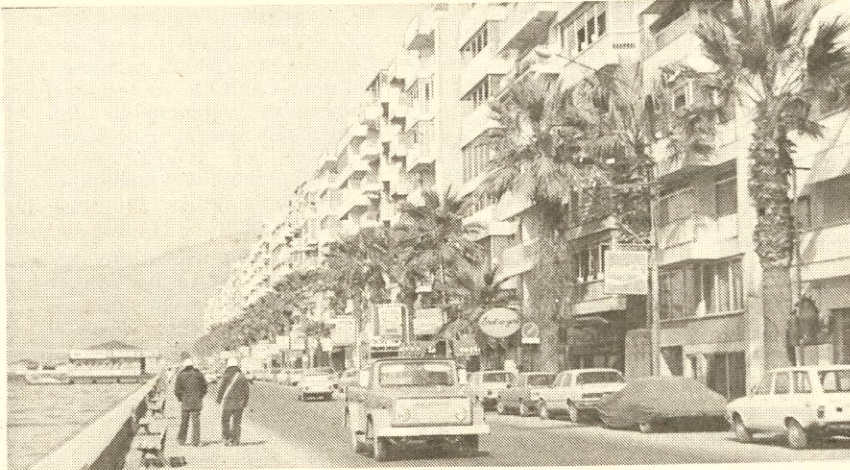
stöckigen Häusern. Schiffe aus Metall und aus Holz, bunte Potte mit hohem Bugspriet wie auf alten Stichen, liegen dicht am Kai und aneinander. Lastautos rollen direkt an den Bord, und die Hafenarbeiter von Izmir befördern die Ballen, Säcke und Kisten geschickt in die Laderäume der Schiffe.

Anders sieht der neue Hafen Alsancak aus: hohe Kräne, Lager-schuppen, das Eisenbahngleis bis zum Pier. Hier legen große See-schiffe an. Über Izmir werden die

kommando der Vereinigten Land-streitkräfte der NATO-Südost-flanke seinen Sitz. Im Februar jährte sich der Beitritt der Türkei zur NATO zum 30. Male. Was hat sie davon gehabt? Das Land muß fast ein Viertel seines Staatshaushaltes für militärische Zwecke ausgeben und Streitkräfte von mehr als 500 000 Mann unterhalten. Das türkische Territorium ist mit US-Stützpunkten überzogen. Die USA sind bemüht, das Land zu einem antisowjetischen Vorposten, zum Verfechter ihrer Interessen in diesem Raum zu machen.

Neuerdings zeigt Washington ein besonders reges Interesse für die Türkei. Das steht in direktem Zusammenhang mit dem Sturz der US-hörigen Monarchie in Iran und mit der allgemeinen Schwächung der amerikanischen Positionen am Persischen Golf sowie mit dem Amtsantritt der Regierung Papandreu in Griechenland. Das Pentagon will die Türkei noch mehr für seine militärstrategischen Pläne einspannen. Dort zielt man vor allem darauf ab, in der Türkei die US-Eingreiftruppe zu stationieren und neue Militärstützpunkte anzulegen. Als Gegenleistung verspricht die US-Administration höhere Finanzhilfe. Für das laufende Jahr wurden militärische Lieferungen für 400 Mio Dollar und weitere 300 Mio als Wirtschaftsanleihe zugesagt.

Die Volkswirtschaft der Türkei kann schon seit langem nicht mehr ohne ausländische Valutaspritzen auskommen. Sie schuldet dem Westen 20 Md. Dollar, da werden weitere 300 Mio US-Dollar wohl kaum etwas ändern. Die sich erweiternde amerikanisch-türkische militärische Zusammenarbeit aber beeinflusst die Lage in der Region negativ, da sie die Beziehungen zu den Nachbarstaaten keineswegs besser macht. Auch dürfte diese Zusammenarbeit



Izmir. Am Kai

Februar begann im Militärtribunal von Ankara ein Prozeß gegen 205 Arbeiter und Vertreter der Öffentlichkeit. Die Anklage lautet auf Zugehörigkeit zur seit 1923 verbotenen KP der Türkei, auf „staatsfeindliche Tätigkeit und kommunistische Propaganda“. Das ist schon der dritte Prozeß dieser Art in letzter Zeit, und die Zahl der aus den gleichen Gründen Festgenommenen beträgt schon über 2000. Nach Äußerungen der türkischen Presse werden Verhaftete nicht selten gefoltert.

Auf dem Atatürk-Prospekt

Steht man mit dem Rücken zum Platz der Republik, so beginnt links der Alte Hafen, der von der Bai durch Wellenbrecher getrennt ist. Sein erster Abschnitt ist die Anlegestelle für Passagierschiffe. Von frühmorgens bis spätabends verkehren hier Motorboote, die das Stadtzentrum mit den Küstenbezirken verbinden. Die neuen Viertel eines solcher Bezirke, Karşıyakas, liegen beinahe gegenüber dem Platz der Republik: etwa drei Kilometer über das Wasser, aber etwa zehnmal soviel, wenn man sie längs der gewundenen Küste erreichen will.

Hinter dem Passagierkai liegen bis zum Konak-Platz Schiffe. Ihre Masten sind beinahe ebenso hoch wie die Dächer von zwei- bis drei-

Hauptexportartikel der Türkei — Tabak, Datteln, Rosinen, Olivenöl, Häute, Baumwolle — ausgeführt.

Man kann Alsancak über denselben Kai erreichen, wenn man vom Platz der Republik nach rechts geht. Dieser Teil des Atatürk-Prospekts, wie der Kai heißt, ist am elegantesten: Hochhäuser mit blanken Riesenfenstern und verglasten Loggien, Marmoralais, Konsulatsvillen. Im Erdgeschoß sind in der Regel Luxusgeschäfte, Restaurants und Bars untergebracht, in die die meisten der anderthalb Millionen Einwohner von Izmir wohl niemals einen Blick getan haben.

Hier sieht man weit mehr parkende Pkw's als Passanten. Ein Auto flitzt vorbei. Eine Streife zeigt sich in der Straße. Und wieder keine lebendige Seele. Nur die Palmenblätter rascheln im Wind, und die Brandung zerschellt an der Kaiabrüstung.

Ein einziges Gebäude auf dem Atatürk-Prospekt tanzt hier wohl architektonisch aus der Reihe. Dieses niedrige Haus von dumpfer Farbe steht etwas abseits und von den benachbarten Häusern durch Durchfahrten getrennt. Das Schild an der Fassade besagt, daß es sich um das Hauptquartier der NATO handelt, und an den Masten vor dem Haus wehen die Flaggen der Blockstaaten. Hier hat das Ober-

Obstverkäufer

Fotos des Verfassers



nicht gerade den Lebensinteressen des türkischen Volkes und den von Atatürk vermachten außenpolitischen Prinzipien entsprechen.

Werktag und Feste

Die belebteste Straße von Izmir ist die Anafartalar, bunt und lärmreich, wie es sich für die größte Geschäftsstraße gehört. Hier, beinahe im Zentrum, liegt die Markthalle, in der wohl alles feilgeboten wird: Antiquitäten und Serie, verbogene Eisenstäbe von rätselhafter Bestimmung und kunstvoller Silber- und Goldschmuck, Kaffeekannen und Krüge aus Messing, Pfeifen, Nargilehs, Teppiche... Dazwischen schieben ambulante Obsthändler ihre Karren.

Dieser Boden ist von der Natur mit allem gesegnet. Und doch werden seine Früchte immer teurer, übrigens auch alle anderen Waren, und zwar von Monat zu Monat. Im vorigen Jahr erreichte die Inflation rd. 40%, im vorvorigen betrug sie sogar 100%. Die Löhne und Gehälter der meisten Werktätigen dagegen bleiben unverändert. Die Unternehmer wissen sich durch das Streikverbot geschützt und machen keine Umstände mit ihren Arbeitskräften: Anwärter auf deren Stellen gibt es mehr als genug. Nach amtlichen Angaben zählte das Land Ende 1981 rd. 3 Millionen Arbeitslose, d. h. mehr als 15% der arbeitsfähigen Bevölkerung.

Auf den Baustellen in Izmir sieht man selten einen Hebekran. Nach allem zu urteilen sind die Arbeitskräfte billiger als Maschinen und Mechanismen. Alles Notwendige wird manuell hochgehoben.

In Izmir, besonders im Zentrum, wird noch gebaut. Gegenwärtig wird z. B. die Aufführung eines Hochhauses an der Ecke des Kais und des Platzes der Republik — offenbar des letzten im architektonischen Ensemble dieses Viertels — abgeschlossen.

Ich fragte bei Ortsansässigen, was eine Wohnung in einem solchen Haus kosten mag.

„Wenn man sie kauft, dann 6—7 Millionen. Die Miete könnte sich auf mindestens 30 000 im Monat belaufen.“

So etwas können sich nur sehr reiche Leute leisten. Aber auch eine äußerst bescheidene Zweizimmerwohnung am Stadtrand ist nicht unter 10 000 Pfund zu mieten, wozu noch die Strom- u. a. Gebühren hinzukommen. Demnach verschlingt die Miete mindestens die

Hälfte des Lohns eines qualifizierten Arbeiters.

Zwischen der Altstadt und dem neuen Izmir dehnt sich der große Kulturpark mit Zedern-, Zypressen- und Palmenalleen und Rummelplätzen. Ich fühle mich an die Moskauer Parks erinnert. Kein Zufall auch: Der von Izmir wurde in den 30er Jahren unter Mitwirkung sowjetischer Fachleute nach dem Typ sowjetischer Kulturparks angelegt.

Unweit des Eingangs zu einem Rummelplatz, in dem es jetzt still und menschenleer ist, liegt eine moderne Sporthalle. Mehrere Tage im Februar stand sie im Mittelpunkt des Interesses von Tausenden Einwohnern Izmirs und dank dem Fernsehen auch von Millionen Türken im ganzen Land. In dieser nach Atatürk genannten Halle verlief das Finale der Europameisterschaft im Frauenvolleyball um den Pokal der Pokalsieger.

Die türkischen Volleyballspielerinnen waren zwar noch vor den Schlußspielen ausgeschieden, aber die Halle in Izmir war gedrängt voll. Um den Cup schlugen sich die Teams aus Bratislava, Voorburg, Sofia und Moskau. Im entscheidenden Spiel trafen sich die sowjetischen und die bulgarischen Sportlerinnen.

Die sowjetischen Fachkräfte, die in Aliaga bei Izmir beim Bau der zweiten Baufolge der früher mit sowjetischer Hilfe errichteten Erdölraffinerie tätig sind, kamen, um ihre Landsmänninnen anzufeuern. Aber sie wurden von den temperamentvollen Izmirern übertönt, die jeden Erfolg der einen und der anderen Mannschaft mit gleicher Begeisterung quittierten. Das war erfreulich, zumal die rechte türkische Presse bekanntlich vor nichts haltmacht, um Feindseligkeit gegenüber der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern zu entfachen. Im Wettkampf siegten die bulgarischen Sportlerinnen, von den Tribünen herunter herzlich beglückwünscht. Mit langem Applaus wurden auch ihre Gegnerinnen verabschiedet, alle, die an diesem friedlichen Wettbewerb teilnahmen, der für die Izmirer zu einem kurzen, aber schönen Fest wurde.

Ich verließ Izmir an einem frühen Morgen, es dämmerte noch nicht einmal. In den leeren Straßen schimmerten nur die weißen Helme der Streifen. Ein kalter, durchdringender Wind blies. Die Sauregurkenzeit schien sich gegen den Frühling zu wehren.

Izmir—Ankara—Moskau



Berichten Sie bitte über das UNO-Abrüstungszentrum!

A. JANSONS
Riga

Das UNO-Abrüstungszentrum wurde 1978 auf der Grundlage der Abteilung für Abrüstungsfragen des UNO-Sekretariats gebildet.

Das Zentrum soll Informationen über Abrüstungsfragen, die es von UNO-Spezialorganisationen erhält, bearbeiten. Es bereitet verschiedene Publikationen vor, so das UNO-Jahrbuch zur Abrüstung sowie die periodisch erscheinende UNO-Broschüre zu Abrüstungsfragen.

Das Zentrum gehört zur Abteilung für politische Fragen und Angelegenheiten des Sicherheitsrates des Sekretariats. Gegenwärtig wird das Zentrum von Jan Martenson (Schweden) geleitet. Seinem Rang nach ist er Assistent des UNO-Generalsekretärs. Im Zentrum sind Mitarbeiter aus allen Weltregionen tätig.

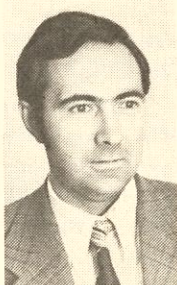
Organisatorisch wird das Zentrum in 5 Sektoren eingeteilt: das Büro des Leiters des Abrüstungszentrums; der Sektor, der für den Ersten Ausschuß der Vollversammlung und für andere UNO-Organe, die sich mit Abrüstungsfragen befassen, arbeitet; der Informations- und Forschungssektor; der Vertrags- und Resolutionssektor; die Arbeitsgruppe in Genf, die mit dem Abrüstungsausschuß zusammenarbeitet und die Verbindungen zu den nichtstaatlichen Organisationen herstellt.

Das UNO-Abrüstungszentrum wirkt in Übereinstimmung mit dem Schlußdokument der ersten Abrüstungs-sondertagung der UNO-Vollversammlung von 1978. In ihm heißt es insbesondere, das Zentrum solle verstärkt und der Kreis seiner Aufgaben bei der Forschungs- und Informationstätigkeit erweitert werden, damit die UNO weiterhin ihre Rolle bei der Abrüstung spielen und die zusätzlichen Aufgaben, die ihr von der Sondertagung der Vollversammlung anvertraut wurden, erfüllen kann.

DISKUSSION MIT DEM LESER

Schon lange verfolge ich die Entwicklung im Nahen Osten. Meine Sympathie gehört den für ihre Rechte kämpfenden Palästinensern. Es scheint mir jedoch kaum möglich zu sein, daß sie in naher Zukunft ihr Ziel erreichen.

O. LITWINENKO
Charkow, Ukrainische SSR



Es diskutiert
NZ-Kommen-
tator
Andrej
STEPANOW

Werter Genosse Litwinenko! Alle Menschen guten Willens teilen Ihre Besorgnis über das Schicksal des arabischen Volkes von Palästina. Tatsächlich nimmt seine Tragödie seit über drei Jahrzehnten kein Ende. Es ist kaum zu fassen: Heute, in den 80er Jahren des 20. Jh., hat ein vier Millionen zählendes Volk kein Recht, auf seinem ureigenen Boden zu leben. Schon die dritte Generation der Palästinenser ist ihrer Heimat beraubt. Das ist eine himmelschreiende Ungerechtigkeit! Verantwortung dafür trägt voll und ganz der Zionismus, ein „jüdischer Zweig des Imperialismus“, wie ihn treffend israelische Kommunisten bezeichnen.

Im langwierigen Nahostkonflikt haben sich Widersprüche zwischen imperialistischen Staaten, zionistischer Expansionismus sowie eigennützige Ansprüche arabischer reaktionärer Kräfte verflochten. Doch betroffen wurden vor allem die Palästinenser, die um die Gründung ihres eigenen Staates kämpfen.

Veränderte Verhältnisse beeinflussen den Inhalt des Konflikts. Letzten Endes wuchs er in einen Zusammenstoß zwischen den Kräften des Imperialismus mit den USA an der Spitze und der arabischen nationalen Befreiungsbewegung hinüber. In einigen Ländern dieser Region brachen nationaldemokratische Revolutionen aus, wurden fortschrittliche Umgestaltungen verwirklicht. Was das 1948 gegründete Israel anbelangt, so verfolgen seine reaktionären Regierungskreise nach wie vor den Kurs der Aggression.

1967 besetzte Israel neue arabische Territorien, es versucht dort, die zunehmende Protestbewegung durch Repressalien abzuwürgen, kolonisiert intensiv diese Gebiete, um sie sich dann

einzuverleiben. Das jüngste Beispiel dafür ist die Annexion der syrischen Golan-Höhen. Israel gewann für die USA an Bedeutung als Instrument im Kampf gegen die progressiven Kräfte der arabischen Welt, unter denen die palästinensische Widerstandsbewegung einen besonderen Platz einnimmt.

In den letzten Jahren haben sich in dieser Bewegung wichtige Veränderungen vollzogen. Sie befreite sich von sektiererischer Borniertheit, von extremistischen Parolen und von der Führung, die sich auf die rechten arabischen Kreise stützte. An die Spitze der Bewegung trat eine neue Generation von kampferprobten Patrioten. Die Organisiertheit der Bewegung, ihr Wirtschafts- und Militärpotential stiegen unermesslich. Zur wahren Führerin der palästinensischen Befreiungsbewegung wurde die Palästinensische Befreiungsorganisation, die 1973 von arabischen Ländern, später auch von sozialistischen und anderen Staaten und von der UNO als einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt wurde.

Das nationale Bewußtsein der Palästinenser erstarkte. Von außerordentlicher Bedeutung war die Gründung der Palästinensischen Kommunistischen Partei. Die PLO unterhält z. Z. Beziehungen zu über 120 Staaten. Die gerechte Sache des palästinensischen Volkes findet moralische, politische und materielle Unterstützung der sozialistischen Länder, vor allem der Sowjetunion. Der PLO-Vertretung in Moskau wurde der diplomatische Status eingeräumt.

Zum erfolgreichen Kampf des Volkes von Palästina trägt die Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt zugunsten von Frieden, Fortschritt und Sozialismus bei. Gleichzeitig birgt das ungelöste Palästina-Problem Gefahren eines neuen Krieges im Nahen Osten in sich. Dessen sind sich heutzutage weite Kreise auch im Westen bewußt. Sind nicht etwa dadurch wesentliche Unterschiede in der Haltung vieler Westeuropäer und der US-Administration zur Palästinafrage zu erklären? Leider beeinträchtigt die fehlende Aktionseinheit der arabischen Länder, wie die Palästinenser selbst zugeben, die Positionen der Widerstandsbewegung.

Jedoch sollen Sie nicht glauben, Genosse Litwinenko, daß die gerechte Sache der Palästinenser aussichtslos ist. Die Entwicklung der letzten drei Jahrzehnte brachte dieses Volk dem Ziel, in

seine Heimat zurückzukehren, viel näher. Seine Rechte sind, mit Ausnahme der USA und Israels, weltweit anerkannt. Die Palästinenser selbst überwinden viele Illusionen und Fehler, sie erstarkten im Kampf, wurden nicht nur zu bewährten Kämpfern, sondern auch zu erfahrenen Politikern.

Das Ansehen der palästinensischen Widerstandsbewegung in der Welt, vor allem in der arabischen Region, können auch die herrschenden Kreise der USA nicht ignorieren, obwohl man dort die Bewegung weiter zu einer „Terroristenbande“ herabwürdigt und mit ihr nicht verhandeln will. In Tel Aviv zeigt man sich gewillt, das Palästina-Problem ausschließlich mit Waffengewalt zu lösen, und streift vernunftwidrig selbst die Existenz des palästinensischen Volkes ab. Israel hält für die Palästinenser in den okkupierten Gebieten nur die beschnittene „administrative Autonomie“ für annehmbar. Auch jetzt bereitet der israelische Militärklüngel einen Schlag gegen die Kräfte der palästinensischen Widerstandsbewegung in Südlibanon vor.

Trotzdem sind sich weitsichtige amerikanische Politiker und sogar einige Vertreter des internationalen Zionismus darüber im klaren, daß die palästinensische Bewegung ein nicht zu ignorierender Faktor ist. Man erkennt immer deutlicher, daß eine Nahostregelung ohne die Lösung des Palästinenserproblems unmöglich ist. Natürlich versteht man in Übersee darunter eine Regelung, die den Interessen des Imperialismus entsprechen würde. So ist z. B. Washington der Ansicht, daß die Gewährleistung unter US-Schirmherrschaft minimaler nationaler Rechte für die Palästinenser oder mindestens für die Kollaborateure zu einer Milderung der antiisraelischen Haltung arabischer konservativer Regimes und danach zu deren Einbeziehung in ein antisowjetisches strategisches Bündnis mit Israel und den USA verhelfen würde. Dabei wird den palästinensischen Kollaborateuren die Rolle der Anhänger proamerikanischer arabischer Regimes zugedacht.

Die Palästinensische Widerstandsbewegung wie alle progressiven Kräfte der arabischen Welt wissen jedoch von diesen Plänen. Sie bleiben wachsam, setzen sich für die Schaffung einer breiten arabischen antiimperialistischen Front, für die Festigung der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern ein. Damit bahnen sie sich den Weg zum langersehnten Ziel, zur Gründung eines selbständigen demokratischen friedliebenden palästinensischen Staates.

Das ist eine reale Aussicht, und Pessimismus ist hier nicht am Platz.

Befriedung à la Israel



Zur israelischen Armee wurde der Reservist Rabbiner Meir Kahane eingezogen. Ja, besagter Kahane, der, als er noch in den USA lebte, die ultrareaktionäre verbrecherische „Jüdische Verteidigungsliga“ gegründet hatte. Das Oberkommando teilte mit, er solle zur „Befriedung“ der arabischen Bevölkerung im von Israel besetzten Westjordanland eingesetzt werden. Wie er die Araber „befrieden“ wird, läßt sich danach urteilen, daß er in einigen seiner Auftritte die Vertreibung aller Araber aus Israel und den besetzten Gebieten verlangte.

Geschichtsschreibung einmal anders

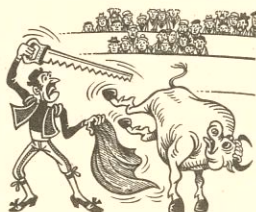
Als Pierre Debane, kanadischer Minister für regionale Wirtschaftsentwicklung, zu einem Besuch in Rabat eintraf — so die spanische Zeitung „Pais“ —, mußte er sich über eine Meldung der marokkanischen Regierungsagentur MAP wundern. In ihr hieß es: „Die Beziehungen zwischen Marokko und Kanada gehen auf das 8. Jh. zurück, d. h. die Marokkaner ließen sich 1000 Jahre vor Christoph Kolumbus in Amerika nieder.“ Möglicherweise haben die Marokkaner wirklich vor vielen Jahrhunderten den Atlantik überquert. Doch Kolumbus

hat Amerika nicht im 18., sondern im 15. Jh. entdeckt...

Wird er klagen?

Diese Frage wird jetzt lebhaft in der Umgebung des amerikanischen Ex-Präsidenten Gerald Ford erörtert. Der kalifornische Industrielle Justin Dart hat ihn als Dummkopf bezeichnet — und das nicht in einem Privatgespräch, sondern in der „Los Angeles Times“. Der erzürnte Ford denkt „Newsweek“ zufolge an eine Beleidigungsklage. Doch Fords Freunde meinen, letztlich werde er sich schon wieder beruhigen und sich mit einer Entschuldigung Darts zufriedengeben. Die Leser der „Los Angeles Times“ aber sollen selbst urteilen, ob Ford ein Dummkopf ist oder nicht.

Die Hörneraffäre



In Spanien kam es zu einem Skandal wegen der Verletzung der Stierkampfregelein, nachdem publik geworden war, daß ständig Stiere mit abgesägten Hörnerspitzen für die Corrida geliefert wurden. Regierungsorgane mußten sich einschalten. Daraufhin erhielten die vier größten Stierhändler ein einjähriges Lieferverbot. Einige Toreos sollen sich, wie man hört, jetzt weigern, ohne die entsprechende „Bearbeitung“ der Stierhörner aufzutreten.

Früchte der Akzeleration



Raubüberfälle, Einbruchsdiebstähle, bewaffnete Überfälle auf Passanten und ähnliche Verbrechen werden im heutigen England nicht selten von 12- bis 15jährigen Halbwüchsigen verübt. Doch als der Safe mit 2400 Pfund in einer Pub geknackt wurde, verdatterte das selbst die routiniertesten Bobbies. Dem „Morning Star“ zufolge hatten sich zwei achtfährige Mädchen und eine sechsjährige als Langfinger betätigt.

Musik und Muttermilch

In einer japanischen Fabrik wurde folgendes Experiment angestellt: 120 stillende Mütter wurden in vier Gruppen eingeteilt. Der ersten spielte man klassische Musik über Lautsprecher vor, der zweiten die gleiche Musik über Kopfhörer, der dritten Jazz- und Popmusik über Lautsprecher, der vierten über Kopfhörer. Im Ergebnis nahm bei den Müttern der ersten Gruppe die Milch um 20%, und in der zweiten Gruppe um 100% zu. Bei jenen Müttern aber, die mit Jazz- und Popmusik über Lautsprecher berieselt wurden, ging die Milch um 20% und über Kopfhörer um 50% zurück.

Bevorzugte Schäferhunde

Karl-Heinz Janzen, Vorstandsmitglied der bundesdeutschen IG Metall, konstatierte: „Der Schäferhundverband tut für die Ausbildung von Schutzhunden mehr als die Arbeitgeber für die Fortbildung der Arbeitnehmer.“

Hausaufgabe

Gabriel Chirwa, Schuldirektor in Malawi, stellte den Schülern recht seltsame Hausaufgaben. Sie sollten für ihn Marihuana kultivieren und daraus Zigaretten drehen. Reuter zufolge erkannte ein Gericht auf acht Jahre Gefängnis.

Wer wird der Erbe?

In Tokio starb Kenichi Yamamoto, Boss des Gangstersyndikats Jamaguchigumi mit mehr als 12 000 Mitgliedern. Vor drei Jahren mußte die Polizei, die sich mit dem Syndikat „ganz friedlich“ gestanden hatte, unter dem Druck von Interpol Yamamoto und vier seiner Stellvertreter ins Gefängnis werfen. Allerdings leitete Yamamoto auch aus seiner Komfortzelle mühelos sein „Imperium“. Was aber wird jetzt? Die Polizei befürchtet, unter den Spitzen des Syndikats könnte ein blutiger „Bruderkrieg“ ausbrechen. Und dann?

Originelle Arbeitsbeschaffung



David Merkatz aus New York hatte einen einträglichen Job: Er wechselte zer-schlagene Autoscheiben aus. Bis er dabei geschnappt wurde, wie er nachts aus seinem Wagen mit einem Luftgewehr auf parkende Autos schoß. So beschaffte er sich die entsprechenden Kunden.

Zeichnungen:
W. Tschakiridis